



1. November 1932

PAUL KAMPFFMEYER . DIE LEBENSARBEIT CONRAD SCHMIDTS



CONRAD Schmidt ist, nach langem Siechtum, am 14. Oktober in Berlin gestorben. Die junge Generation des deutschen Sozialismus, die auf den Schultern der alten steht, von ihr aber wenig weiß, hat in den Nöten der Nachkriegszeit nicht enge Fühlung mit dem sozialistischen Denker gewonnen, von dem sie doch zur Bildung ihrer politischen und sozialen Weltanschauung die stärksten Anregungen empfangen konnte. Denn Conrad Schmidt war ein Theoretiker von Eigenwuchs, der das Gut der sozialistischen Idee selbständig verarbeitete und mit unerbittlich wissenschaftlicher Strenge in die Tiefen des Geistes drang. Aber das Deutschland der Vorkriegszeit, das jede sozialistische Leistung verfemte, wußte mit seiner Forscherkraft nichts anzufangen, und nach der blutigen Tragödie des Weltkriegs war es zu spät. Zwar leuchtete der Name Conrad Schmidt noch einmal, weithin sichtbar, auf, als der preußische Unterrichtsminister Konrad Haenisch den selbständig wirkenden Wissenschaftler, dem bis dahin die Hörsäle der deutschen Hochschulen abgeriegelt waren, als Professor der Nationalökonomie an das Berliner Polytechnikum berief. Aber der sozialistische Minister konnte die Sünden des alten Deutschlands nicht wiedergutmachen: bei Conrad Schmidt schließlich ebenso wenig wie bei Leo Arons. Zu viel hatte an Conrad Schmidt gezehrt, und als er seinen Lehrstuhl in Berlin einnahm, war seine Gesundheit schon so angegriffen, daß er nicht mehr zu der ihm gemäßen Wirkung kommen konnte. Welche vorwärtstreibende Kraft hätte die deutsche Nationalökonomie in dem jungen Schmidt gewonnen, wenn er, von jeder Lebensfron befreit, ganz der Wissenschaft hätte leben können. Dem tiefeschürfenden Denker, der selbst die besten, durch langjährige Studien gewonnenen Resultate seiner Forschertätigkeit mit immer wieder erneuter äußerster Selbstkritik zu behandeln pflegte, lag die journalistische Arbeit, die er hatte übernehmen müssen, gar nicht.

Friedrich Engels selbst war es, der dem aufstrebenden Conrad Schmidt die neue Welt des Sozialismus erschloß. Von Engels' Freundeshand geführt, wurde Schmidt vor ganz neue wissenschaftliche Aufgaben gestellt. Die Briefe Friedrich Engels' an Conrad Schmidt, die in den Sozialistischen Monatsheften im Jahr 1920 veröffentlicht wurden¹, sind förmliche einführende Lehrbriefe

¹ Siehe Engels Briefe an Conrad Schmidt, in den Sozialistischen Monatsheften 1920 II Seite 662, 740, 794, 871, 948, 1000.

in schwierigste Kapitel der sozialistischen Theorie. Für die Geistesgeschichte des Sozialismus sind diese Briefe (die auch Engels' liebenswürdigen Charakter zeigen) von ganz hervorragender Bedeutung. Aufhellendes Licht fällt aus ihnen auf die Wert- und Mehrwerttheorie, auf das Problem der Profitrate, auf die ökonomische Geschichtsauffassung.

Conrad Schmidt entstammte einem Königsberger Bürgerhaus von demokratischen Anschauungen und jener religiösen, innerlich freien und ethischen Grundhaltung, die Julius Rupp seiner Königsberger Gemeinde gegeben hatte². Sein Vater war als junger Referendar aus seiner juristischen Laufbahn von der reaktionären Manteuffelci der nachrevolutionären Zeit hinausgeworfen worden, hatte dann als einfacher Lehrling Kelle und Axt ergriffen und brachte sich als Meister im Bauhandwerk schwerfaffend durch. Ich habe selbst aus amtlichen Schriftstücken erleben, wie tückisch die staatlichen Behörden diesem tapfern Mann die wirtschaftliche Selbständigkeit und den Erwerb des Bürgerrechts zu erschweren suchten. Es ehrt diesen Mann, daß er für seinen Sohn Conrad die Mittel für eine große Studienreise nach England auswarf. Der Baumeister Carl Schmidt, der Vater Conrad Schmidts, Käthe Kollwitz' und Lisbeth Sterns (dessen Leben und Art der kantianische Denker Emil Arnoldt hier in kurzen schönen Strichen zeichnete³), stand treu zu Johann Jacoby, und er war eine feste Säule der Königsberger Demokratie, zuletzt auch, wie Jacoby selbst, Sozialdemokrat. Die Erweiterung des geistigen Horizonts seines Sohnes Conrad strebte er mit großer Weitsicht an.

Am 18. Februar 1887 schrieb der junge Doktor der Nationalökonomie Conrad Schmidt unter anderm diese Zeilen an Friedrich Engels:

»Sehr geehrter Herr! Entschuldigen Sie, wenn ich als völlig Fremder mich so ohne weiteres an Sie zu wenden und Ihnen die befolgende kleine Arbeit zu überschieken wage. Ich habe in Berlin und Königsberg Philologie und Nationalökonomie studiert; welchen Weg mein Studium dieser zweiten Wissenschaft eingeschlagen, kann Ihnen ein flüchtiger Einblick in dieses, meine Doktorarbeit enthaltende Heft zeigen. Diejenigen Autoren, welche, wie Smith, Ricardo, Thünen und Marx, für die Zusammenhänge des wirtschaftlichen Lebens die innerlichsten, ersten und abstraktesten Gründe aufsuchten, haben mich bisher fast ausschließlich interessiert, und leider ist darüber bei mir die mehr historisch-statistische Kenntnis der wirklichen wirtschaftlichen Welt auf ihrer gegenwärtigen Entwicklungsstufe recht kurz geraten. Und da nun mein Vater mich in den Stand gesetzt hat nach dem wirtschaftlichen Mutterlande England, dem Italien der Nationalökonomien, hinüberzuwandern und dorten längere Zeit zu verweilen, so habe ich die Gelegenheit, wie Sie Sich denken können, mit beiden Händen ergriffen und hoffe nun in London die Anschauung des Fabrikwesens und des Handels zu erhalten, deren Mangel ich bisher immer so schmerzlich gefühlt habe. Daß diese Anschauung an und für sich nicht im geringsten genügen kann, wenn sich daran nicht ein sehr eifriges Studium des in allen Zweigen der Staatswissenschaft so reichlich aufgesammelten historisch-statistischen Materials schließt, habe ich mir schon selber oft gesagt, doch hoffe ich eben, daß jene Anschauung bei mir den Anfang dieses Studiums machen werde. Daß ich mich vor allen übrigen an Sie wende, verehrter Herr, den ich als Freund Marxens und als Verfasser der Lage der arbeitenden Klassen in England kenne, daß ich um die Erlaubnis bitte Sie in London aufsuchen zu dürfen und die Hoffnung hege, Sie würden mir vielleicht mit Ihrem Rate bei der Ausführung meines Planes behilflich sein, das werden Sie leicht verstehen und es mir auch nicht als Unbescheidenheit auslegen, daß ich Ihnen gleichzeitig meine Erstlingsarbeit einschieke . . . Hochachtungsvoll ergebnst Ihr Conrad Schmidt.«

Dieser Brief charakterisiert die feine bescheidene Persönlichkeit seines Schreibers. Schmidt bekennt hier, daß er die »wirkliche wirtschaftliche Welt auf

2) Über die weitausgreifende (heute allzu wenig gekannte) Bedeutung Ruppss siehe *Paga Julius Rupp*, in den Sozialistischen Monatsheften 1909 II Seite 1023.

3) Siehe die Rundschau *Aus der Zeit*, in den Sozialistischen Monatsheften 1898 Seite 244.

ihrer gegenwärtigen Entwicklungsstufe« erst richtig kennen lernen will. In dem hier nicht abgedruckten Schlußteil seines Briefs geht er dann selbst sehr streng mit seiner eignen Doktorarbeit zu Gericht und rügt offenherzig deren Fehler und Mängel. Zu dem aufrichtigen jungen Gelehrten faßte Engels bald eine herzliche Zuneigung. Mehrere Monate hielt sich Schmidt in London auf. Aus der freundschaftlichen Begegnung beider Männer entwickelte sich ein langjähriger Briefwechsel, der mitunter recht grelle Streiflichter auf die politischen Verhältnisse Deutschlands wirft und manche wertvolle Fingerzeige für das Verständnis Marx'scher Theorien gibt. Im Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands liegen die (bisher nicht gedruckten) Briefe Conrad Schmidts an Engels und die in den sozialistischen Monatsheften abgedruckten Briefe Engels' an Conrad Schmidt.

Seiner ganzen Geistesrichtung nach war Conrad Schmidt für das akademische Forscheramt geschaffen. Immer und immer taucht in dem so ernst mit den großen volkswirtschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Problemen ringenden Schmidt der Gedanke auf: Muße und nur Muße für die Erforschung der großen Gesetzmäßigkeiten des ökonomischen und sozialen Lebens und der Umformung des Kapitalismus in den Sozialismus. Schmidt bemüht sich in Sachsen und Preußen vergeblich um seine Habilitation als Privatdozent. In seinen Briefen an Engels spiegelt sich die ganze geistige Enge des deutschen Universitätslebens wider. Am 23. August 1888 schreibt er:

»Professor Ellter . . . riet mir nun sehr, ich solle nach Halle gehen, der dortige Dozent (Professor Conrad) habe sehr tolerante Ansichten, werde meiner Habilitation nicht im Wege stehen, mich auch weiter fördern und so weiter. Ich ging auch wirklich nach Halle und machte die Bekanntschaft des betreffenden Professors, der in der Tat sehr liebenswürdig und entgegenkommend war. An eine Habilitation in Halle war übrigens, wie sich bald herausstellte, gar nicht zu denken, weil diese Universität die letzte streng konfessionelle ist, und ich Dissident bin und einer freien Gemeinde angehöre. Nachdem ich im Seminar eine Übersicht meiner Habilitationsarbeit über das Verhältnis von Profit und Mehrwert vorgetragen hatte, entspannen sich im Anschluß daran sehr lange und unerquickliche Debatten, die aber insofern mich interessierten, als sie die bodenlose professorale Unkenntnis von Marx aufdeckten. Nachdem C. so meine Stellung kennen gelernt hatte, erklärte er mir, ich würde mich mit dieser Arbeit an keiner preussischen Universität auch nur habilitieren können, an Berufung sei selbstverständlich auch nicht im entferntesten zu denken. Alles dieses, trotzdem ich in meinem Aufsatz alle sozialistischen Schlußfolgerungen vermieden und mich streng an das von Ihnen formulierte Problem gehalten hatte: wie sich auf Grundlage des Wertgesetzes eine gleiche Durchschnittsprofitrate bilden kann und muß. Das bloße Akzeptieren der Marx'schen Werttheorie ist bei den Herren schon als Staatsverbrechen angesehen; lieber schwören sie darauf, daß Smith und Ricardo lauter Unfinn geredet, als daß sie irgendeinen Satz annehmen, von dem sie dunkel befürchten, er könne irgendwo sozialistisch verwendet werden.«

Am 8. Oktober 1888 antwortet Engels auf diesen Brief:

»Die Erzählung Ihrer Habilitationsabenteuer hat mir die deutsche Universitätsmisere wieder einmal recht vor die Augen geführt. So etwas nennt sich Freiheit der Wissenschaft. Es ist die alte Geschichte von Bruno Bauer aus den vierziger Jahren, nur daß wir jetzt weiter sind, und es nicht nur theologische und politische, sondern auch ökonomische Ketzer gibt. Nun, ich will hoffen, daß Thukydides [Spitzname für Wilhelm Roscher] menschlich fühlt und Ihnen in L. [Leipzig] keine Schwierigkeiten macht. Sehr interessant war mir zu erfahren, daß es in Deutschland auch noch eine "konfessionelle" Universität gibt. Was das "wiedergeborene" Vaterland noch für sonderbare Dinge beherbergt.«

Notgedrungen wendet sich Conrad Schmidt der Journalistik zu, in väterlicher Weise von Engels beraten, der ihm nach Kräften eine abermalige Überfiedlung nach London ermöglichen will. Am 9. Dezember 1889 schreibt ihm Engels:

»Haben Sie Sich erst eine journalistische Position erobert, so sollten Sie suchen Verbindungen anzuknüpfen, die Ihnen erlauben wieder auf ein paar Jahre nach London zu kommen. Für ökonomische Studien ist das doch fast der einzig taugliche Platz. So sehr sich auch glücklicherweise unsere deutsche Industrie in den letzten 25 Jahren entwickelt hat, so hinken wir doch auch hier in gewohnter Weise hinter den anderen her.«

Engels' Plan läßt sich leider nicht verwirklichen. Schmidt tritt als Volontär in die Vossische Zeitung ein, und er schreibt für die literarische Sonntagsbeilage dieses Blattes. Mächtig wird er von der aufsteigenden naturalistischen Richtung ergriffen. Er hat sie mit jugendlicher Lebendigkeit dann in der Freien Volksbühne vertreten. Die Empörung über die ökonomische und soziale Schönfärberei bricht bei ihm elementar gegen die innere Unwahrheit der deutschen Belletristik, gegen die leichte Dramenfabrikation derer durch, die damals das Theater Deutschlands beherrschten. Die Realistik, die er bei Marx findet, sieht er in den ungeschminkten Darstellungen der Zola, Ibsen, Strindberg, Garborg, Hauptmann aufleben. Er entdeckt eine gewisse geistige Verwandtschaft zwischen dem Marxismus und dem Naturalismus. Das Bürgertum, durch wirtschaftliche und geistige Krisen gehetzt, stellt sich in der modernen realistischen Literatur splinternackt dar. Eine katzenjämmerliche Fin-de-siècle-Stimmung geht durch die soziale und literarische Welt. Conrad Schmidt ist von Arne Garborgs Roman Müde Seelen besonders innerlich erschüttert. Er macht gradezu Propaganda für ihn, auch in den späteren Jahren sprach er immer wieder von diesem Werk: in seiner so einfachen und dabei das Wesen der Sache exakt analytischen und tief erfassenden Weise. So schreibt er am 17. Oktober 1892 an Engels:

»Wenn Sie vielleicht in nächster Zeit einen Roman lesen wollten, dann möchte ich bei Ihnen für Arne Garborgs Müde Seelen, die vor wenigen Wochen in deutscher Übersetzung in Berlin erschienen sind, Propaganda machen. Es ist das Tagebuch eines Dekadent, der dann schließlich auch den Canollengang zur Kirche antritt. Garborg selbst steht hoch darüber und hat famosen, kernigen Humor und kräftige Robustheit. Aber der "moderne" Katzenjammer mit Spiritismus, Nietzscheanismus, Stirnerischem Anarchismus, Althetizismus und so weiter ist wohl nirgends in so großem und lebendigem Stil gezeichnet worden in seinen psychologisch-sozialen Grundlagen.«

Diese Zeilen hatte Conrad Schmidt schon von Zürich aus an Engels gerichtet. Inzwischen hatte er ein großes politisches Erlebnis in Berlin seelisch zu verarbeiten gehabt. Er war in den Bannkreis der "Jungen", der Berliner Opposition, durch seine Redaktion der Berliner Volkstribüne gezogen worden. In jenen jungen Menschen leuchte das Feuer eines revolutionären, stark antiparlamentarischen Sozialismus. Sie waren durch die von Wilhelm Liebknecht gegen den Parlamentarismus geschleuderten Bannstrahlen förmlich geblendet. Durch ihr Sinnen und Trachten zog das revolutionäre Wort Liebknechts: Kein Friede mit dem heutigen Staat! Überdies glaubten sie, durch die Prophezeiung eines Engels von dem nahen Untergang des Kapitalismus gepackt, vor einer wirklichen Katastrophe der kapitalistischen Wirtschaft zu stehen. Und da sollten sie für sozialreformerische Bagatellen im Reichstag kämpfen? Nein, Endzielpropaganda und nochmals Endzielpropaganda konnte nur noch weiter-, aus dem Kapitalismus heraus- und in die sozialistische Gesellschaft hineinführen. Am 20. Oktober 1890 schreibt Schmidt an Engels über den Streit zwischen "Alten" und "Jungen":

»Neben dem gegenseitigen Mißtrauen ist wohl noch ein gewisses Unbehagen an dem Streite schuld, das Unbehagen, daß sich bei den heutigen Führern hinreißendes, auf-rüttelndes Pathos so selten zeigt. Die parlamentarische Tätigkeit unserer Fraktion erscheint vielen als zu schlicht und wochentäglich. Sie sehen den Nutzen davon nicht.«

Schmidt löst sich von diesen Jungen los, nachdem sie eine selbständige Partei: die der Unabhängigen, gegründet hatten. Er siedelt nach Zürich über, er arbeitet am Handelsteil der Züricher Post und erlebt noch einige recht dramatische Auseinandersetzungen zwischen den "Jungen" und "Alten". Er zieht sich dann, von dem stark ins Persönliche gezogenen Streit abgetrieben, vom politischen Kampfplatz zurück. Intensiver denn je widmet er sich nun nationalökonomischen und gesellschaftswissenschaftlichen Studien. Er öffnet sich, nicht ohne Kämpfe, den Zugang zur Züricher Universität. Der Marxismus, seine Auslegung und Fortbildung, erfüllt nun seinen ganzen innern Menschen.

Schon 1888 hatte er versucht das Problem des Marx'schen Kapitals, die Bildung der Durchschnittsprofitrate, zu lösen. Er verfaßte die Schrift *Die Durchschnittsprofitrate auf Grundlage des Marx'schen Wertgesetzes*. Engels begrüßte fast enthusiastisch den selbständigen Denker Schmidt, und er bat ihn von nun an alle »hergebrachten feierlichen Titulaturen« brieflich nicht mehr anzuwenden, und er selbst redete Schmidt freundschaftlich mit »Lieber Schmidt« an. Am 17. Oktober 1889 schrieb er ihm unter anderm:

»Wenn ich auch nicht gerade sagen kann, daß Sie das fragliche Problem gelöst haben, so berührt sich doch Ihr Gedankengang und der des 3. Bandes Kapital in manchen und selbst in wichtigen Punkten in einer Weise, daß Ihnen die Lektüre dieses 3. Bandes ganz besonders Freude machen wird ... Mir persönlich hat die Schrift noch ganz besondere Freude gemacht durch den Beweis, daß wieder einer mehr da ist, der theoretisch denken kann. Deren Zahl ist in der jüngern Generation in Deutschland merkwürdig gering ... Sie können sich also denken, wie sehr ich mir zu dem neuen Mitarbeiter gratuliert habe.«

Und fürwahr, Engels hat sich einen völlig selbständigen Mitarbeiter erzogen. Conrad Schmidt tritt in der Folgezeit an eine gründliche Kritik des Marx'schen Arbeitswertgesetzes heran. Schon in seinen Briefen an Engels schreibt er am 1. März 1895, daß das Wertgesetz als ein den Austausch regulierendes Naturgesetz im System der Theoretischen Volkswirtschaftslehre nur die Stelle einer (wenn auch notwendigen) Fiktion spielen könne. Die Marx'sche Ableitung lasse aber das Wertgesetz nicht als eine zur Vereinfachung der weiteren Darstellung angenommene Hypothese sondern als ein aus der Form des Austauschverhältnisses als denknotwendig deduzierbares Gesetz erscheinen: »So wurde ich auf eine Untersuchung der Marx'schen Wert- und Geldtheorie selbst zurückgeworfen, die, wie ich hoffe, einige Resultate ergibt. Erst indem ich das Wertgesetz wirklich als Fiktion betrachte, scheint mir mein in der Durchschnittsprofitrate unternommener Versuch die vom Wertgesetz abweichende Preisbildung hinten herum als Konsequenz des Wertgesetzes nachzuweisen als ganz gegenstandslos und überflüssig.«

Conrad Schmidts Kritik der Marx'schen Werttheorie befähigte ihn sich nun an die Arbeit eines Grundrisses zu einem System der Theoretischen Nationalökonomie zu machen. Es sind jetzt 23 Jahre her, daß er ihn hier in 2 Abhandlungen zu entwerfen begann⁴. Er kündigte dann etwas später dessen Vollendung an⁵. Immer und immer arbeitete er noch an einer präziseren Fassung, und er hielt die positive Widerlegung des Wertgesetzes und den Nachweis seiner durchgängigen Erfetzbarkeit als heuristisches Prinzip durch eine gänzlich andere Methode der Deduktion, eine Methode, »die von der systematischen Analyse der unabtrennbar notwendigen Bestimmungen des Prozesses ausgeht«, für erbracht. Und er fügte hinzu:

4) Siehe *Schmidt Grundriß zu einem System der Theoretischen Nationalökonomie*, in den Sozialistischen Monatsheften 1909 III Seite 1197, 1317.

5) Siehe *Schmidt Positive Kritik des Marx'schen Wertgesetzes*, in den Sozialistischen Monatsheften 1910 II Seite 604.

»In der überfichtlich verkürzten Formulierung, die die Glieder der Beweiskette bei dieser Anordnung erhalten haben, können sie von jedem theoretisch interessierten Marxisten ohne Umschweif leicht durch Nachrechnung nachgeprüft werden, kann jede etwa brüchige Stelle, bei der man meint mit einem Gegenbeweis einsetzen zu können, sofort aufs deutlichste bezeichnet werden.«

Zu einem Abschluß dieses Grundrisses, zu einem System der Theoretischen Nationalökonomie ist Conrad Schmidt nun leider nicht gekommen. Vielleicht ermöglichen ihn noch Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß.

In seinen Briefen an Friedrich Engels wirft Conrad Schmidt wiederholt das Thema der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung auf. Er ist durch die Kantische Philosophie gegangen und verwirft vom erkenntnistheoretischen Standpunkt aus die Metaphysik des philosophischen Materialismus. Es widerstrebt ihm innerlich die Marx'sche Geschichtsauffassung als materialistisch zu bezeichnen. Sie ist in Wahrheit eine ökonomische Geschichtsauffassung. Durch Engels selbst zu einem vertieften Nachdenken über die ökonomische Geschichtsauffassung Karl Marx' geweckt, grub sich Conrad Schmidt in diese förmlich hinein. Schon im Jahr 1890 spielten sich in der sozialdemokratischen Zeitungs- und Zeitschriftenpresse junge Journalisten als Träger der materialistischen Geschichtsauffassung auf, ohne je mit dem ökonomisch-historischen Tatsachenmaterial wirklich ernsthafte Fühlung genommen zu haben. Am 5. August 1890 schrieb daher Engels diese Zeilen:

»Überhaupt dient das Wort materialistisch in Deutschland vielen jüngeren Schriftstellern als eine einfache Phrase, womit man alles und jedes ohne weiteres Studium etikettiert, das heißt diese Etikette aufklebt und dann die Sache abgetan zu haben glaubt. Unsere Geschichtsauffassung aber ist vor allem eine Anleitung beim Studium, kein Hebel der Konstruktion à la Hegelianertum. Die ganze Geschichte muß neu studiert werden, die Daseinsbedingungen der verschiedenen Gesellschaftsformationen müssen im einzelnen untersucht werden, ehe man versucht die politischen, privatrechtlichen, ästhetischen, philosophischen, religiösen et cetera Anschauungsweisen, die ihnen entsprechen, aus ihnen abzuleiten. Darin ist bis jetzt nur wenig geliehen, weil nur wenige sich ernstlich daran gesetzt haben. Darin können wir Hilfe in Massen brauchen, das Gebiet ist unendlich groß, und wer ernstlich arbeiten will, kann viel leisten und sich auszeichnen. Statt dessen aber dient die Phrase des historischen Materialismus (man kann eben *alles* zur Phrase machen) nur zu vielen jüngeren Deutschen nur dazu ihre eigenen relativ dürftigen historischen Kenntnisse (die ökonomische Geschichte liegt ja noch in den Windeln!) schleunigst systematisch zurechtzustrukturieren und sich dann sehr gewaltig vorzukommen.«

Engels' Einwürfe gegen die voreiligen materialistischen Geschichtskonstruktivisten erkannte Conrad Schmidt ohne weiteres an. Er erwiderte seinem Berater am 20. Oktober 1890 mit diesen Zeilen:

»Was Sie in Ihrem letzten Briefe, für den ich Ihnen herzlich danke, über die heutigen Vertreter des historischen Materialismus schreiben, stimmt ja leider sehr, Paul Ernst, über dessen Einseitigkeiten ich mich oft sehr geärgert, ist indes, wie ich aus seinen Briefen ersehe, durchaus nicht so verblendet als es scheint. Sein kunstgeschichtlicher Aufsatz in einer der letzten Nummern der Tribüne zeigt bereits ein entschiedenes Einlenken: das Geständnis, der Materialismus verflüchtigte sich *ohne genaue Kenntnis des Tatsachenmaterials* allzu leicht zu einem bloßen Schematismus.«

Einen starken Eindruck machte auf Conrad Schmidt das Buch Paul Barths über die Geschichtsphilosophie Hegels und der Hegelianer bis auf Marx und Hartmann. Sofort richtete Schmidt die Aufmerksamkeit Engels' auf das Hauptargument Barths gegen die absolute Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung. Am 20. Oktober 1890 schrieb er an Engels:

»Das Hauptargument Barths liegt darin, daß er die Einwirkung nichtökonomischer (insbesondere *politischer*) Prozesse auf die ökonomische Grundlage historisch nachweisen zu können meint. Dies wäre freilich kein Einwand gegen die materialistische

Gefchichtsauffaffung, wenn diese nichtökonomischen Prozesse selbst wieder ökonomisch abgeleitet werden könnten. Denn dann würde die Einwirkung derselben auf die Ökonomie selbst wieder ökonomisch begründet sein, und alles wäre im Grunde auf ökonomische Agentien zurückgeführt. Aber eben das, meine ich, müßte Barth gegenüber nachgewiesen werden. Ist das nicht möglich, so würde die Marx'sche Gefchichtsauffaffung in ihrem *Itrenge*sten Sinne doch nicht zu halten sein. Die Ökonomie wäre nicht mehr der einzige vorwärtstreibende Faktor, andere *selbständige*, aus ihr nicht abzuleitende Prozesse würden den wirtschaftlichen Entwicklungsgang beeinflussen, während doch bei Marx gerade die Selbständigkeit solcher beeinflussenden Prozesse als Illusion hingestellt und geleugnet wird.«

Engels griff sich nun aus dieser Argumentation über die vermeintliche Selbständigkeit nichtökonomischer Einwirkungen auf die ökonomische Grundlage vor allem den politischen Faktor heraus, und er entwickelte bei dieser Gelegenheit Ideen, die heute in den Tagen der bolschewistischen und faschistischen Diktatur eine höchst aktuelle Bedeutung gewonnen haben. Der Engels'sche Brief vom 27. Oktober 1890 verdiente im Augenblick noch einmal ganz abgedruckt zu werden. Es seien wenigstens die Teile des Briefs wiedergegeben, die sich auf den Einfluß des Staats auf die Produktion, auf sein ökonomisches Fundament beziehen. Engels schreibt also:

»Die Gesellschaft erzeugt gewisse gemeinsame Funktionen, deren sie nicht entraten kann. Die hierzu ernannten Leute bilden einen neuen Zweig der Teilung der Arbeit *innerhalb der Gesellschaft*. Sie erhalten damit besondere Interessen auch gegenüber ihren Mandataren, sie ver selbständigen sich ihnen gegenüber, und — der Staat ist da. Und nun geht es ähnlich wie beim Warenhandel und später beim Geldhandel: Die neue selbständige Macht hat zwar im ganzen und großen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, kraft der ihr innewohnenden, das heißt ihr einmal übertragenen und allmählich weiter entwickelten relativen Selbständigkeit, wiederum auf die Bedingungen und den Gang der Produktion. Es ist Wechselwirkung zweier ungleicher Kräfte, der ökonomischen Bewegung auf der einen, der nach möglicher Selbständigkeit Itrebenden und, weil einmal eingesetzten, auch mit einer Eigenbewegung begabten neuen politischen Macht; die ökonomische Bewegung setzt sich im ganzen und großen durch, aber sie muß auch Rückwirkungen erleiden von der durch sie selbst eingesetzten und mit relativer Selbständigkeit begabten politischen Bewegung, der Bewegung einerseits der Staatsmacht, andererseits der mit ihr gleichzeitig erzeugten Opposition... Die Rückwirkung der Staatsmacht auf die ökonomische Entwicklung kann dreierlei Art sein: Sie kann in der selben Richtung vorgehen, dann geht's rascher, sie kann dagegen angehen, dann geht sie heutzutage auf die Dauer in jedem großen Volk kaputt, oder sie kann der ökonomischen Entwicklung bestimmte Richtungen abschneiden und andere vorschreiben... Es ist aber klar, daß in den Fällen 2 und 3 die politische Macht der ökonomischen Entwicklung großen Schaden tun und Kraft- und Stoffvergeudung in Massen erzeugen kann... Wenn also Barth meint, wir leugneten alle und jede Rückwirkung der politischen und so weiter Reflexe der ökonomischen Bewegung auf die Bewegung selbst, so kämpft er einfach gegen Windmühlen.«

Conrad Schmidt klammerte sich durchaus nicht buchstabengläubig an die berühmte Formel, in der seinerzeit Marx im Vorwort seiner Schrift Zur Kritik der politischen Ökonomie seine Gefchichtsauffaffung zusammengefaßt hat; er findet sie grandios, aber sie bringt nach seiner Ansicht die bunte Fülle der ungeheuer dramatischen Gefchichtsprozesse nur unvollkommen zum Ausdruck. In einer aufbauenden Kritik des Barth'schen Buchs Die Philosophie der Geschichte als Soziologie schreibt er später, im Jahr 1915:

»Der Satz, der in bildlichem Ausdruck die Produktionsverhältnisse im Gegensatz zu Politik und Recht als »reale Basis«, diese als bloßen »Überbau« bezeichnet, ebenso wie die großartige These, die den sich immer neu gebärenden Widerspruch zwischen dem Wachstum der »Produktivkräfte« und den jeweils vorhandenen »Produktionsverhältnissen« zur allgemeinen und letzten Triebkraft aller sozialen Umwälzungsepochen erklärt, und manche andere kühne Generalisation wird vor der Konfrontierung mit Einzeltatsachen nicht immer bestehen. Aber das ist auch nicht der Nerv der Sache.«

Aufbauend ist, wie ich bemerkte, Schmidts Kritik des Barth'schen Buchs. Und damit ist die Grundrichtung seiner kritischen Arbeiten überhaupt bezeichnet. Conrad Schmidt zählt nicht zu der weitverbreiteten Zunft der schwarzgalligen Nörgler, der wütenden Rechthaber und der böswilligen Verdächtiger persönlicher Motive. Schmidt will immer da, wo er ein ehrliches Ringen nach wissenschaftlicher Wahrheit sieht, dem Ringenden und dem rein sachlich von ihm Kritisierten und auch dem Leser seiner Kritik zu neuen fruchtbaren Erkenntnissen weiterhelfen. Er hat von dem Großen, das in der Lebensarbeit von Marx und Engels so reichlich lag, mit vollen Händen und freudig Besitz ergriffen, nicht aber von den Unarten ihrer oft persönlich überreizten Kritik. Fast alle Spitzenleistungen der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft in dem Zeitraum von 1908 bis 1930 hat Conrad Schmidt in der Rundschau Sozialwissenschaften der Sozialistischen Monatshefte durch tiefdringende Kritik gewürdigt. Überall anregend, wegweisend, hat er die Leser auf die Höhe der Wissenschaft unserer Zeit geführt. Bei der erwähnten Kritik des Barth'schen Buchs hatte er sofort die für die Vertiefung in den Geist der Marx'schen Geschichtsauffassung so wichtige Frage aufgeworfen: Ist denn etwa mit der kritisierten Marx'schen Geschichtsauffassungformel die ganze Weite der Marx'schen Geschichtsauffassung erschöpft? Ist in dieser Auffassung nicht eine heuristische Methode der Forschung gegeben? Sollen nicht die Änderungen des gesellschaftlichen Organismus mit Beziehung auf die darin eingeschlossenen Änderungen des Wirtschaftsprozesses methodisch untersucht werden? Hier konnte eine Methode der Betrachtung erschlossen werden, die besonders für die genetische Erklärung der gegenwärtigen und der zukünftigen Gesellschaftsform, aber auch aller früheren Gesellschaftsformen fruchtbar ist, und die nun von der jungen Generation in ihrem Denken richtig angewandt werden muß.

Trotz allen feinen kritischen Einwendungen gegen diese oder jene Ausführungen Marxens hat sich Conrad Schmidt nur als Schüler seines großen Meisters gefühlt, dessen grandioses Lebenswerk er staunend bewunderte. Er vergleicht den Einschnitt, den Marx in der Geschichte des sozialen Denkens bedeutet, mit dem Einschnitt, den Kant in der Geschichte der Philosophie darstellt. Auf dem Marx'schen Fundament hat Schmidt sein wissenschaftliches Gebäude nach eigener Bauidee errichtet. Und auch für Conrad Schmidt selbst gilt das Wort, das er am 5. März 1908 in den Sozialistischen Monatsheften zum 25. Todestag Marxens über dessen Lebenswerk sprach:

»Und so (was auch den Stempel zeitlicher Bestimmtheit tragend von Einzelgliedern seines Werkes fallen mag) wandert seines Geistes Geist, »unendlich Licht mit seinem Licht verbindend«, mit kommenden Geschlechtern in die Zukunft fort.«

CARL MIERENDORFF · POLITIK OHNE SYSTEM



ALLMÄHLICH lichtet sich das mythische Halbdunkel um die Regierung von Papen. Die Politik des Kabinetts während der letzten 4 Wochen gibt in Verbindung mit den zahlreichen Reden des Reichskanzlers ein leidlich abgerundetes Bild von den Gedanken, Plänen und Absichten, die im Schoß dieser Regierung gehegt werden. Was setzt sie sich zum Ziel? Der Gedankengang ist ziemlich primitiv. Es gilt Deutschland und dem deutschen Volk dadurch zu helfen, daß man der deutschen Wirtschaft wieder aufhilft. Wie macht man das?

Es geschieht 1. indirekt: durch Entlastung der Wirtschaft (Abbau des »Wohlfahrts«- oder »Verforgungsstaats«, Lohnsenkung durch Eingriffe in die bestehenden Tarife), 2. direkt: durch Ankurbelung der Wirtschaft im allgemeinen (Steuerrücklicheine) und im besondern durch Ausweitung des innern Markts für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte (Kontingentierung der entsprechenden ausländischen Einfuhr), 3. psychologisch: durch eine Welle von Optimismus, die das Ganze trägt (es gilt vor allem zu vertrauen, dann wird die Wendung nach oben schon kommen), 4. durch Umbau der Verfassung in autoritärem Geist, 5. durch eine "aktive" Außenpolitik, die Deutschland die "Gleichberechtigung" auf militärischem Gebiet erkämpft (Wehrhoheit).

In seiner Münchener Rede am 12. Oktober vor den bayrischen Industriellen hob der Reichskanzler mit aller Deutlichkeit diese wirtschaftspolitischen Motive seiner Außen- und Verfassungspolitik hervor. Zur Außenpolitik sagte er:

»Augenblicklich steht das Abrüstungsproblem im Mittelpunkt des Interesses. Was bedeutet das für die Wirtschaft? Wir fordern gleiches Recht und gleiche Sicherheit wie alle anderen Völker. Wie kann unser Handel mit dem Auslande gedeihen, wenn der deutsche Staat dort nicht das gleiche Ansehen genießt wie jeder andere? Wer wird Kapital anlegen in einem Lande, das dem Zugriff seiner Nachbarn schutzlos preisgegeben ist? Das ist keine theoretische Erwägung. Es ist uns allen noch in furchtbarer Erinnerung, wie vor noch nicht 10 Jahren der Einmarsch fremder Truppen in unser Gebiet die Reichsmark auf den billionsten Teil ihres jetzigen Wertes stürzen ließ. Dieses Beispiel genügt, um zu zeigen, daß wir in unfrem Kampf um die Gleichberechtigung zugleich um die Grundbedingungen unseres wirtschaftlichen Daseins kämpfen.«

Die Notwendigkeit einer beschleunigten Verfassungsreform legt er also dar: »Ohne stetige politische Verhältnisse kann Handel und Wandel des Volkes nicht gedeihen. Die Weimarer Verfassung hat in einer Periode von 13 Jahren gezeigt, daß sie solche Verhältnisse nicht schaffen konnte.«

Wenige Tage später, am 16. Oktober, begründete er die Notwendigkeit, daß wir uns »rasch für eine neue bessere Form der Staatsführung entschließen«, nochmals deutlich damit, daß die Regierung mit ihrer innern Politik dem deutschen Volk »einen festen und gesicherten Boden zur Entfaltung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte bereiten« wolle.

Man mag zu den verschiedenen Punkten dieses reichhaltigen Programms stehen, wie man will, man mag diese Maßnahmen für richtig, jene für grundfalsch halten, zum Erfolg fehlt dieser Politik die elementarste Grundvoraussetzung: die klare, in sich geschlossene logische Konzeption, es fehlt ihr das System. Diese Aufzählung von Zielen ist bestenfalls ein Katalog großer Taten, von denen patriotische Knaben träumen mögen, Politik ist das nicht. Sie muß an ihren eignen Widersprüchen scheitern. Was soll zum Beispiel die Idee des Umbaus der Verfassung, um Handel und Wandel zu fördern? Man muß die Aktionsfähigkeit der deutschen Demokratie endlich herstellen, indem man bestimmte Konstruktionsfehler des Weimarer Gebäudes beseitigt; dann werden sich automatisch viele Störungsquellen für das deutsche Wirtschaftsleben schließen. Aber eine Verfassungsreform der Art, wie sie von dieser Regierung angestrebt wird, muß, zumal im Fall einer Oktroyierung, ins Gegenteil einer politischen Beruhigung umschlagen. Mit vollem Recht bemerkte dazu die Frankfurter Zeitung am 18. Oktober:

»Ein neues Verfassungsgebäude mag seinen Konstruktoren noch so schön und richtig konstruiert erscheinen; wenn es von vielen deutschen Menschen nur als ein neues Gefängnis angesehen werden sollte und als ein Raub ihrer staatsbürgerlichen Rechte, dann wird es eben nicht den »festen und gesicherten Boden« darstellen, den Herr von Papen in Aussicht gestellt hat.«

Der Mangel an System in dieser Politik tritt deutlich auch bei der Hilfsmaßnahme für die Landwirtschaft hervor, die, wie hier schon am 10. Oktober gefagt wurde, nicht als »Glied eines Ganzen durchdachter Agrarpolitik« erscheint, vielmehr, als isolierte Maßnahme, verloren im politischen Raum herumsteht. Der Reichskanzler wies deshalb in seiner Münchener Rede tröstend darauf hin, daß ja die an der Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten »für einen fühlbaren Abbau des industriellen Protektionismus in der Welt Sorge tragen« könnten. Und er fuhr fort:

»Wenn die Welt wieder bereit ist in größerem Umfange deutsche Industrieerzeugnisse aufzunehmen, und auf diese Weise der Weltmarkt wenigstens einem Teil unserer Arbeitslosen wieder Arbeit gibt, dann wird auch die Kaufkraft unserer Arbeiterklasse wieder steigen, und die Aufnahmefähigkeit Deutschlands für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder wachsen . . . Wir können nur hoffen, daß die kommende Wirtschaftskonferenz die industriellen Zollmauern und die Währungschwierigkeiten, denen eine so große Zahl von Ländern unterliegt, beseitigen wird, damit die einzelnen Wirtschaften nicht einer immer stärkeren Isolierung zugetrieben werden.«

Franz von Papens einzige Hoffnung (»Wir können nur [!] hoffen . . .«) besteht also in der kommenden Weltwirtschaftskonferenz. Aber wie soll es dort zu einer Verständigung kommen, wenn die weltpolitische Lage, insonderheit die Lage in Europa, sich ständig verschärft? Namentlich sich verschärft durch jene Außenpolitik, die angeblich im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs den Kampf um Gleichberechtigung führen zu müssen glaubt.

Wenn man der deutschen Wirtschaft wirklich helfen will, muß man die außenpolitische Lage Deutschlands entspannen. Sie war jahrelang schon zur Genüge gespannt durch das Vorhandensein der unleidigen Reparationsfrage. Die scheint heute ein unter vielen Pannen und Rückschlägen nunmehr überwundenes Problem. Warum die Verhältnisse durch den außenpolitischen Vorstoß der Reichsregierung (den der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Otto Schmidt /Hannover/ in einem Berliner Rededuell mit Joseph Goebbels als die »Hindenburgoffensive« des deutschen Volks bezeichnet hat) erneut aufs schwerste komplizieren? Mit außenpolitischer Offensive dieser Art, die lediglich primitiver Frontalangriff ist, ist dem deutschen Volk nicht zu helfen. Um Deutschland aus der Umklammerung der Not zu befreien, bedarf die Aktion einer großangelegten strategischen Konzeption. Wir stehen vor dem 3. Kriegswinter des "Befreiungskriegs vom Joch des Versailler Vertrags", der gleich dem Ruhrkrieg nicht mit Waffengewalt geführt wird, aber in seiner gespenstischen Lautlosigkeit schauerlich genug anmutet und wieder gewaltige Verwüstungen an Gut und Blut anrichtet. Es hat seit langem keinen so erschütternden "Kriegsbericht" über die Opfer auf den Schlachtfeldern von heute gegeben wie das nüchterne Referat, das der Stadtkämmerer Berlins, Bruno Aich, am 20. Oktober über die »wachsende Not« in den deutschen Gemeinden veröffentlicht hat. Er schreibt:

»Die Welle der Not steigt an. In den Gemeinden erhöht sich von Monat zu Monat die Zahl der Unterstützungsempfänger. Etwa 2½ Millionen Wohlfahrtserwerbslose fordern regelmäßige Hilfe . . . Über ¼ der Berliner Bevölkerung braucht Hilfe aus öffentlichen Kassen, in einzelnen Städten ist der Anteil noch höher, in einigen Teilen des Reiches etwas geringer, überall aber sind es unübersehbare notleidende Massen, deren Existenzgrundlage auf der Leistungsfähigkeit der Gemeinden beruht.«

In den Industriegebieten herrscht ein furchtbares Elend. In 14 Ruhrstädten, darunter großen Städten wie Essen, Dortmund, Duisburg, ist es, auch bei Einstellung aller sonstigen Ausgaben einschließlich des Schuldendienstes, nicht mehr möglich die Wohlfahrtsempfänger zu versorgen und die Beamten zu

bezahlen: sie haben im Jahr 1932 allein ein Defizit von zusammen 100 Millionen Mark. In Berlin fehlen mindestens 70 Millionen, trotz allen Einschränkungen, trotz Unterstützungslätzen von 8,50 Mark pro Woche:

»Etwa 500 bis 600 Millionen Mark beträgt das Jahresdefizit der Gemeinden 1932. Jeder weitere Rückgang der Steuereinkünfte, jede erneute Erhöhung der Arbeitslosenzahl muß diesen Fehlbetrag steigern. Kredite stehen nicht zur Verfügung. Rückgriff auf Reserven ist unmöglich, nachdem die seit 1929 wirkende Krise sie auch in den Städten aufgezehrt hat, in denen Rücklagen vorhanden waren.«

Es gibt nur einen Ausweg, nur eine Möglichkeit zur Rettung aus so verzweifelter Lage: die Politik ohne System, die gar keine Politik ist sondern die gedankenlose Aneinanderreihung bombastischer Parolen, rücksichtslos zu liquidieren. Deutschland ist in Lebensgefahr, aber auch Europa kann sich nicht halten, wenn nicht statt der Gegensätze Gemeinsamkeiten schleunigst in den Vordergrund gestellt werden. Sieht das niemand von den verantwortlichen Führern? Ringsum auf dem Erdball formen sich immer deutlicher erkennbar die großen Wirtschaftsimperien als weltbeherrschende Machtzentren heraus: die beiden angellächlichen Imperien, das russische Föderativreich und das Reich des Fernen Ostens. In Europa zerfleischen sich die zahllosen Splitterwirtschaften, und sie laufen Gefahr im Namen der "nationalen Würde und Freiheit" langsam zu verbluten. Ist keiner, der diesem Selbstmord Einhalt gebietet? Man muß den Vereinigten Europäischen Kontinent als 5. Weltreich organisieren, sonst ist Europa verloren, in wenigen Jahrzehnten nur noch die Erinnerungstätte einer großen Vergangenheit, die der Weltreisende der Zukunft besucht wie heute den Boden Mykenäs oder Karthagos. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Kinder und Enkel an den Ruinen einer ehemaligen europäischen Kultur ihre Mützen aufhalten, um krampfhaft nach jedem Cent und Jen zu haschen, müssen wir uns heute auf unsere europäische Aufgabe besinnen und den Mut aufbringen unter kontinentaleuropäischen Perspektiven Politik zu treiben.

Der Oberst Ferdinand von Bredow, die rechte Hand des Reichswehrministers Kurt von Schleicher, hat einem Vertreter der Pariser République die Wehrpolitik des Kabinetts von Papen mit der Notwendigkeit der Sicherung Ostpreußens begründet, das bedroht sei, solange Deutschland nicht über die selben Waffengattungen verfüge wie Polen, die Tschechoslowakei und andere Staaten. Warum kann man Ostpreußen nicht durch verschärfte Sicherheitsgarantien schützen? Oder hält man in der deutschen Heeresleitung so wenig von solchen Zusagen? Deutschland hat den Briand-Kellogg-Pakt unterzeichnet und damit den Krieg als Mittel der Politik verworfen. Es handelt sich heute darum dieses Prinzip auf die Ostfragen konkret anzuwenden, wie es bei den westlichen Grenzfragen im Locarnopakt geschehen ist. Dann ist der Weg frei zur Organisierung Europas. Aber das heißt auf die Rückgliederung des Korridors verzichten, lautet der Einwand. Wann werden wir lernen die Korridorfrage endlich unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen? Das Korridorproblem bietet im kleinen ein getreues Abbild des Europaproblems im gesamten. Man kann es nicht lösen, indem man die Grenzen hin- und herrückt. Damit verstrickt man sich nur in einen circulus vitiosus. Man muß, wie Europa im ganzen, so Osteuropa im besondern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten organisieren. Nur das schafft Luft, namentlich auch für Deutschland; sonst sind Millionen Existenzen in Deutschland und Europa, die das Schickal schon gezeichnet hat, zum Untergang verurteilt.



EN Anfang könnte und müßte die Ausarbeitung eines europäischen Sicherheitsprotokolls bilden, analog jenem Genfer Protokoll, nur auf den Kontinent beschränkt (was ohnehin das Naturgemäße ist), um die Nervosität gegenseitiger Angst und das hochgradige Mißtrauen, das heute die europäischen Nationen beherrscht, vorerst einmal zu bannen. Man muß einen Anfang machen. Die praktische Anwendung des Briand-Kellogg-Prinzips auf ganz Europa wäre die konsequente Fortsetzung jener von Gustav Strefemann beim Abschluß des Locarno-Vertrags intern mündlich abgegebenen Erklärung (an die Sir Austen Chamberlain Mitte Oktober im englischen Unterhaus erinnert hat): die östlichen Grenzfragen nur mit friedlichen Mitteln zu behandeln.

Je mehr man freilich von den ideellen Hintergründen der Europapolitik des Reichskanzlers von Papen erfährt, desto fragwürdiger erscheint es einem, ob er der Staatsmann ist den Durchbruch nach Europa anzubahnen. Der Gedanke läge an sich nahe, da er den Europagedanken prinzipiell als politischen Leitgedanken anerkennt. So eben erst in München in einem Vortrag vor dem Akademischen Klub. Aber was da aus seinem Mund zu vernehmen war, unterschied sich keineswegs von dem Klischee der landläufigen Meinungen. Das Wolffsche Telegraphenbureau berichtete:

»Der Kanzler umriß die Ziele seiner Auswärtigen Politik, die nicht nur für Deutschland sondern für unsern ganzen abendländischen Kulturkreis ein harmonisches Zusammenwirken der verschiedenen Kulturvölker unter Anerkennung ihrer Eigenart zum Ziel habe. Dieses Ziel bedinge aber die Abweisung anderer Hegemoniegelüste und aller Versuche die Welt in den starren Banden unanwendbarer Verträge zu halten. Dies sei also vorläufig nur durch Einsatz aller nationalen Kräfte zu erreichen. Deutschland führe seinen Freiheitskampf nicht für sich selbst sondern zum Besten der abendländischen Kultur.«

Bei solchen Anschauungen, die sich europäisch gebärden, tatsächlich aber völlig im konventionellen Denkschema hängen geblieben sind, kann es freilich auch nicht wundernehmen, daß dem Reichskanzler jene Entgleisung in der Debatte mit dem französischen Ministerpräsidenten geschehen konnte, die über die Frage der Schulung der französischen Kinder in der Kunst des Tötens geführt wurde. Frantz Clément wies am 8. Oktober im Tagebuch überzeugend nach, daß das Beweismaterial über die militärische Ausbildung der Jugend in Frankreich in keiner Weise stichhaltig ist. Dieser wirkliche Kenner Frankreichs stellt da fest, »daß von einer Erfassung der Jugend in soldatischer Beziehung keine Spur, aber auch keine Spur vorhanden ist«. Und der Gesetzentwurf, den Franz von Papen als Beweis anführte, ist eben nur ein Entwurf, unverbindlich wie jeder, obendrein ohne Aussicht auf Annahme.

Herriot ist sichtbarlich bemüht den Weg durch das europäische Dickicht zu bahnen. Seine zähe Zielstrebigkeit verdiente endlich mit europäischen Augen gesehen zu werden. Hier kämpft einer nicht nur um die Vorrangstellung seiner Nation (so begreiflich dies bei dem Regierungschef des Landes wäre). Er ist offenkundig auch bemüht die Grundthese, deren Durchsetzung ihm als unerläßliche sachliche Voraussetzung für die Sicherung der europäischen und damit auch der französischen Zukunft erscheint, nicht doktrinär erstarrten zu lassen. Sein in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Deputiertenkammer angekündigter neuer Plan über die »Parallelschaltung« von Sicherheit und Abrüstung verdiente daher von vornherein Beachtung. Er hatte diese Mitteilung nach Lage der Dinge offenkundig doch gemacht, um es Deutschland zu erleichtern über das bloß Formale der Gleichberechtigung

hinaus zur Substanz der Friedensgestaltung vorzudringen. Aber in Deutschland blieb das erwartete Echo aus. Daß die französische Regierung entschlossen ist den europäischen Frieden zu stabilisieren und damit dann die Rüstungsrivalitäten unter den europäischen Nationen zu beseitigen, zeigte am 28. Oktober die Sitzung der Deputiertenkammer, in der Herriot jenen Plan nun wirklich vorlegte und in seinen 6 grundlegenden Punkten erläuterte. Daß solch ein Plan (der »die allgemeine Einführung eines Wehrsystems von defensivem und demokratischem Charakter für alle europäischen Nationen« bringt und sogar das bisher stets heiliggesprochene Prinzip der absoluten Staatsouveränität zugunsten des übergeordneten Interesses am ewigen Frieden im Kantischen Sinn beiseite schiebt) überhaupt einem europäischen Parlament vorgeschlagen wurde, bedeutet einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte. Jetzt heißt es für Deutschland jede Einzelheit genau prüfen und zu diesem Zweck die von Frankreich hergestellte Plattform betreten. Wir müssen ja doch mit Frankreich in die Debatte kommen. England eignet sich nicht einmal zum Erbauer von Notbrücken. Warum ist denn das Projekt der Viermächtekonferenz ge scheitert? Auch unsere Englandenthusiasten sollten gemerkt haben, daß man bei aller formellen Bemühung sich sachlich kaum gleichgültiger benehmen konnte als die britische Regierung in dieser Angelegenheit. Nach der Konferenz von Ottawa ist eben Europa für England mehr denn je ein politischer Nebenkriegsschauplatz. Wir müssen aber mit den Nationen zu einer Klärung kommen, die gleich uns an Europa *positiv* interessiert sind.



ORGANISIERUNG Europas: diese Forderung ist kein leidiges Ceterum censeo (»um nicht zu vergessen«) sondern das A und O aller deutschen Politik. Noch in wä hrender Wahlschlacht wird in der Presse bereits lebhaft die Frage nach der innenpolitischen Frontbildung nach dem 6. November erörtert. Alle Diskussionen dieser Art sind müßig. Wenn die vielleicht nach den Wahlen entstehende "neue Front" die gleiche Politik ohne System macht wie (bis jetzt) Franz von Papen, wird sie auch mit einem Reichskanzler andern Namens genau so scheitern. Man muß sich entscheiden: entweder Arbeit, wirtschaftliche Erholung, neues Leben oder ein Verzweiflungskampf um angeblicher (wirklich nur angeblicher) nationaler Werte willen. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Berufung und Verpflichtung diese Alternative dem deutschen Volk klar und deutlich vor Augen zu stellen. Auch ihre Politik krankt leider noch sehr stark an dem gleichen Mangel an System.

Was soll sie tun? Vor allem den Trugschluß zeigen und damit beseitigen, daß innenpolitische Änderungen geeignete Mittel zur Beseitigung der deutschen Not wären. Ganz besonders wird das auch dem Zentrumsführer Ludwig Kaas gesagt werden müssen, dessen Ruf nach einer »Not- und Mehrheitsgemeinschaft« wiederum ausschließlich unter innenpolitischen Gesichtspunkten konzipiert ist. Den »Eisgürtel der Isolierung«, von dem Kaas in seiner Rede zu Münster am 17. Oktober sprach, werden wir auch dann nicht zum Schmelzen bringen, wenn eine Verfassungsreform in verfassungsmäßiger Weise durch eine Notmehrheit durchgeführt würde, weil sie dem Zentralproblem gegenüber nur sekundäre Bedeutung hat. Das Primäre bleibt Beruhigung in Europa durch eine entsprechende Außenpolitik, zu der Deutschland das seine beitragen muß. Um so mehr sollte Ludwig Kaas dazu die Initiative ergreifen, als er ja auch das seinige dazu getan hat, um das Schiff der Republik in

dieses weltpolitische Packeis hineinzufahren, in das es heute eingekeilt ist. Als Inspirator Heinrich Brüning bleibt er in hohem Maß für die Lage von heute verantwortlich, und es ist nur eine schwache Entschuldigung, wenn er in diesem Appell in Münster die Fehlschläge der Papenischen Außenpolitik auf die Papenische Methode zurückzuführen sucht. Methode hin, Methode her: die außenpolitische Linie als solche (einschließlich der Erkämpfung der Wehrhoheit) wurde von Heinrich Brüning eingeschlagen. Die »Durchbruchschlacht«, ein Wort, das von niemand anderm als von Ludwig Kaas kommt, ist in vollem Gang, und wie sie verläuft, sehen wir jetzt: Trotz Einsatz ungeheurer Opfer und immer neuer Divisionen, die ins Feuer geschickt werden, ist noch kein Terraingewinn zu verzeichnen. Die Rede von Münster muß aus diesem Grund sehr besorgt stimmen. Die Zentrumsführung hat anscheinend noch nicht eingesehen, noch nicht umgelernt.

Um so entschiedener muß die Sozialdemokratie auftreten. Auch auf die Gefahr hin »gegen den Strom zu schwimmen« (um ein treffendes Wort des württembergischen Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher zu gebrauchen) fordert die Stunde von ihr klaren Kurs. Je enger die politische Einkreisung, um so enger auch der Kreis, in dem sich die politischen Gedanken der deutschen Öffentlichkeit bewegen. Aber nur, wenn es gelingt den Blick des deutschen Volks ganz frei auf die großen Entscheidungen wirklicher Lebensfragen hinauszurichten, wird der tragische Zirkel, in dem wir uns heute bewegen, zu sprengen sein. Die Stunde der Sozialdemokratie kommt. Und wenn wir wollen, daß sie genutzt wird, müssen wir Vorforge treffen, daß sie uns nicht wieder in einem Zustand mangelnder Vorbereitung trifft, wie etwa im Herbst 1918. Wer dann die Führung an sich reißen will, muß schon lange vorher den Weg aus dem Chaos gezeigt haben: Organisierung Europas auf der Basis einer intraeuropäischen Sicherheitsvereinbarung. Es gibt keinen andern. Die Sozialdemokratie vermag auf diesem Weg voranzugehen, weil sie nicht mit den ideologischen Vorurteilen belastet ist, die allen anderen Parteien und Gruppen das Denken und Handeln verbauen; für sie ist die Verpflichtung aber auch besonders groß, weil die Unterlassung dieser Politik das Schickal von Millionen Menschenwesen beliegt, die mit diesem Kontinent auf Gedeih und Verderb verbunden sind.

Die Völker Europas gleichen verängstigten Kindern, die in dunklen Wäldern verzweifelt umherirren und sich mächtig fürchten. Man muß sie an die Hand nehmen und vorwärtsführen: Dort wird es hell, dort ist der Ausweg, habt nur Vertrauen und folgt uns, wir wissen den Weg.

HANS SIMONS · REICH UND LÄNDER



ANGE schon ist es gemeinfame Überzeugung aller Unterrichteten, daß die Regelung, die das Verhältnis zwischen Reich und Ländern in der Reichsverfassung gefunden hat, nicht glücklich ist. Der allzu theoretische Plan die ungleich großen und noch darüber hinaus verschieden gewichtigen Länder dadurch einander anzugleichen, daß nach der Vorschrift des Artikels 18 der Reichsverfassung ihre Binnengrenzen geändert würden, hat keine praktische Bedeutung gewonnen, besonders soweit er die Möglichkeit vorsah, daß solche Grenzänderung gegen den Willen des beteiligten Landes erfolgt. Der Versuch ist überhaupt nur 2mal gemacht worden: in besonderen Formen für Oberschlesien,

wo die Abstimmung am 3. September 1922 stattfand und eine Mehrheit von mehr als $\frac{9}{10}$ für das Verbleiben bei Preußen ergab; und für Hannover, wo es nur zur Vorabstimmung kam, die am 18. Mai 1924 das erforderliche Drittel der Abstimmungsberechtigten nicht erreichte. Die Gründe hierfür gehören teils zur Problematik der Volksabstimmung, die sich auch bei Volksbegehren und Volksentscheid gezeigt hat und hier nicht unterfucht werden soll; sie stammen andernteils daher, daß die Frage der *Gebietsabgrenzung* überhaupt gegenüber der Frage der *Zuständigkeitsabgrenzung* zurückgetreten ist.

Die Reichsregierung hat sich nämlich aus der unbefreitbaren Schwierigkeit, daß sie es für die Durchführung der Gesetze mit allzu verschiedenartigen Ländern zu tun hatte, mit Hilfe einer andern Vorschrift der Reichsverfassung herausgeholfen. Der Artikel 14 bestimmt, »die Reichsgesetze werden durch die Landesbehörden ausgeführt, soweit nicht die Reichsgesetze etwas anderes bestimmen«. Der Reichsgesetzgeber kann also ohne weiteres im Rahmen der gesetzgeberischen Zuständigkeit auch Reichsbehörden einrichten, die natürlich gleichmäßig und einheitlich organisiert werden und dadurch dem bunt-scheckigen Verwaltungsapparat der Länder überlegen sind. Aber dieses Verfahren führte zu der sogenannten Aushöhlung der Länder, denen, beginnend mit der Reichsfinanzreform, immer mehr Aufgaben entzogen wurden, ohne daß sie ihren Verwaltungsapparat oder gar ihren politischen Geltungswillen einschränkten. Das hat zu starken Spannungen, zu einem fortdauernden Kleinkrieg zwischen Reich und Ländern, zu Überorganisation, Verwirrung und allen ihren schädlichen wirtschaftlichen, politischen und psychischen Folgen geführt. Man braucht die Bureaukratie wahrlich nicht zu überschätzen und kann doch feststellen, daß ein Teil der weitgehenden Verwaltungs- und damit sogar Staatsverdrossenheit auf diese Geburts- und Entwicklungsfehler unseres ganzen staatlichen Aufbaus zurückzuführen ist.

Es gibt keine Schwierigkeit in Deutschland, vom Wettersturz bis zur Wirtschaftskrise, die nicht demagogisch ausgenutzt würde, und zwar von allen Seiten, nicht zuletzt neuerdings auch von der Staatsführung. So ist auch die Frage der Reichsreform, das heißt (nur so wurde das Wort bisher gemeint und verstanden) der Verbesserung derjenigen Bestimmungen in der Reichsverfassung, die das Verhältnis von Reich und Ländern regeln, wieder in die politisch-agitatorische Diskussion geraten, nachdem sie jahrelang in erstaunlicher Weise "verfälscht" und dadurch der Lösung schon unmittelbar nahegebracht worden war. In der Länderkonferenz, einer Zusammenkunft der leitenden Minister oder Beamten der Länder mit der Reichsregierung und ihren Sachverständigen, ist im Lauf von fast 3 Jahren ein fertiger, in Gesetzesform gebrachter Vorschlag ausgearbeitet worden, dem alle wichtigen politischen Faktoren außer dem Land Bayern und dem Vertrauensmann der Bayerischen Volkspartei in der Reichsregierung zustimmten. Man muß sich dieses Ergebnis vor Augen halten, um ganz ermessen zu können, was es bedeutet, daß jetzt die Reichsregierung ohne jede Rücksicht auf diese Vorarbeiten und ohne Notwendigkeit der bayrischen Regierung Angebote macht, auf die nach den Verhandlungen in der Länderkonferenz die Bayern selbst am allerwenigsten gehofft hätten. Leider hat damals die Reichsregierung sich die großartige Gelegenheit auf Grund solch einzigartigen Materials einen ernsthaften Versuch politischer Neugestaltung zu machen einfach entgehen lassen. Auch spätere Vorschläge Preußens wenigstens sein Verhältnis zum Reich neu zu

regeln sind an der Entschlußlosigkeit der Reichsinstanzen gescheitert. Reichsrat und Reichstag haben erst recht keinen Versuch gemacht einen allgemein anerkannten Mangel des Staatsgrundgesetzes zu heilen sondern haben gern zugehört, wie die Länderkonferenz ihnen Vorarbeit und Vorschläge abnahm. Von einzelnen Parteien ist die Frage gelegentlich aufgegriffen worden, aber nicht so, daß man etwas anderes als einen rein taktischen und tagespolitischen Zweck vermuten konnte. Das gilt besonders von dem Vorschlag der Deutschnationalen Volkspartei, bei dem die Reichsreform nur ein Nebenergebnis der grundsätzlichen Verfassungsreform sein soll; die Aufhebung des parlamentarischen Prinzips soll die Möglichkeit geben zwischen dem Reichspräsidenten und einem neu zu schaffenden preußischen Staatspräsidenten, zwischen dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten, schließlich wechselseitig zwischen einigen Reichs- und preußischen Ministern Personalunion herzustellen. Dieser Plan hat sonst keine Beachtung gefunden. Offenbar hat ihn, abgesehen von den politischen Bindungen, grade diese Tatsache der Reichsregierung besonders empfohlen. Denn in ihren Vorschlägen klingt er an; nach den Ergebnissen aller politischen Vorarbeit, die neben der Länderkonferenz besonders der Bund zur Erneuerung des Reichs und einzelne Persönlichkeiten leisteten, ist es sicher, daß der deutschnationale Plan die geringste Gefolgschaft findet.

Die Aktion der Reichsregierung gegen Preußen hat die Lage völlig verändert. Jetzt ist die Reichsreform ein willkommenes Etikett, das möglichst groß auf einen andern Inhalt geklebt wird, um ihn vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Es ist deshalb dringend nötig, daß grade die Anhänger der Reichsreform, wie sie von der Länderkonferenz mit menschenmöglicher Annäherung an das erreichbare Richtige entworfen ist, zunächst auf diesem Etikett die Giftzeichen anbringen, um dann Aufschrift und Inhalt in Übereinstimmung zu bringen.



Die Einheit des Reichs zu stärken muß das Ziel jeder Reform sein. Kein gefährlicherer Irrtum, als wenn die jeweilige Reichsregierung meint das mit der Stärkung ihrer eignen Stellung gleichsetzen zu dürfen. Es handelt sich zwar im politischen Tageskampf jetzt offensichtlich darum, daß die Reichsregierung sich die Machtposition in Preußen erhalten möchte, die sie durch einen Handtreich errungen hat. Aber Reichsreform ist eine zu große Aufgabe, als daß sie zur Parole für Franz von Papen genommen werden könnte. Deshalb ist es auch ganz unerträglich, wenn unter dieser Parole der Versuch gemacht wird die vereinheitlichenden Kräfte der Reichsverfassung zu verringern und den Machtzuwachs der Reichsregierung in Preußen durch Reservate an Bayern und andere Länder zu kompensieren. Über die Grenzen, die in der Verfassung dem Föderalismus gezogen sind, darf nicht hinausgegangen werden. Den Ländern etwa größere Zuständigkeit zubilligen, als sie jetzt haben, hieße die feste Klammer lockern, die in Form der Reichszuständigkeiten um alle Länder, also um das ganze Reich gelegt ist. Wenn die Bürokratie einiger Reichsministerien vor Freude über den "Apparat", den sie mit der preußischen Verwaltung endlich in die Hand zu bekommen hofft, glaubt auf ihren alten, wenn auch beschränkten Einfluß in anderen Ländern verzichten zu können, so übersieht sie zweierlei: daß damit nämlich die politische Macht des Reichs als Einheit verringert wird, und daß nach der von der Reichsregierung geplanten Lösung auch der preußische Verwaltungsapparat schließlich in sich erhalten und unabhängig bleibt, also die organische Realunion zwischen Reich und

Preußen gar nicht erreicht werden würde. Dem norddeutschen Gebiet, auf das sich die positive Reichsreform beschränken würde, wird der Süden weiter entwachsen, der "gesunde Föderalismus" wird sich als das enthüllen, was er taktisch ist und faktisch werden muß: Reichszentralismus in Norddeutschland, Länderpartikularismus im übrigen Reichsgebiet.

Ist also schon die Erweiterung der Länderzuständigkeit das Gegenteil einer *Reichsreform*, so würde die über die Verfassung hinausgehende Sicherung der Länderrechte die Fortentwicklung der Reichseinheit erst recht beeinträchtigen. Mit verfassungsändernder Mehrheit kann das Verhältnis des Reichs zu den Ländern im allgemeinen und im einzelnen geändert werden, nötigenfalls also auch gegen den Willen des betroffenen Landes. Es ist eine Frage für sich (die zu bejahen ist), ob die Verfassungsänderung grundsätzlich erschwert werden sollte; mindestens der Mißbrauch des Artikels 76 zu Verfassungsumgehungen müßte aufhören. Aber keinesfalls dürfte ausgerechnet die sogenannte Länderhoheit (deren Reste politisch unzweifelhaft vorhanden sind, mögen sie rechtlich noch so zweifelhaft sein) mit besonderen Sicherungen versehen werden, über die hernach keine gesunde Entwicklung ohne Krampfanfälle hinwegkommt. Macht man die Reichsreform grade in diesem Punkt von der Zustimmung der beteiligten Länder abhängig, so muß Braunschweig oder Oldenburg recht sein, was der Reichsregierung im Kampf um ihre preußische Position für Bayern billig vorkommt. Und dann ade Reichsreform von dem Tag an, da das zustande gebracht ist, was jetzt dafür gelten soll.

Aber es gibt auch unauffälligere Formen die Zustimmung anderer Länder zur Vergewaltigung Preußens zu erkaufen: die Bevorzugung beim Finanzausgleich, bei Dotationen und Ausschüttungen, bei Abfindungen und allen Gelegenheiten, wo es um Geld geht. Darin hat das Reich fast noch mehr Erfahrungen, als ihm Mittel dafür zur Verfügung stehen. Seit Jahren wird der Kampf um einen bessern, das heißt gerechtern, wenn irgend möglich einfachern und finanzpolitisch richtigern, also Sparfamkeit und Sachlichkeit bei der Verwaltung und Verwendung der Mittel sichernden Finanzausgleich geführt. Es wäre ein schwerer Fehler, der das deutsche Volk nicht nur steuerlich teuer zu stehen käme, wenn jetzt die Folgen übereilter Maßnahmen der Reichsregierung auch auf diesem Gebiet durch Zugeständnisse ausgehandelt werden sollten. Wenn Bayern sein föderalistisches Erstgeburtsrecht schon so zähe verteidigt, dann sollte es auch ablehnen sich solche Linsenuppen anbieten zu lassen; zumal noch keineswegs feststeht, wer sie später einmal kochen und würzen wird. Aber leider ist der finanzielle Hunger der Länder zu groß, als daß sie sich irgendeinen Stolz ernstlich gestatten könnten.

Noch viel gefährlicher als diese Zugeständnisse wäre es, wenn den Ländern wirklich die sogenannte Verfassungsautonomie gewährt würde, sie also frei wären ihre Verfassung unbeschränkt nach dem Gutdünken der jeweils im Land herrschenden Mehrheit zu gestalten. Diese Zulage hat der Reichskanzler ausdrücklich in seiner Münchner Rede vom 12. Oktober gegeben. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß damit den Parteien, ganz besonders aber der Bayerischen Volkspartei ein Kuckucksei ins Nest gelegt werden sollte. Denn man braucht sich nur einmal einen ernstlichen Versuch vorzustellen in Bayern die Monarchie zu restaurieren, um sich klar zu machen, was das für Folgen für die beiden größten Parteien im Land, die Bayerische Volkspartei und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, haben

müßte, und welche Wirkungen von innerbayrischen Verfassungskämpfen dieser Parteien auf die Nationalsozialisten im Reich und auf das Zentrum ausstrahlen müßten. Aber der Preis, den das Reich zahlen würde, wenn die Reichsregierung so die Parteien verwirrt, wäre doch zu groß. Wer wirklich den Ländern die Verfassungsautonomie anbietet, hat (wenn ihm nicht das Glück günstig ist und seine Absichten undurchführbar macht) das erste deutsche Sprengpulver an die Reichseinheit gelegt. Man kann ihm und uns nur wünschen, daß niemand auch noch die Zündschnur hinzufügt. Die Sozialdemokratische Partei hat sicher keinen Anlaß die Glücksgöttin der Reichsregierung zu spielen; aber sie wird sich gegen solche leichtsinnigen und schnelfertigen Methoden mit allen Mitteln zur Wehr setzen, weil ihr die Reichseinheit höher steht als Tageserfolge, weil mehr auf dem Spiel steht als die parteipolitische Verwirrung bei anderen, die sie mit mehr Grund als die Reichsregierung ruhig und zufrieden mit ansehen könnte. Nicht die freistaatliche, sondern die parlamentarische Verfassung der Länder muß geändert werden; nicht durch Verfassungsautonomie sondern durch Reichsverfassungsvorschriften, wonach für die Verwaltung der Länder Regierungen genügen, die für eine Legislaturperiode bestimmt werden und nur beim Amtsantritt einmal des Vertrauensvotums ihres Landtags bedürfen.



MAN muß sich wirklich, wenn man sich mit den aktuellen Plänen auseinandersetzt, wieder fragen, was denn eigentlich das Ziel der Reichsreform war, für die weiteste Kreise der Öffentlichkeit gewonnen waren, ehe sie durch andere Sorgen diese Aufgabe sehr zu Unrecht wieder zurückdrängen ließen. Das deutsche Volk wollte (parlamentarischer und übersichtlicher verwaltet sein, es wollte den Staat in seinen Organen wieder als Einheit erkennen und begreifen können und mit dem Staat das Reich, das dank besserer Zusammenfassung seiner Kräfte nach innen und vor allem nach außen besser und erfolgreicher wirken konnte. Wo sind diese eigentlichen Ziele der Reichsreform geblieben?

Nur in einem Punkt bekennt auch die Reichsregierung sich zu ihnen, nämlich in der Überwindung des Dualismus zwischen Reich und Preußen. Dafür hat aber Preußen durch die Mehrheitsparteien seines Landtags, durch seine Regierung und besonders einige seiner Minister, vor allem aber durch seinen Bevollmächtigten in der Länderkonferenz immer wieder bestimmte und durchführbare Vorschläge gemacht. Hier kann die Geschichte dieser Mitarbeit Preußens an der Reichsreform nicht geschrieben werden. Aber festzuhalten ist, daß Preußen immer nur *im Reich aufgehen*, nicht als Hausmacht der Reichsregierung erhalten bleiben wollte. Das zweite ist aber nach dem, was mit Hilfe des Artikels 48 angerichtet worden ist und an entsprechenden Stellen als künftige Lösung angedeutet wird, offenbar beabsichtigt. Preußen soll nicht "zer schlagen" werden, nicht etwa, um es als selbständiges Land zu erhalten, sondern um diese Machtposition ungeschmälert der Reichsregierung als eine Hilfsstellung außerhalb der Reichsinstanzen zu erhalten. Darum der Versuch die Sequestration zu verewigen, einen Minister als Preußenkommissar zu ernennen und den Zustand, der schon in 3 Monaten ein schwer beschreibbares Maß von persönlicher und sachlicher Verwirrung angerichtet hat, zugunsten gewisser Autoritäten andauern zu lassen. Nein, Preußen muß dem Reich zugunsten größerer Einheit zugelegt, es muß in den wohl- ausgebauten Zweigen seiner Verwaltung auf die entsprechenden Reichs-

verwaltungen überführt, es muß in dem guten Ausgleich zwischen Staatshoheitsaufgaben, die dann das Reich, und Selbstverwaltungsaufgaben, die dann die Provinzen übernehmen, ein Vorbild für die übrigen norddeutschen Länder und in ablehbarer Zeit auch für Süddeutschland sein. Niemand wird daran denken die Rechtseinheit, die für ein so großes Teilgebiet des Reichs wie Preußen geschaffen war, wieder in Einzelregelungen aufzulösen. Aber grade wenn die großen Aufgaben der Rechtsficherung, der Rechtsdurchsetzung und Rechtsprechung auf das Reich übergehen, also Sicherheits- und Kriminalpolizei, Justiz mit Strafvollzug, Kommunal- und Gewerbeaufsicht, dann können andere Verwaltungsaufgaben gut der Selbstverwaltung überlassen bleiben, um deren Regelung und Miterledigung das Reich gekämpft hat, solange es mangels echter Zuständigkeit auf den wichtigsten Verwaltungsgebieten verluchen mußte auf allen Gebieten etwas zu erlangen. Es braucht nicht betont zu werden, daß ein Reich, dem solche größeren Zuständigkeiten gegeben werden können, anders aussehen muß als es in den Träumen von Gottesgnadentum und christlichem Staat erscheint. Dann kann aber auch von dem preußischen Zentralismus etwas preisgegeben werden, der sonst, ist er auf das Reich übergegangen, ein Reichsverdroffenheit erzeugender und damit die Reichseinheit gefährdender Reichszentralismus wird. Die Länderkonferenz hat hier eine sorgfältig überlegte Liste aufgestellt; sie umfaßt Wohlfahrtspflege, Gesundheitsfürsorge, Jugendfürsorge, Wohnungsfürsorge, Landesfinanzen, Landesplanung, Verkehrs- und Wegewesen, Denkmalspflege und Heimatschutz und vor allem, soweit nicht das Reich allgemein zuständig ist, landwirtschaftliche Verwaltung, Wirtschaftsverwaltung und Kulturverwaltung als Sache der provinziellen und kommunalen Selbstverwaltung. Es würde zu weit führen hier darzulegen, wie unter Ausnutzung schon bestehender Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft hier die Grundlagen zu einem organisatorischen Neubau gelegt werden könnten, während bloßer Zentralismus ebenso wie bloße politische Personalunion zwischen Reich und Preußen die Keime künftiger Entwicklung zerstören.

Wenn man aber im Norden den Kreis der Selbstverwaltungsaufgaben erweitert, weil auch die Zuständigkeiten des Reichs erweitert sind (indem eben alle Gebiete der *Landeszuständigkeit* teils auf das Reich, andernteils auf die preußischen Provinzen oder in Norddeutschland auf das entsprechende Land übertragen sind), und damit einen wohlerwogenen Ausgleich zwischen den unitarischen und den föderalistischen Kräften Deutschlands schafft, kann man an der gleichen Frage im Süden nicht einfach vorbeigehen. Das Reich wäre um das, was ihm im Norden zugelegt ist, im Süden nun doppelt beeinträchtigt, und um das, was den Provinzen oder Ländern im Norden nicht gegeben worden ist, wären die süddeutschen Länder doppelt bevorzugt. Es bedarf also auch da einer Reform. Sie kann nur darin liegen, daß die großen staatshoheitlichen Aufgaben ähnlich dem Reich zufallen, wobei es durchaus denkbar wäre sie zum Teil den Ländern als Auftragsangelegenheit anzuvertrauen; das letzte gilt von der Polizei, der Kommunal- und der Gewerbeaufsicht, während die Justiz auch verwaltungsmäßig an das Reich übergehen sollte. Dann verblieben den süddeutschen Ländern nicht nur Zuständigkeiten, die den Norddeutschen genommen werden; sie behielten vor allem einen andern verfassungsmäßigen Aufbau als die Träger der Selbstverwaltung in Norddeutschland. Denn dort muß die Selbstverwaltung auch des Anscheins staatshoheitlicher Elemente entkleidet werden. Dafür geben Stellung und

Aufgaben des Provinziallandtags in Preußen, des Provinzialausschusses und des Landeshauptmanns den genügenden Anhalt und die richtigen Grenzen. Damit wird die Verwaltungsreform insofern zu einer Verfassungsreform auch für die Länder. Denn es wäre unter Umständen reichszerstörend, wenn demgegenüber die süddeutschen Länder nicht nur ihren vollen parlamentarischen Betrieb beibehalten sondern womöglich gar allerlei eigne Spielarten der Freistaatlichkeit, ja schließlich andere Formen der Staatsverfassung einführen wollten. Es gehört weder viel Phantasie noch viel geschichtliche Kenntnis dazu (und es ist schwer sich vorzustellen, daß beides den jetzt maßgebenden Männern derart fehlen sollte), um sich auszumalen, wie ein Deutsches Reich aussehen würde, in dem einem diktatorisch-zentralistisch verwalteten Norden ein monarchisch-partikularistisch oder sonst anders verwalteter Süden gegenüberstände. Wenn es auch nicht möglich ist in ganz Deutschland das Land als Mittelinstanz auf einen einheitlichen Typus zu bringen, so muß doch das Ziel sein die Länder einander möglichst anzugleichen, ihre Ungleichheiten zu verringern, indem man die Zuständigkeiten des Reichs vermehrt.



SCHLIESZLICH hat auch eine Verwaltungsreform, besonders wenn sie sich zu einer Verfassungsänderung auswachen muß, andere Aufgaben als nur bestehende Schwierigkeiten zu beseitigen oder tagespolitische Machtentscheidungen zu verewigen. Sie soll nämlich der Entwicklung der im Staat organisierten Volksgemeinschaft ebenso wie dem organischen Wachstum des Staats günstige Bedingungen schaffen. Das kann für Deutschland nur heißen: Erhaltung der politischen Einheit, die nur im Volk als dem Träger des Willens zum Nationalstaat gesichert ist und, wenn sie hier gefährdet wäre, ganz gewiß nicht durch volksfremde oder gar volksfeindliche Kunststücke anderwärts hervorgezaubert werden kann; Herstellung der wirtschaftlichen Einheit, ohne die sich Deutschland nicht in eine europäische Wirtschaftsorganisation einbauen kann; Verbesserung der politischen Gliederung, ohne die auch kein Anschluß Deutsch-Osterreichs möglich, ebenso wenig eine Wechselwirkung zu den deutschen Volkskräften außerhalb der Staatsgrenzen fruchtbar ist; Sicherung schließlich der Methode demokratischer Willensbildung, ohne die erst staatszerstörende Kräfte so gut von der sogenannten Autorität wie von der Auflehnung gegen sie geweckt werden. Diese Voraussetzungen müssen erfüllt sein, wenn Deutschland seine Außenpolitik aus dem luftleeren Bezirk der Isolierung in das Gebiet europäischen Lebens zurückverlegen will, wo sie am dringlichsten zu wirken hat; erst wenn das geschehen ist, kann man es unternehmen die europäische Staaten- und Wirtschaftsordnung zu schaffen, in der allein Deutschland Gleichberechtigung, Gefundung und Wachstum zu erwarten hat.

Das Urteil, das der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich am 25. Oktober gesprochen und begründet hat, gibt der Reichsregierung noch einmal einen Anzupunkt die Reichsreform ohne den Versuch zu tagespolitischen Handelsgeschäften in Angriff zu nehmen. Ganz abgesehen von den rechtlichen Formulierungen und Folgerungen: es nimmt den Maßnahmen der Reichsregierung die moralische Basis, auf die sie offenbar größern Wert gelegt hat als auf die Rechtsgrundlage, und erteilt ihr damit eine Warnung und Belehrung, die unter anderen Umständen den dafür verantwortlichen Ministern das Ende ihrer politischen Laufbahn bringen müßte. Es gibt der geschäftsführenden preußischen Staatsregierung die politische und moralische Rehabilitierung, auf

die sie den geschichtlichen Anspruch hat, überweist ihr aber zugleich auch wieder den politischen Platz (den sie übrigens nie aufgegeben hatte), von dem aus sie nun mit neuem Recht mit der Reichsregierung verhandeln kann. Die Haltung des preußischen Wortführers vor dem Staatsgerichtshof, des Ministerialdirektors Arnold Brecht, hat gezeigt, daß es der preußischen Regierung nach wie vor Ernst ist mit dem Willen zur Reichsreform. Die Maßnahmen aber, die die Reichsregierung dann am 29. Oktober traf, erweisen einen Mangel an Rechtlichkeit, der auch in aufgeregten Zeiten nicht zu entschuldigen ist. Sie beschwören einen neuen schweren Verfallungskonflikt herauf. Der Staatsgerichtshof allein wird ihn nicht mehr schlichten können. Denn gegen den Sinn und Geist seiner Entscheidung verstößt dieses Vorgehen der Reichsregierung. Prestigepolitik und Portepfeilstandpunkt statt Staatspolitik und Gemeinschaftsgefühl: das ist die betrübliche Zwischenbilanz, mit der auch für die Reichsreform nun zu rechnen ist. Immerhin: Macht und Recht sind gegen einander abgegrenzt. Die Grundlage für das Richtige muß nun im politischen Kampf hergestellt werden.

HERMAN KRANOLD · DIE SELBSTVERWALTUNG IM STAATSWESEN · VORSCHLÄGE ZUR PREU- SZISCHEN VERWALTUNGSREFORM



Im Lauf der letzten Jahre ist die Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Preußen mehrfach eingeschränkt worden. Neben die Staatsaufsicht über die Gemeinden trat eine Regelung vieler Einzelfragen durch obrigkeitliche Anordnung oder gesetzliche Vorschrift. Im Zeichen der Notverordnungen wurde dann innerhalb der Gemeinden selbst eine Verschiebung der Befugnisse vorgenommen, die dem Gedanken der Selbstverwaltung widerspricht.

Die preußische Selbstverwaltung entspringt ursprünglich dem Aufkommen des Bürgertums, der damals unterworfenen Klasse, gegen die herrschende Klasse des Adels, deren Spitze und vornehmstes Mitglied das Königshaus war. Die preußische Verwaltung bestand gegen Schluß des 18. Jahrhunderts aus Dienern jener herrschenden Klasse, und in der (liberal-romantischen) Reform des preußischen Staatsgefüges zu Anfang des 19. Jahrhunderts kam für die Städte eine Art von bourgeois-kapitalistischer Freistätte innerhalb des im übrigen zunächst noch ganz feudalistischen Staatsgefüges zustande. Die eine Mitwirkung des Bürgers an der Regierung des Staats erstrebten, gaben, um überhaupt etwas zu erreichen, sich damit zufrieden, daß innerhalb der städtischen Zelle ein gewisses Maß von Selbstbestimmung für den begrenzten Komplex der örtlich-städtischen Angelegenheiten errungen wurde. Die Idee dieser Reform war, daß die Selbstverwaltung des Bürgers das beste Mittel sei, um Gewissenhaftigkeit, daß die Abhängigkeit von Wahlen das beste Mittel sei, um Kontrolle, und daß die Allgemeinheit des Zugangs der Bürger zum Wahlrecht das beste Mittel sei, um alle schöpferisch produktiven Gedanken zur Wirkung zu bringen¹. »Die Stadtgemeinde war wieder anerkannt als ein selbständiger Körper mit eigenem Geist, mit seiner eignen

1) Zu diesen Ausführungen beachte man besonders die einschlägigen Abhandlungen Karl Braters und Albert Schäffles, in dem von Bluntchli und Brater herausgegebenen Deutschen Staatswörterbuch (Stuttgart 1857 bis 1870), das als Zusammenfassung des deutschen liberalen Gesellschaftsdenkens für authentische Darstellung solcher Dinge auch heute noch klassisch ist.

Lebensphäre und innerhalb derselben mit der Kraft der Selbstbestimmung. Die Wahl ihrer Obrigkeit wurde den Städten zurückgegeben, der Obrigkeit eine Bürgervertretung zur Seite gestellt, das Eingreifen der Staatsgewalt auf Ausnahmefälle beschränkt.«² Im Grundsatz hatte die so neugeordnete Gemeindeverwaltung auch die Staatsgeschäfte in der untersten Instanz auftragsweise wahrzunehmen. Aber es entsprang dem Geist des Obrigkeitsstaats, daß die Polizei in Preußen auf dem platten Land besonderen Ortspolizeibehörden, verschieden je nach der Provinz (in den öftlichen Provinzen den Amtsvorstehern, in der Provinz Hannover den Landräten und so weiter) und in großen Städten Polizeidirektoren und -präsidenten übertragen wurde. Im übrigen stellten das 19. und das 20. Jahrhundert eine Zeit fortwährenden Wechsels in der Zuteilung von Staatsaufgaben in der untern Instanz an staatliche Spezialbehörden oder an die Gemeinden dar.

Die preußische Gesetzgebung hat nach der Umwälzung von 1918 die grundlegenden Formen der Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände beibehalten. Es sind zwar sehr viele Vorschläge zu größerer Vereinheitlichung des Rechts der Städte, der Landgemeinden und der Kreise literarisch erörtert worden; sogar über einheitliche Städteordnungen und Kreisordnungen für das Gesamtgebiet des Deutschen Reichs hat man eifrig beraten. Herausgekommen ist dabei aber nichts. Das Stadtrecht, das Recht der Kreise und Landgemeinden ist in Preußen nach wie vor so verschieden wie es bis 1918 war. Nur in wenigen Punkten (so naturgemäß gleich 1919 in der Abgrenzung des aktiven und passiven Wahlrechts zu den Körperschaften der Kommunen und Kommunalverbände) wurden die Verschiedenheiten beseitigt, aber selbst sachlich so unbegründete Sondererscheinungen wie die, daß in der Provinz Hannover in den Landkreisen der Landrat Ortspolizeibehörde ist, sind bis auf den heutigen Tag bestehen geblieben. Nun braucht man gewiß nicht alles über einen Leisten zu schlagen. Für eine städtische Verfassung, in der der Bürgermeister nur Vorsitzender im Magistrat ist (Magistratsverfassung), wie für eine solche, in der der Bürgermeister allein verwaltet, und der Magistrat nur die Gesamtheit seiner höchsten Untergebenen darstellt (Bürgermeistereiverwaltung) und ebenso gegen beide lassen sich gewiß gewichtige Gründe anführen. Aber man sollte den Städten selbst die Wahl lassen, welches von beiden Systemen sie haben wollen. Der jetzige Zustand, daß die Städte in dem einen Gebiet die eine, in dem andern aber die andere Verfassung haben müssen, ist Unfinn.

Die Grundform der Selbstverwaltung in Preußen war und ist das Kollegium. Daß man durch Addierung von Intelligenzen mehr sachliche Richtigkeit der Beschlüsse erreiche, war ebenso eine Grundannahme dieser Organisationskunst wie die, daß man durch Hintereinanderschaltung vieler Beratungen über den selben Gegenstand ein immer feineres Produkt der Verwaltungstätigkeit herausdestilliere. Für Zeiten, in denen die kommunalen Aufgaben mäßigen Umfangs waren, in denen der Kreis der Wähler klein und der Kreis der möglichen Kandidaten noch kleiner, beide also übersehbar waren, und in denen man sogar mit einem gewissen Recht das Argument ausspielen konnte, es käme weniger auf letzte Richtigkeit der Beschlüsse als vielmehr darauf an, daß mit dem Einverständnis der Wähler beschlossen werde, mag dieses System gepaßt haben. Für die Zeiten aber, in denen die Anzahl der Geschäfte zur Unzahl wird, in denen die Zahl der Wähler und der Wählbaren so groß

2) Siehe *Brater* Gemeinde, im Deutschen Staatswörterbuch IV /Stuttgart 1859/ Seite 124.

ist, daß man um die Politifizierung der Wahlvorschläge nicht herumkommt, in denen vor allem eine Kommunalpolitik auf lange Sicht betrieben werden muß, macht man die kommunale Bürokratie allmächtig, wenn die ganze Vielgestaltigkeit, Wiederholerei, Vielgeschäftigkeit einer kommunalen Demokratie der heutigen Form in der Erledigung der Geschäfte erhalten bleibt. Hier ist eine klare Beschränkung der Gemeindevertretung auf die Wahl der Kommunalbeamten und der Verwaltungskörperschaft sowie auf gewisse wenige grundsätzliche Fragen erforderlich, und daneben eine Reform des Kommissions-, Deputations- und Ausschußwesens geboten, die die Einsetzung oder Nichteinsetzung von Kommissionen von einem ausdrücklichen Beschluß der Gemeindevertretung abhängig macht. In allen diesen Dingen kann für die Reform des städtischen Verfassungsrechts das Recht der preußischen Kreise ein Vorbild werden. Gerade bei den Landkreisen Preußens hat sich durch das allgemeine gleiche Wahlrecht, durch die Erweiterung der Aufgaben (Wohlfahrtswesen und Versorgungsbetriebe) und durch die immer stärkere Herausbildung von Großkreisen ein Riesenexperiment entwickelt, das in der Hauptsache geglückt ist. Und niemand, der den Einfluß des Kreistags, die Arbeit eines Kreis Ausschusses praktisch kennengelernt hat, wird behaupten können, daß die im Vergleich zu den Städten viel weiter getriebene Vereinfachung der kommunalen Verfassung zu einer stärkern Herrschaft der Bürokratie, zu einer weitergehenden Ausschaltung der Demokratie geführt hätte. Ein Kreistag, der im Jahr vielleicht über 40 bis 60 Sachen zu beschließen hat, kann jede einzelne von ihnen mit ungleich größerer Gründlichkeit beraten als eine Stadtverordnetenversammlung, die im Jahr 400 Punkte erledigen muß und mindestens 360 von ihnen als "Kleinvieh" in Bausch und Bogen abtut.

Es ließe sich an vielen Beispielen zeigen, wie die demokratische Überorganisation der städtischen Verwaltung gerade zu einer Mattsetzung der Demokratie führen mußte. Daß die kollegialische Verteilung der Verantwortung auf die anscheinend unmögliche, leider aber richtige Formel führt: $\frac{\text{Verantwortung}}{20} = 0$, sei hier nur noch der Vollständigkeit halber angeführt.

KEIN Wunder, wenn grade jetzt, in der Periode schnellsten Tempos der preußischen Verwaltungsreform, dem Gedanken der Übertragung von bisher staatlichen Verwaltungsgeschäften auf die Gemeinden durchgreifender Erfolg nicht beschieden ist. An sich hätte dazu aller Anlaß bestanden. Denn Reich und Staat haben im Lauf der letzten Jahre ihre Verwaltungsbehörden in der untern Instanz in einer wenig erfreulichen Weise vervielfältigt. So hat man den Gemeinden die Fürsorge für die Erwerbslosen abgenommen und hierfür besondere untere Reichsbehörden, die Arbeitsämter, geschaffen, die aber den Aufgaben, die ihnen da zufielen, sich als so wenig gewachsen erwiesen haben, daß man jetzt, in dem Augenblick, in dem man die erste wirkliche Qualitätsarbeit auf dem Gebiet der Versorgung der Arbeitslosen von diesen Behörden verlangen mußte, nämlich die Bemessung der Arbeitslosen- und der Krisenunterstützung nach dem Ergebnis der Bedürftigkeitsprüfung, die qualitative Leistung an die Wohlfahrtsämter der Gemeinden und Gemeindeverbände rückübertragen mußte. So haben wir jetzt den Zustand, daß die Arbeitsvermittlung, die ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Städte und Landkreise bildete, bei den Arbeitsämtern liegt, bei denen sie jedenfalls keine besseren Leistungen aufzuweisen hat als vorher, solange sie in kommunaler Hand war. Ebenso

hat man die Berufsberatung, die in Deutschland, vielfach auch in Landkreisen, durchaus eine kommunale Schöpfung war, in dem Augenblick, als sie "Itand", den Kommunen genommen und bei den Arbeitsämtern zentralisiert und uniformiert, was sich grade bei dieser noch in voller Entwicklung befindlichen Leistung als wenig erfreulich erwiesen hat. So sind jetzt auf dem Weg der Aussteuerung die meisten Erwerbslosen als sogenannte Wohlfahrtserwerbslose, wie ihr Name sagen soll, wieder den kommunalen Wohlfahrtsämtern zur Betreuung übergeben worden³⁾. Also eine immense Doppelorganisation, die an sich kostspielig ist, dazu die Geschäfte maßlos kompliziert und bei der Bearbeitung der Arbeitsvermittlung eine Benachteiligung der längtfristig Arbeitslosen, bei der Berufsberatung die Zerreißung des Zusammenhangs mit der von den kommunalen Jugendämtern geübten Jugendfürsorge und der Amtsvormundschaft zur Folge hat. Ähnlich planlos ist die Steuerveranlagung entkommunalisiert worden. Katasterämter, staatliche Kreiskassen, Finanzämter des Reichs bearbeiten diese; daneben aber sind die kommunalen Steuerbehörden bestehen geblieben. Man muß es in der Praxis erlebt haben, wie die Landesfinanzämter die Grunderwerbsteuerveranlagungen ins Blaue hinein korrigieren, wie die Steuerakten zwischen den Kreisauausschüssen und dem Katasteramt sowie dem Finanzamt bei den (oft ganz vergeblichen, aber vorgeschriebenen) Bemühungen hin- und herwandern, um den Einheitswert eines verkauften oder getauften Grundstücks festzustellen, wie die Stadt- und Landkreise alljährlich feierlich unter unendlicher Bureauarbeit zur Gewerbesteuer veranlagten, indem sie die Einheitswertfestsetzungen der Finanzämter abschreiben, unter Mißbrauch der Geduld ehrenamtlicher Ausschußmitglieder beraten (ohne etwas ändern zu können) und das schon Festgesetzte noch einmal festsetzen. Diese Mehrfachorganisation ist auf den verschiedensten Gebieten zu finden; ich nenne nur: die staatlichen Medizinalräte neben den Kommunalärzten, die kommunalen Siedlungsämter neben den Kulturämtern. Und man beachte wohl, daß die eigentliche praktische Bedeutung dieser organisatorischen Doppelbesetzungen in der Meinungsverschiedenheit liegt, die da gleichsam zum Lebensprinzip aller dieser Stellen gemacht ist. Da fangen die Zeitverluste, die Kosten und (zuletzt, aber nicht als geringstes Übel genannt) die Zufallsentscheidungen erst richtig an.

Daß dieser Zustand nach Abhilfe schreit, wissen alle Sachkenner. Und vielleicht wäre die Gelegenheit günstig gewesen. Nichts konnte doch den Gesetzgebern der Notverordnungen erwünschter sein als wirkliche Ersparnisse; und die wären hier sehr schnell zu erzielen gewesen. Daß es trotzdem zur durchgreifenden Kommunalisierung aller dieser Aufgaben nicht kam, hat nun, außer in den Widerständen der beteiligten Ressorts, die sich natürlich alle in wichtige "Belange" einbetoniert hatten, vor allem seinen Grund in dem Mangel an Vertrauen zu den Gemeinden. Diesem Umstand gilt es ohne Furcht ins Auge zu sehen; denn nur so kann dem Übel abgeholfen werden.

3) Nach Statistik und Wirtschaft betrug Ende Juli die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger bei der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge 2,11 Millionen. Davon dürften inzwischen 600 000 oder mehr in die Wohlfahrtsunterstützung zurückgeglitten sein. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug Ende Juli bereits 2,42 Millionen; sie dürfte jetzt 3 Millionen überschritten haben, während von den Arbeitsämtern nur noch etwa 1 1/2 Millionen betreut werden dürften. Das heißt, grob geschätzt, 2/3 der Arbeit ist wieder kommunal geworden, für das letzte Drittel aber besteht in Preußen ein Apparat von etwa 200 Arbeitsämtern, der sich für das Schwierigste, die Bedürftigkeitsprüfung, die Arbeit von kommunalen Behörden machen läßt. Allein die leitenden Beamten dieser Behörden (die Vorsitzenden der kommunalen Arbeitsnachweise arbeiten umsonst, wurden aus dem kommunalen Personal umsonst gestellt) dürften mit ihren Reisekosten im Jahr in Preußen 4 Millionen Mark kosten, die sich vorher nicht nötig machten.

Man tut den Refforts unrecht, wenn man annimmt, daß alle die Gründe, die sie für die Notwendigkeit einer selbständigen Organisation anführen, nur Scheingründe sind. Solange das Land Preußen untere Staatsbehörden hat, will das Reich natürlich auch solche haben; es ist in der Tat, solange das Land diesen Zustand aufrechterhält, für die Einheit des Reichs eine Lebensfrage, daß es diesem vielgestaltigen Apparat in den unteren Instanzen etwas Eignes entgegenzusetzen hat. Wenn man uns fragt, ob nicht die Leitungen der einzelnen Spezialbehörden (im Medizinal-, Veterinär-, Volksschul-, Steuer-, Katasterwesen und so weiter), vom Standpunkt des Fachs beurteilt, wahrscheinlich besser bearbeitet werden, läßt sich in der Tat nicht leugnen, daß namentlich die Möglichkeit Staatsbeamte im Interesse des Dienstes zu versetzen (was bei Kommunen und Kommunalverbänden ja leider kaum möglich ist) sowie die Ermessensfreiheit des spezialistischen oder spezialisierten Leiters der Fachbehörde Besseres versprechen. Dem steht aber entgegen, was überhaupt gegen die Herrschaft des Spezialisten, des losgelassenen Fachmanns, zu sagen ist: daß er nämlich den ihm anvertrauten Teil über das Ganze stellt, daß er für die wahre Bedeutung des fachlich Richtigen für den Gesamtzusammenhang des gesellschaftlichen Geschehens das Augenmaß verliert, daß ihm die Schwimmgellegenheit für 100 Städter wichtiger ist als die Arbeitsgellegenheit für 800 Arbeiter, ja daß er in solchem Konflikt sogar das Interesse der Angelei höher schätzt und notfalls die Sache bis zur Stilllegung einer Fabrik zu treiben bereit ist. Dieser Faktor der Integrierung in der Verwaltung wird um so wichtiger, je zahlreicher die spezialistisch entwickelten Zweige der Verwaltung werden. Nur wenn da alles zusammenhält, kann verhindert werden, daß womöglich der Kampf der Teile gegen einander für an sich berechnete Teilziele schließlich das Ganze lahmlegt.



OR wenigen Jahren noch wäre es gewagt gewesen zu sagen, daß die Organisationsformen der Selbstverwaltung sich nicht genügend den Erfordernissen einer in beständiger Wandlung und Komplizierung begriffenen Gesellschaft, namentlich im Bereich der Städte angepaßt haben; man hätte sich damit den Ruf zugezogen ein Feind der Selbstverwaltung zu sein. Jetzt aber lehrt die Erfahrung, daß die Organisation den Anforderungen dieser Krise nicht gewachsen war.

Auch hier dürfen indessen die Akzente nicht verschoben werden. Was an Korruptionssünden im Bereich des kommunalen Lebens zutage getreten ist, soll gewiß nicht entschuldigt werden, aber es wäre auch ganz verfehlt es nun grenzenlos aufzubauen. Verglichen mit dem, was uns die private Wirtschaft des Kapitalismus in diesen Jahren an Übelriechendem serviert hat, ist das Schuldkonto des kommunalen Sektors unserer Wirtschaft und unseres öffentlichen Lebens winzig klein. Aber daß das Schielen auf Agitationsbedürfnisse, die Furcht vor populären Schlagworten so weit geführt haben, daß Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Provinziallandtage keine Etatsmehrheiten gefunden haben, das ist ein trauriger Beweis dafür, daß die Selbstverantwortung der Selbstverwaltung nicht tief genug in den Herzen derer saß, denen die Entscheidungen anvertraut waren. Und die Finanzverwaltung mancher Städte ist leider nicht viel besser gewesen als die Taktik jener Wirtschaftskapitäne (mit selbstausgestelltem Patent) und Wirtschaftsfachverständigen (mit Befähigungszeugnissen auf Gegenleitigkeit), die da glaubten einen Bau bezahlt zu haben, wenn sie einen Dreimonatswechsel in

Höhe der halben Bauschuld irgendwo domiziliert hatten. Die Finanznöte aller Städte, Kreise und Landgemeinden entspringen gewiß in der Hauptsache der Behandlung des Finanzausgleichs durch Reich und Land: Wegnahme von Einnahmen, Verweisung der Kommunen auf besonders konjunkturrempfindliche Einnahmequellen (Wertzuwachssteuer, Grunderwerbssteuer, Vergnügungssteuer, Gewerbesteuer und anderes), Überschiebung von neuen Aufgaben ohne Zuweisung oder mit ganz unzureichender Herübergabe von Mitteln⁴: das sind Faktoren, die den Finanzen der Kommunen und Kommunalverbände in ihrer Totalität ganz anders zugefetzt haben als die Fehlmaßnahmen, die einige bei den Finanzierungen langfristiger Investitionen getroffen haben. Aber der Ton ist es hier, der die Musik gemacht hat: Die Zeitungen berichten Sensationen und sind, gleichviel welche "Richtung" sie sonst haben, einig, wenn ein "kommunaler Skandal" aufgedeckt (und meist auch, wenn ein privater Skandal bagatellisiert) werden soll. Gegen die Selbstverwaltung war eine Pogromstimmung geschaffen, die es verhindert hat, daß man die Erweiterung der Befugnisse der Kommunen und Kommunalverbände als die verwaltungsreformerische Forderung nicht nur des Tags sondern des ganzen nächsten Jahrzehnts jetzt rechtzeitig erkannte.

Die Selbstverwaltungskörper haben nämlich im Lauf der letzten Jahre in mancher Beziehung wirklich ausgezeichnetes geleistet. Ihr Schaffen im Ausbau der Wohlfahrtspflege wurde hier schon dargelegt⁵. Selbst den Anforderungen dieses schlimmen Jahres hat sich die Wohlfahrtsverwaltung der Gemeinden und Kreise trefflich gewachsen gezeigt. Ein großes Glück; denn in welchem Chaos lebten und stürben wir heute, wenn dieses Werk nicht geglückt wäre? Der Wohnungsbau seit 1923, ist er nicht trotz manchen sehr schweren Fehlern, die niemand leugnen wird, ein Beginn des deutschen Wiederaufbaus nach Krieg und Inflation? Endlich die Anpassung der Chauffeen an den rückichtslos alles zerfahrenden Kraftwagenverkehr. Von diesen 3 Leistungen, um von anderen zu schweigen, ist die letzte eine reine Arbeit der Selbstverwaltung, sind die beiden anderen mehr oder weniger Auftragsangelegenheiten. Den Kommunen, die trotz mangelhafter Verfassung diese Werke aufweisen können, darf man zutrauen, daß sie auch weitere große Aufgaben bewältigen werden, wenn ihnen nur dafür die erforderliche tüchtige Organisationsform nicht vorenthalten wird.



ZWEIERLEI ergibt sich aus diesen Betrachtungen: daß die Gemeinden und Gemeindeverbände fähig sind die Aufgaben der untern Staatsverwaltung in großem Umfang zu übernehmen und, als Selbstverwaltungsangelegenheiten oder als Auftragsangelegenheiten, an Stelle zahlreicher unterster Reichs- und Landesbehörden billiger und mit größerem Erfolg zu erledigen, und daß dazu eine Vereinfachung namentlich der Städteverfassung notwendig ist, die ihre grundsätzlich demokratische Konstitution erhält, aber dafür sorgt, daß sich die kommunale Willensbildung schneller, fachkundiger und billiger vollziehen kann als bisher.

4) Siehe *Kranold* Bemerkungen über die Wirkungen der Wirtschaftsnot auf die Tätigkeit der Landkreise, in der Zeitschrift für Selbstverwaltung 1931 Seite 459, Notstandsprobleme der ländlichen Fürsorge, in Arbeiterwohlfahrt 1932 Seite 171 und 200, Die Entwicklung der Wohlfahrtspflege in der Krise, im Jahrbuch der Arbeiterwohlfahrt 1931 /Berlin 1932/ Seite 136, Die Einwirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Fürsorge in den Landkreisen, im Archiv für Soziale Hygiene und Demographie 1932 Seite 353.

5) Siehe *Kranold* Die Not der Landkreise, Die Krise der Sozialversicherung und der Wohlfahrtspflege, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 II Seite 743, in diesem Band Seite 675.

Zum Schluß dies: Auch auf einem andern Gebiet unseres Gesellschaftslebens sind noch Gründe für eine derartige Ergänzung der bisherigen Fragmente einer preußischen Verwaltungsreform zu einer vollständigen Figur zu finden. Es ist nicht nur eine Klugheitsregel sondern auch ein Rechtsanspruch, daß die Regierung mit dem Einverständnis der Regierten erfolgen soll. Das bedeutet nun zwar nicht, daß die leitenden Personen jeder Schwankung der Stimmungen nachzulaufen und zu folgen haben; wohl aber, daß auf die Dauer bei ruhiger Überlegung und vorurteilsfreiem Nachdenken die tragenden Massen der Gesellschaft imtande sein müssen die Leitung der Verwaltung in den großen Zügen als Tätigkeit in ihrem Dienst zu erkennen. Dazu müssen sie aber auch die Verwaltung verstehen können.

Wie steht es nun mit dieser Möglichkeit solchen Verständnisses? Können die Verwalteten es überhaupt haben? Der republikanische Landrat Theodor Parilius hat zu dieser Frage kürzlich einen lehrreichen Beitrag geliefert, ein schlagendes Beispiel aus dem Gebiet des Landstraßenrechts⁶⁾. Er hat gewiß recht, wenn er meint, »daß die Sprache des Gesetzgebers von der volkstümlichen sich immer mehr entfernt, allmählich gradezu geheimnisvoll wird und schließlich nur noch mit Kommentar verstanden werden kann«. Aber ist hier nur die »Sprache« des Gesetzgebers unvolkstümlich? Ist nicht in Wirklichkeit meist der Sachverhalt selbst für jeden unerkennbar, der nicht absoluter Spezialist in der betreffenden Materie ist? Man bedenke, daß viele Tausende ganz einfache Leute sich an Gesetzesvorschriften solcher Art halten sollen.

Wie im kleinen, so im großen. Die Verwaltung muß dem Staatsbürger durchsichtig gemacht werden, er muß sie erleben können, und in allem, was nicht zentraler Regelung unbedingt bedarf, muß er, als Ehrenbeamteter oder auch bloß als Wähler, die Möglichkeit haben selbst mitzugestalten, selbst mitzuschaffen und mitzuverantworten. Sonst bleibt diese Demokratie ein leeres Formelwerk, um so bedrohlicher, je komplizierter, je umfangreicher, je mehr durcheinandergeworfen ihre Gestalten und Zuständigkeiten sind. Diese Fremdheit zwischen Volk und Verwaltung kann nur dadurch beseitigt werden, daß die Verwaltung selbst möglichst weit ins Volk hineinrückt, daß die Entscheidungen der Verwaltung möglichst nah aus dem Volk entspringen. Deshalb muß grade jetzt die Leitlinie in der preußischen Verwaltungsreform die werden: die unteren Instanzen in der Kommunalverwaltung zusammenzufassen. Daß dabei auch vor den unteren Reichsbehörden nicht haltgemacht werden darf, ist klar; ebenso klar auch, daß die Verwaltungsreform aufs engste mit dem Neubau der Verfassung zusammenhängt. Grade so klar ist schließlich, daß das spezifisch sozialistische Moment der Verwaltungsorganisation, nämlich die Einschaltung der schaffenden Kräfte in den Prozeß demokratischer Willensbildung unten und oben, wie sie von den Sozialistischen Monatsheften seit der Umwälzung und Umwertung aller politischen Dinge in Deutschland und vor der Verfassungsgebung in Weimar verlangt und immer weiter durchgearbeitet wurde, und die in der Konzeption des sozialistischen Zweikammersystems, der organisch gestalteten Kammer der Arbeit neben dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts, gipfelt: daß dieses Moment erst jenseits der hier erörterten Probleme beginnt. Aber das ist, wie Rudyard Kipling gern schrieb, wieder eine ganz andere Geschichte.

6) Siehe Parilius Verwaltungsreform durch Geistesreform, in der Zeitschrift für Selbstverwaltung 1932 Seite 450.

WALTHER MAAS · HERAUS AUS DER ARBEITSNOT



IBT es wirklich keine Arbeitsmöglichkeiten mehr? Ist der Zustand der Weltwirtschaft hoffnungslos? Im Garten Eden bekam, nach dem biblischen Mythos das erste Menschenpaar den Auftrag: Seid fruchtbar und mehret euch. Die Menschen taten so, und siehe: 1800 gab es etwa 1 Milliarde Menschen. Jetzt gibt es deren schon 2 Milliarden. Wie wurde das möglich? Und dabei werden heute pro Familie viel weniger Kinder geboren als vor 100 oder 200 Jahren. Lessing hatte 12 Geschwister, und ähnlich war es damals in allen Familien. Napoléon sah schon voraus, daß sich die Bevölkerung Europas in einem Jahrhundert verdoppeln würde. Und so geschah es auch. Vor etwa 100 Jahren schrieb Georg von Thünen ein Buch, in dem er nachwies, Berlin, damals etwa 150 000 Einwohner, könne nun nicht größer werden; denn der Preis des Getreides in Berlin hänge von den Frachtkosten ab, der äußerste Ring, von dem aus die Ernährung Berlins erfolgen könne, liege da, wo die Frachtkosten allein den Berliner Weizenpreis ergeben, die Bauern das Getreide also umsonst hergeben müssen, und dieser Punkt sei erreicht. Wir lachen heute darüber. Und doch hatte von Thünen recht. Nur glaubte er, daß man das Getreide per Pferdefuhrwerk bringen müsse. Aber als sein Buch erschien, wurde grade die erste deutsche Eisenbahn eröffnet, und es gab schon 20 Jahre lang das Dampfschiff. Dampfschiff und Dampfwagen haben aber die Frachtkosten so gelenkt, daß der äußerste Thünensche Ring heute den gesamten Erdball umspannt.

Aber das ist nicht alles. Der Getreideertrag pro Hektar hat sich in Deutschland im Lauf des letzten Jahrhunderts vervierfacht. Menschen verhungerten nicht mehr periodisch wie noch im 18. Jahrhundert. Und 2 Tatsachen veränderten das Gesicht Europas und der Neuen Welt: die Industrie und die Auswanderung nach Übersee. Beide hängen sehr eng mit einander zusammen. Eine Stadt ist, unter ökonomischem Aspekt, ein Ort, dessen Ernährung von außerhalb erfolgt. Städtische, das heißt gewerbliche oder industrielle Güter werden gegen die Erzeugnisse des Ackers und der Viehzucht ausgetauscht. Damit Städte entstehen und bestehen können, muß das Land in der Lage und in der Laune sein Getreide abzugeben. Es ist kein Wunder, daß im 13. Jahrhundert alle diese ostmärkischen Städte entstehen, deren Siebenhundertjahrfeiern wir jetzt begehen. Es war auch die Zeit der großen Bauernkolonisation. Das verbesserte Agrarsystem ermöglichte Agrarüberschüsse, die Bedürfnisse der Bauern an gewerblichen Dingen (Kleidung, Schuhen, Werkzeugen) wurden in den neuentstehenden Städten gedeckt, im Austausch mit dem Getreide, das über den eignen Ertrag der Ackerbürger hinaus gebraucht wurde. Die Städte verfallen, als im 17. und 18. Jahrhundert der Adel in einigen Territorien auf seinen Gütern gewerbliche Produktion anfängt, und daher die Notwendigkeit städtische Produkte zu kaufen geringer wird. Bezeichnenderweise ist das die gleiche Zeit, die durch Schollenpflichtigkeit jede Wanderungsbewegung verhindert. Die Bauernbefreiung (»Den Bauern die Freiheit und uns das Land!«) bewirkt dann eine gewaltige Bevölkerungsverchiebung, einmal vom Dorf in die Stadt, wo die moderne Industrie aufblüht, dann aber nach Übersee, wo diese Industrie

Ablatzmärkte findet. Gegen 1800 wird, um nur Nordamerika zu nennen, der Mississippi überschritten, 1850 der Stille Ozean erreicht, 1869 die erste Transkontinentalbahn eröffnet. Wie viele Menschen beschäftigte allein der Bau dieser Bahnen, wie viele Menschen wurden dadurch hinübergezogen. Und wie viele Menschen hatten Arbeit an der Herstellung des Eisenbahnmaterials: nicht nur die Eisenindustrie, die Schienen und Wagen lieferte, nahezu alle Gewerbe profitierten beim Bau der Bahnen und neuen Straßen. Dann der Aufbau der Industrie in den Neuländern selbst. Kamen nicht alle Maschinen und alle Notwendigkeiten aus Europa? Nehmen wir aber auch ein uns ganz nahe liegendes Beispiel: Wie viele italienische und polnische Arbeiter, von deutschen Wanderarbeitern zu Schweigen, beschäftigte nicht der Bau der deutschen Eisenbahnen. Obwohl Europa fast 50 Millionen Auswanderer stellte, stieg seine Bewohnerzahl von 150 Millionen im Jahr 1800 auf 360 Millionen 1930 (beide Male ohne Rußland) an. Als weite Gebiete in Übersee durch die Bahnbauten erschlossen waren, fingen die Farmer an Getreide zu exportieren. Ende der achtziger Jahre beginnt der Ansturm nordamerikanischen Getreides auf den europäischen Markt, im 20. Jahrhundert kommt der Weizen Südamerikas dazu. Doch entwickelt sich auch der Getreideexport Rumäniens und Rußlands zu ungeahntem Ausmaß.

Die Alpträume des Thomas Robert Malthus sind vorbei, es gibt genug zu essen. In jedem Monat wird Getreide geerntet, in friedlichen Zeiten kann es, falls notwendig und erwünscht, überall hingeliefert werden. Da kommt der Weltkrieg. Die Brotrationen der Mittelmächte werden, wie wir alle uns erinnern, sehr knapp. Die Kriegseignisse bewirken den Ausfall Osteuropas. Aber in den Farmerstaaten vergrößert sich die Fläche, auf der Brotgetreide produziert wurde, wie man aus den folgenden Zahlen erieht:

Land	Anbaufläche (in Millionen Acres)		
	1913	1918	1928
Vereinigte Staaten von Amerika	46,5	60,5	60,5
Canada	8,0	17,0	23,0
Australien	6,4	12,5	13,5

Auch in Argentinien wurde die Weizenanbaufläche 1913 bis 1928 um 3 Millionen Acres vermehrt, auf der Erde (außer Rußland und China) stieg sie von 204 auf 245 Millionen. Und dazu kommt die industrielle Revolution in der Landwirtschaft. In Westcanada gab es 1926 200 Mähdrescher, 1929 schon 7255, und in Argentinien wurden 1930 bereits 30 % des Weizenareals mit Mähdreschern geerntet. Diese Mechanisierung bedeutete allein in den Vereinigten Staaten, daß 1920 bis 1928 3 500 000 Menschen und 4 Millionen Pferde aus der Landwirtschaft verdrängt wurden. Und dabei bebaut Canada erst 18 % seines schon heute anbaufähigen Bodens. Schon heute: das heißt mit den jetzigen Methoden der Technik, Chemie und Biologie (Sortenzucht). Selbst bei weiterer Motorisierung der Landwirtschaft sind noch große Anfruchtungsmöglichkeiten vorhanden. Sogar das volkreiche Indien bebaut erst 50 % seines Bodens, Australien, das freilich viele Wüsten hat, 1 %. Man kann Sümpfe trockenlegen, Urwälder roden, Trockengebiete bewässern. Wenn die Erde in großen Wirtschaftsimperien organisiert ist, werden diese Arbeiten der immer weitern und intensiveren Erschließung aller Erdkräfte nicht nur schneller sondern auch rationeller vor sich gehen.

Manche scheinen zu befürchten, daß sich dann die Imperien gegen einander abschließen werden, und so die Durchrationalisierung verhindert oder verlangsamt wird. Das ist ein Irrtum. Wenn jedes dieser Wirtschaftsgebilde relative Autarkie für sich gewinnt, das heißt in seinen Lebensnotwendigkeiten gesichert ist, daher auch niemals einen Angriff eines andern zu befürchten hat sondern ruhig und rein nach Leistungsprinzipien arbeiten kann, ist es auch in der Lage in friedlichen Austausch an Waren sowohl wie an arbeitenden Menschen zu treten. Grade wenn Europa sich zusammenschließt, kann es bewirken, daß außereuropäische Länder solche Europäer, die dort bestimmte Aufgaben erfüllen wollen, nicht ausschließen, und daß andererseits auch Europa selber sie ohne Gefahr abgeben kann. Wer, wie Otto Corbach, der für eine Weltplaniedlung eintritt und in seinem Buch Offene Welt sehr wertvolles Material dazu beibringt, nun aber dem Zusammenschluß des Europäischen Kontinents ablehnend gegenübersteht, mißverstehet den Gedanken des Weltsozialismus in seinem Schaffensprinzip. Ganz zweifellos werden von den 5 sich bildenden Weltwirtschaftsimperien die beiden angelsächsischen enge Gemeinschaft pflegen, aber auch die 3 anderen, geographisch zusammenhängend: Oitalien, Rußland und der Vereinigte Europäische Kontinent, werden in fruchtbarer Kooperation gemeinsame Aufgaben lösen. Was kann allein in China mit europäischer Hilfe geleistet werden, wo doch die 400 Millionen Chinesen erst 11 476 Kilometer Schienenwege haben. Und dann vor allem in Afrika, das nach unserer weltsozialistischen Konzeption größtenteils zum Vereinigten Europäischen Kontinent gehören wird. Afrika hat zum Beispiel nur 58 300 Kilometer Schienenweg. Die geplante Transsaharabahn wäre, wenn sie zustande kommen soll, eine Aufgabe Gesamteuropas. Wie die Durchkolonisierung Afrikas überhaupt. Frankreich braucht für seine afrikanischen Gebiete die Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Völkern, in allererster Linie aber mit Deutschland. Frankreich beschäftigt in Zeiten guter Konjunktur viele Ausländer, 1928 waren es über 2 Millionen. Jetzt, in der Wirtschaftskrise, die infolge der sinkenden Kaufkraft der anderen Länder auch Frankreich berührt, müssen diese fremden Arbeiter das Land verlassen; 1931 waren es 168 000, in den ersten 5 Monaten des Jahres 1932 allein 124 000, wie der Corriere della Sera am 10. Juli mitteilte. Von den französischen Arbeitern arbeiten nun 51 % weniger als 40 Stunden in der Woche, und 260 000 sind ganz arbeitslos. Daß sich bei größerer politischer Stabilität im französischen Kolonialreich große Arbeitsmöglichkeiten für alle ergäben, wer wollte das bezweifeln? Und wie töricht ist es, wenn von gewisser Seite uns vorgehalten wird, wir wollten durch solche Pläne, indem wir deutscher Arbeitsfähigkeit neue Arbeitsmöglichkeit erschließen, Deutschland in französische Dienste stellen, Deutsche im Interesse Frankreichs arbeiten lassen. Alles, was in Afrika geschieht, kommt ganz Europa zugute. Daß dann bei der Neuordnung des Mandatsystems Deutschland seinen gleichen Anteil an Rechten oder vielmehr an produktiven Pflichten bekommen wird, versteht sich für uns von selbst. Nur sollten wir endlich aufhören die europäischen Völker in Freunde und Feinde einzuteilen. Jedes Gegeneinander verschwindet, wenn man mit einander arbeitet.

Und nicht nur in Afrika, es gibt auch in Europa selbst für Europäer wirklich genug zu tun. Wir haben hier, meist in West- und Mitteleuropa, 12 Millionen Arbeitslose. In Ost- und Mitteleuropa gibt es 60 Millionen Bauern, die ihre Kleider sich selber machen, ihr Getreide nicht verkaufen können und für ihre

Die 1. Periode umfaßt die Frühzeit englischer Herrschaft. Nur so viel über die Herrschaft der Ostindischen Kompanie, die schon zu ihrer Zeit von Adam Smith als die »schlimmste aller Regierungen« beschrieben wurde. Im 18. Jahrhundert erlangte sie schnell politische Kontrolle, sie erhöhte stark die Besteuerung und betrachtete jeden Budgetüberschuß als legitimen Gewinn. Die Waren, die sie ausführte, waren mit ihren indischen Steuereinkünften gekauft und wurden in England und anderswo für den bloßen Profit englischer Aktienbesitzer verkauft. Noch nach 1858 erhielten die Aktienbesitzer 10½ % des indischen Steueraufkommens, bis ihre Aktien 1874 durch die Krone (übrigens auch auf Kosten Indiens) abgelöst wurden. Die Kriegsschulden der Kompanie wurden keineswegs von diesen Profiten abgezogen sondern angeammelt und 1858 als Teil der "nationalen" Schuld Indiens übernommen.

In der 2. Periode wird Indien als Markt betrachtet. Die industrielle Revolution in England veränderte dort vollständig die Auffassung von kolonialen Besitzungen. Nach etwa 1830 wurden diese vornehmlich als Quellen für Rohstoffe und Nahrungsmittel betrachtet und als Absatzmärkte für die englische Industrie. Dies stand im Widerspruch mit gewissen Interessen der Kompanie, und daher wurde deren Herrschaft 1858 beendet. Seitdem war bis zum Weltkrieg die Verwaltung Indiens hauptsächlich durch die Interessen der Baumwollindustrie Lancashires beherrscht, für die Freihandel und Laisser-faire die geeigneten Maximen politischer Ökonomie für die Regierung Indiens darstellten. In der folgenden "Entwicklungszeit" wurden englische Angebote in jeder Weise von der Regierung bei der Ausgabe von Kontrakten und Lieferungen begünstigt, indischer Unternehmungsgeist wurde mehr beargwöhnt als unterstützt, wie dies von Sir Valentin Chirol, dem Herausgeber der Times of India, und anderen auch ganz offen zugegeben wird.

Die 3. Periode sieht Indien als Investierungsgebiet. In diese Schlußphase sind wir nun eingetreten. Während eines Jahrhunderts der Prosperität haben die englischen Industriellen ihre Profite in immer weiteren Kreisen angelegt, und das Zentrum imperialer Bedeutung geht zu Eigentumsinteressen zurück, die denen der Ostindischen Kompanie vergleichbar sind. Eisenbahnen, Bergwerke und Fabriken, von englischem Kapital finanziert, sind die wichtigen Faktoren, die der neuerlichen Änderung britischer Politik zugrunde liegen. In einem demokratischen System muß selbst die reaktionärste Regierung gewisse Konzessionen machen, wenn sie der Wählerchaft mit Erfolg begegnen will. Bei einer Willkürherrschaft sind solche Zugeständnisse unnötig. Wir haben daher in Indien keins der bekannten Palliative der Armut. Hier gibt es keine Versicherung gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Die Fabrikgesetzgebung ist weit hinter der europäischen zurück. Frauen arbeiten in Bergwerken, 12jährige Kinder in Fabriken, und alle Löhne sind entsetzlich niedrig. Alles das bedeutet geringere Unkosten und größere Profite für das Industriekapital. Die Juteindustrie hat bereits Dundee mit Calcutta vertauscht, und andere Industrien sind sozusagen auf dem Weg. Diese Entwicklung hat die Stellungnahme der politischen Kräfte stark verändert. Während die Industriellen Lancashires noch immer Freihandel als das Allheilmittel Indiens anpreisen, sind die englischen Investoren mehr geneigt sich mit dem indischen Kapitalismus zu verbünden und das Land mit Hilfe von Schutzzöllen zu entwickeln. Imperiale Vorzugszölle als Kompromißversuch sind bisher nur für Stahl und Baumwolle angewandt worden, scheinen jedoch

niemanden befriedigt zu haben. Die Freihändler von Lancashire schimpfen, da ihre Waren verzollt werden, indische Schutzzöllner erachten die Zölle als unzureichend und sprechen sich gegen das Prinzip aus ihre gefährlichsten Konkurrenten zu begünstigen. Die indischen Massen wurden nicht befragt, aber ihre Stellung ist klar: Sie haben weder die angeblichen Vorteile des Freihandels, das heißt billige Waren, noch den vollen Nutzen ihrer Industrie unter Hochschutz: 25 % zum Beispiel des Baumwollzolls stellen den Schutz der Lancashirer Produzenteninteressen zu Lasten des indischen Verbrauchers dar. Das ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß Lancashiretextilien fast ausschließlich mit der langfaserigen Baumwolle aus Amerika und Ägypten gemacht werden, während der größte Teil der indischen Rohbaumwollausfuhr nach Japan geht, dessen Industrie besonders auf die kurzfasrige indische Baumwolle eingestellt ist. Die japanischen Textilien werden aber bei der Einfuhr in Indien gegen die Waren von Lancashire benachteiligt.

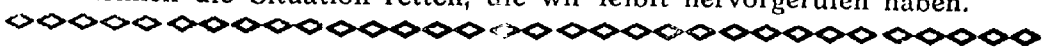
In der Vergangenheit hat die Arbeiterklasse Englands direkt und indirekt von der Ausbeutung Indiens einen Vorteil gehabt. Die kapitalistische Industrialisierung, die immer mehr vom Imperialismus abhängig wird, hat den Lebensstandard des englischen Arbeiters gehoben. Imperiale Ausbeutung hat ihn auch mit billigen Nahrungsmitteln versehen. Doch heute hat sich das schon geändert. Die fortchreitende Entwicklung Indiens durch die englische Finanz bedeutet unter gegenwärtigen Verhältnissen niedrigere Löhne und steigende Arbeitslosigkeit in England. Wenn dies klarer werden wird, können wir wohl eine Linksschwenkung in der Haltung der englischen Arbeiterbewegung zum Indischen Problem vorauslagen. Doch inzwischen fangen auch britische und indische Kapitalisten an eine gemeinsame Front zu bilden: mehr die Ursache als der Erfolg der Round-Table-Konferenz. Indien hat seine eignen Parasiten, von denen der Grundbesitzer und der Wucherer wohl die typischsten Beispiele sind. In vielen Teilen Indiens schützt nur die englische Herrschaft diese Klassen vor der Vernichtung, und die aufdämmernde Erkenntnis dieser Situation hat die Tendenzen zur Zusammenarbeit verstärkt. Jedoch scheint die Entwicklung in dieser Zeit an einen Punkt gekommen zu sein, wo keinerlei politische Manöver, mögen sie noch so gut ausgedacht sein, diese in ihrer Grundrichtung mehr beeinflussen können.

Die schreckliche Armut Indiens ist sprichwörtlich. Doch hat man selten beachtet, daß diese Armut jetzt größer geworden ist. Betrachten wir die Tatsachen, die zu dieser Schlußfolgerung zwingen:

1. Das Einkommen pro Kopf sank. Das nominale Einkommen stieg zwar von 27 Rupien 1881 auf 74 Rupien 1921 (letzte Berechnung: 1 Rupie bis 1931 = 1,50 Reichsmark, jetzt 1,05 Reichsmark), jedoch betrug das Preisniveau 1921 378 % dessen von 1881. Nehmen wir die von Lord Cromer 1881 aufgestellte Indexbasis der Kaufkraft mit 27 Rupien, so betrug das Einkommen 1901 20,37 Rupien und 1921 19,60 Rupien.
2. Die durchschnittliche Lebensdauer sank in den 4 Jahrzehnten 1881 bis 1921 von 30,75 auf 23,5 Jahre, hauptsächlich wegen der steigenden Kindersterblichkeit. Man vergleiche damit die englische durchschnittliche Lebenserwartung, die 53,5 Jahre beträgt.
3. Der Konsum an Baumwollstoff sank von jährlich 13,5 Yards vor dem Krieg auf 12 Yards danach. Diese Tatsache hat Freda Utley in ihrer tiefgründigen Untersuchung über den Baumwollhandel festgestellt.

4. Die Hungersgefahr wächst. Hunger bedeutet Knappheit an Lebensmitteln, verbunden mit Knappheit an Transport- und Kaufmöglichkeiten. Tatsächlich wurde Brotgetreide wiederholt aus Indien in Jahren von Hungersnöten ausgeführt, um wohlhabende Inder zu bereichern und die ungeheuren Jahreszahlungen an England möglich zu machen, die teils auf Grund englischer Investitionen teils infolge der wachsenden Nationalschuld geschehen. Die Hungersterblichkeit stieg während des 19. Jahrhunderts ziemlich stetig an und erreichte ihren Höhepunkt in der großen Hungersnot von 1900, der schlimmsten seit Menschengedenken. Seitdem ist ein Rückgang in den tatsächlichen Hungersterblichkeiten festzustellen. Die Lage der Bauern spiegelt sich aber in den Sterblichkeitsziffern für 1918, wo eine Influenzaepidemie 12 Millionen Menschen dahinraffte, also etwa $\frac{4}{5}$ der Hungersterblichkeit im letzten und schlimmsten Viertel des 19. Jahrhunderts. Der indische Bauer ist heute stärker besteuert als unter den Großmogulen. Die Zahlen sind zwar, mit abendländischen verglichen, noch gering, doch muß man sie ja in Beziehung zum Nationaleinkommen betrachten, das durchschnittlich nur 20 Pfennig pro Kopf und Tag beträgt; und in dieser Zahl sind die Einkommen der Millionäre, Großgrundbesitzer und so weiter enthalten, so daß der wirkliche Durchschnitt für den Bauern und Arbeiter noch geringer ist. Die Steuerlast trifft hier den Armen noch stärker als in irgendeinem andern Land, und sogar die Simonkommission sprach sich für eine stärkere Progression der Einkommensteuer aus. Natürlich bringen britische Apologeten verschiedene Begründungen vor, um die in die Augen springenden Folgerungen aus diesen Tatsachen zu widerlegen. Die wachsende Ausfuhr Indiens und die günstige Handelsbilanz erweisen sich bei Prüfung als euphemistische Umschreibung eines in Waren bezahlten Tributs ohne kommerzielles Äquivalent. Darlegungen, die sich auf die Volkszahl stützen, sind sinnlos, wenn sie nicht die Bevölkerung pro Flächeneinheit betrachten sondern die Gesamteinwohnerzahl Britisch Indiens, dessen Umfang sich durch Annexionen dauernd vergrößerte. Weder das Anwachsen bis 1921 noch die gegenwärtige Volksdichte kann mit den Zahlen Englands verglichen werden, wo die selbe Zeit, von 1871 bis 1921, eine Zeit wachsenden Wohlstands war. Auch eine Analyse der Nationalschuld Indiens sollte vorgenommen werden. Die Haltung des Allindischen Nationalkongresses in dieser Sache kam eindrucksvoll in einem Bericht zutage, der aus den autoritativsten englischen Quellen eine starke Verurteilung der Methoden herleitet, wie das indische Steueraufkommen gehandhabt wird. An starken Seiten ist besonders die Untersuchung der Regierungspolitik im Eisenbahnbwesen hervorzuheben. Viele Eisenbahnen wurden von englischen Kapitalisten unter Dividendengarantie vom Ertrag der indischen Steuern erbaut. Mindestens 800 Millionen Mark gingen auf diese Weise verloren. Unter den kleineren Beanspruchungen seien die kirchlichen Lasten erwähnt, bei denen zum Beispiel 4 Millionen Mark jährlich gezahlt werden, um den Bischofspalast in Calcutta zu unterhalten.

Indien ist stets ein Land von Palästen und Armut gewesen, aber vielleicht niemals mehr als heute. Neu Delhi wurde mit einem Kostenaufwand von 200 Millionen Mark erbaut, es zeigt den Abgrund auf zwischen kapitalistischem Imperialismus Englands und der vor Hunger sterbenden Bauernschaft Indiens. Keine Konferenz kann diesen Abgrund überbrücken, keine "Reformen" können die Situation retten, die wir selbst hervorgerufen haben.



PAUL THORWIRTH · GEOPOLITIK UND KONTINENTALGEDANKE



SEIT Kriegsende wurde es Sitte die verschiedensten Probleme der Weltpolitik, darunter auch die der deutschen Außenpolitik, "geopolitisch" zu lehren und zu lösen, wobei für eine Streitfrage nicht selten 2 einander ausschließende Lösungen präsentiert wurden. Bald hieß es etwa, Frankreich brauche geopolitisch das Mandatsgebiet Kamerun nicht, bald wieder, Frankreich brauche grade dieses Gebiet dringend, und daher sein angeblich eisernes Festhalten an ihm. Die Tschechoslowakei ist bald ein »groteskes, raumgeographisch völlig unhaltbares« Gebilde (Otto Maull), bald gehört sie, wenigstens in ihrem westlichen Teil, zu dem von den Geopolitikern erschauten Typus des »Beckenstaats«, der sich durch besonders gute natürliche Grenzen auszeichne. Nun muß man allerdings, wie überall, so auch bei den Geopolitikern, die Spreu vom Weizen zu sondern sich bemühen. Woher kommt also, was ist, wie arbeitet und was will die Geopolitik? Sie bezeichnet sich selbst gemeinhin gern als die Lehre vom Staat als Lebewesen. Würde sie ihr Wesen hierin erschöpfen, so wäre unzweifelhaft jener alte Menenius Agrippa, der die streikenden Proletarier Frühroms mit der Vergleichung zwischen Staat und Mensch beruhigte, der erste Geopolitiker in historischer Zeit. Und er hätte bis zum Ausgang des Weltkriegs, das heißt bis zu dem Zeitpunkt, von dem ab die Geopolitik von sich reden machte, noch viele Nachfolger gehabt. Von Plato und Aristoteles ganz zu schweigen, findet sich die Auffassung vom Individualcharakter des Staats bei einer ganzen Reihe von Historikern, Geographen und Staatstheoretikern; zu nennen sind aus neuester Zeit Leopold von Ranke, Heinrich von Treitschke, Theodor Mommsen, Dietrich Schäfer, Karl Ritter, Ferdinand von Richthofen, ganz besonders Friedrich Ratzel, auch Albrecht Penck. Die Historiker aus der Rankeschen Schule begrüßen, wie Friedrich Meinecke bezeugt, freudig den Siegeszug dieser ihnen längst vertrauten Auffassungsweise.

Als Begründer der biologischen Staatslehre, der Geopolitik im heutigen Sinn, ist der Schwedische Forscher Rudolf Kjellén anzusprechen (der 1922 starb). Er gebrauchte den Terminus Geopolitik bereits in einer 1900 veröffentlichten Einleitung zu einer Geographie Schwedens. 1916 erschien seine Arbeit vom Staat als Lebensform, die den ersten Baustein für die neue Lehre abgab, 1920 sein Grundriß zu einem System der Geopolitik. Besonders die erstgenannte Studie brachte den Stein ins Rollen. Das Motiv zum Anstoßen besagten Steins war jedoch recht eigentlich negativer Art, nämlich eine nachdrückliche Abkehr vom formaljuristisch überspitzten Staatsbegriff. In der Tat, die Staatstheorie jener und zum Teil noch unserer Tage vergaß nahezu, daß das Staatsgebiet einer der wesentlichsten Bestandteile des Staats ist, daß sich überhaupt ein erheblicher Teil innen- und außenpolitischer Vorgänge aus der Bodengebundenheit des Staats erklärt. Kjellén fand also, daß die juristische Staatsauffassung nur *eine* Seite des Phänomens erfasse: den Staat als Regiment (Herrschaftspolitik), daß aber der Staat noch weitere 4 Aspekte biete: als Volk (Demo-, neuerdings Ethnopolitik), als Haushalt (Wirtschaftspolitik), als Gesellschaft (Soziopolitik), endlich als Reich (Geopolitik).

Die weitere Entwicklung zur heutigen Geopolitik war folgende: Deutsche Geographieprofessoren entnahmen dem obigen System den Begriff Geopolitik

und fügten ihn, in Ratzels, des Begründers der Anthropogeographie, Spuren wandelnd, in das System der geographischen Wissenschaft ein. Es erhob sich hierbei die Frage: Wohin mit ihm? Da Kjellén unter Geopolitik kaum etwas anderes verstanden hatte als die Betrachtung des Staats als eines Objekts der Geographie, so fand man den geeigneten Platz mit der Politischen Geographie, einem Zweig der Anthropogeographie, bereits besetzt. Mit der auch hier vorhandenen Tendenz lockernd auf den überkommenen juristischen Staatsbegriff zu wirken, ihn lebensnäher zu gestalten über schnitt sich nun eine andere, die anscheinend mehr oder weniger der gesamten Forschung unserer Tage eignet, zum Teil dem Siegeslauf der Naturwissenschaften mittels der Technik, zum Teil einfach der Not der Zeit zu danken ist: nämlich das Bemühen diejenigen Zweige der Forschung, die an sich nicht unmittelbaren Gegenwartszwecken dienen, doch auf irgendeine Weise den mannigfachen Problemen der Gegenwart nutzbar zu machen. (Ganz deutlich erkennbar ist diese Tendenz zum Beispiel bei der Ethnologie, die von den kolonisierenden Staaten heute nicht ohne Erfolg zur Beantwortung eingeborenenpolitischer Fragen herangezogen wird; ein weiteres Paradigma liegt vor, wenn sich innerhalb der Soziologie unter der Führung Richard Thurnwalds eine Empirische Schule unter Bevorzugung der induktiven Methode auf tut.)

Während also ursprünglich Rudolf Kjellén unter Geopolitik kaum viel mehr verstanden hatte als eben Politische Geographie schlechthin (in seinen späteren Werken bereitete er der heutigen Auffassung allerdings schon die Bahn), erfand man nunmehr, über Kjellén hinausgehend, die Angewandte Politische Geographie: Geopolitik. Ist es Aufgabe der Politischen Geographie die räumlichen Auswirkungen staats- und völkerrechtlicher Gegebenheiten zu erkennen und festzuhalten, die so gewonnenen Räume nach ihrem geographischen Gehalt zu durchforschen und darzustellen, also die jeweils bestehenden Beziehungen zwischen Staat und Raum zu erhellen, so wird es nunmehr Aufgabe der Geopolitik die Abläufe innerhalb des Staats und zwischen den Staaten, soweit beide sich aus der Bindung der Staaten an den Boden erklären lassen, zu erfassen und die Gesetze dieser Abläufe herauszuarbeiten. Politische Geographie betrachtet also das Stabile, Geopolitik das labile Moment am Staat; immer mit der Einschränkung: soweit es unmittelbar bodengebunden ist. (Staatliche Abläufe zum Beispiel, die lediglich etwa Ausfluß des Volkswillens sind, gehören nicht in das Arbeitsgebiet der Geopolitik, wie James Fairgrieve, der englische Vertreter der neuen Disziplin, ausdrücklich feststellt¹.) Ihre Methode ist die Vergleichung der staatlich-räumlichen Abläufe durch alle historisch erfaßten Zeiten und geographisch erfaßten Räume hindurch. Im Hochziel aber gehen die geopolitischen Bestrebungen mit bemerkenswerter Kühnheit noch weiter. Sie wurden bereits in der 1928 von den 4 Herausgebern der Zeitschrift für Geopolitik gemeinsam gegebenen Definition wie folgt formuliert:

»Die Geopolitik will Rüstzeug zum politischen Handeln liefern und Wegweiser im politischen Leben sein. Damit wird sie zur Kunstlehre, die die praktische Politik bis zur notwendigen Stelle des Absprungs vom festen Boden zu leiten fähig ist. Nur so wird dieser Sprung vom Wissen zum Können und nicht vom Nichtwissen aus erfolgen, woher er sicherer weiter und gefährlicher ist. Die Geopolitik will und muß zum geographischen Gewissen des Staates werden.«

Damit tut die Geopolitik von der angewandten Politischen Geographie ihren letzten Schritt zur gestaltenden Politischen Geographie.

1) Siehe Fairgrieve *Geographie und Weltmacht* /Berlin 1925/.

Grundsätzlich muß man es begrüßen, wenn Forscher freiwillig aus der bisher überwiegend geübten Reserve heraustreten, in der Ablicht mit den erarbeiteten Forschungsergebnissen richtunggebend in die Politik einzugreifen. Nutzbringend kann sich solch Bemühen freilich erst auswirken, wenn es von Vertretern aller Zweige der Forschung gleichmäßig geübt wird.



WELCHE Ergebnisse hat die Geopolitik erzielt, insbesondere welche Gesetzmäßigkeiten bodenbedingter staatlicher Abläufe hat sie ergründen können, welche Raumgestaltungen glaubt sie auf Grund geographischer und geopolitischer Umstände vorschlagen zu müssen? Dazu ist generell festzustellen: Der Aspekt der Literatur, namentlich der frühern, ist, wie es in der Natur junger Bestrebungen liegt, der einer gewissen Turbulenz, ja, er ist zeitweilig chaotisch. Oberster Rufer im Streit, Begründer der deutschen Richtung, ist der Münchener Geograph Karl Haushofer, ehemals Generalmajor, einer der besten Asienkenner Deutschlands (womit die Richtung seiner Lehre in weltanschaulicher wie Ipezialgeographischer Hinsicht bereits gegeben ist), eine Persönlichkeit von unzweifelhaft stärkster Begabung räumlich zu denken. Da ist ferner Richard Hennig, der den Büchermarkt um ein Kompendium der Geopolitik bereicherte², ein Buch voll von inneren Widersprüchen (bald heißt es, das Gesetz des Fressens und Gefressenwerdens beherrsche ausschließlich die zwischenstaatlichen Beziehungen, und nach ihm müsse man sich richten, bald sollen ethische Forderungen allen anderen voranstehen), nicht selten Ausflüge in die Bezirke der Partei-, ja Bierbankpolitik nur mühsam mit wissenschaftlichem Mäntelchen verhüllend, mit Vorliebe dem Sozialismus die Schuld für alles Böse in der Welt zuschiebend, doch auch im ganzen nicht ohne einiges Originelle, das noch zu zeigen sein wird. Da ist endlich Manfred Langhans-Ratzburg, der zwischen Geographie und Rechtswissenschaft Beziehungen entdeckt haben will, aus denen er das System für eine weitere neue, Geojurisprudenz benannte Wissenschaft herauschälen zu können hofft³. An dieser Materie Neues zu entdecken gelingt nur mit erheblich vergrößerndem Mikroskop. Das nämliche gilt von der Geomedizin und von den zahlreichen Geodisziplinen, die noch der Entdeckung durch geniale Forscher harren. Was auf der Welt ist schließlich nicht bodengebunden? Daß diese Bindung stets unmittelbar sein muß, wird je öfter um so lieber vergessen. Langhans' Geojurisprudenz wurde deshalb auch von Alexander Käftner bekämpft⁴.

Zur Staatstheorie, insbesondere zur Frage der Staatenentstehung und -entwicklung, vermochte die Geopolitik überragend Neues bisher nicht beizubringen. Es ist nichts Besonderes und in dieser allgemeinen Form für die exakte Staatsforschung kaum brauchbar, wenn, wie bei Hennig und Fairgrieve, festgestellt wird, daß hauptsächlichlicher Motor der Staatsbildung Energieersparnis ist, daß oberhalb von 60 bis 65° nördlicher Breite keine Staatsbildungen vorkommen, daß der Boden nicht zu schlecht, aber auch nicht zu gut, die Atmosphäre nicht zu kalt, aber auch nicht zu heiß sein darf, daß überhaupt das Klima vielleicht die wichtigste aller Staatsgrundlagen ist (Maull), daß endlich die Bodenbeschaffenheit auch auf den Volkscharakter einwirkt. Auch wenn man Staatstypen nach morphologischen Gesichtspunkten herausarbeitet,

2) Siehe Hennig Geopolitik /Leipzig 1931/.

3) Siehe Langhans-Ratzburg Begriff und Aufgaben der geographischen Rechtswissenschaft /Berlin 1928/ und Die großen Mächte geojuristisch betrachtet /München 1931/.

4) Siehe Käftner Das Problem einer Geo- und Ethnojurisprudenz /Leipzig 1931/.

Becken-, Horst-, Sattel-, Abdachungs-, Insel- und Halbinselstaaten unterscheidet, daneben jedoch noch Land- und Seestaaten und solche mit doppeltem Charakter, ist zu bemerken, daß hier höchstens aus der Politischen Geographie bereits Bekanntes ergänzt und systematisiert wurde. Beachtlicher ist schon die Typisierung nach verkehrsgeographischen Gesichtspunkten. Hennig unterscheidet hier Paß-, Flußfaden-, Straßen- und Binnenmeerstaaten. Auch Walther Vogels Größenordnung der Staaten, die hier schon kritisch gewürdigt wurde⁵: pagus, territorium, regnum und imperium, ist hervorzuheben. Es fehlt hingegen eine Typisierung nach ökonomischen und ökonomisch-geographischen Gesichtspunkten, wo sich zunächst die Typen des Industrie- und Agrar- sowie des Mischstaats aus beiden gradezu aufdrängen würden, wie überhaupt die geringe Beachtung, ja fast Außerachtlassung wirtschaftlicher Momente zum Teil den Geist der neuen Lehre kennzeichnet.

Nicht viel besser liegen die Dinge auf dem Gebiet des staatlichen Eigenlebens. Zur Bevölkerungsfrage steuerte Heinrich Gattineau eine Studie bei, die am Beispiel Australiens, wo dies grade in gewissem Umfang zutrifft, die Gefahr übermäßiger Verfrüchtung aufzeigt (für die selbstverständlich der Egoismus der Arbeiterklasse verantwortlich gemacht wird)⁶. Die Tendenz zur Geburtenreglung wird verworfen, Rassendünkel wird gepriesen. Auch der Reinhardt'sche Druckquotient (Einwohnerzahl aller Landnachbarstaaten : Einwohnerzahl des zu untersuchenden Staats), an dessen Anschwellen sich nach Hennig die Notwendigkeit oder die Gefahr einer Expansion, zum Teil verbunden mit innerem Niederbruch, ablesen lassen soll, läßt grade geopolitisch wesentliche Faktoren, wie etwa die Verschiedenheit der Bodenqualität des fraglichen Staats im Verhältnis zu der der Nachbarstaaten, gänzlich außer acht; ganz abgesehen davon, daß auch die exakte Forschung mit dem schwammigen Terminus Anschwellen nichts beginnen kann. Das Phänomen der Innern Kolonisation wird als Alters-, Ermüdungs- und Resignationserscheinung des Staats gekennzeichnet. Auf innenpolitischem Gebiet sind die Ausführungen über die morphologische Bedingtheit des Zentralismus im französischen und des Föderalismus im deutschen Staatsrecht und Verwaltungsaufbau zu nennen; ebenfalls die über Geletzmäßigkeiten in der Lage der Hauptstädte im Verhältnis zu den Staatsgrenzen und den Seehäfen.

Besser liegen die Dinge auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen. Hier konnte eine nicht unbeachtliche Anzahl von Geletzmäßigkeiten ermittelt, konnten zahlreiche Phänomene, die als solche bereits bekannt waren, im großen systematisiert, viele Lücken gefüllt werden. Für die Expansions-tendenzen der Staaten zu Lande konnte der Begriff der Wachstumspitze (Haushofer), für Gebirgsstaaten das Streben zum vorgelagerten, mehr begünstigten Tiefland, für Binnenstaaten das Streben zum Meer, für Seestaaten das Streben zur Gegenküste, darüber hinaus zur Meerumrandung (Marenostrotendenz), in kleinräumigen Verhältnissen bereits zu verkehrlich wichtigen Flußläufen und Seen, an zahlreichen Beispielen aus Vergangenheit und Gegenwart und aus fast allen Räumen des Planeten herausgearbeitet werden. Namentlich für die maritimen Fragen liegt eine außerordentlich exakte Untersuchung Josef März' vor⁷. Eine Doktrin der Grenzziehungen, eine Materie, in der freilich völkerrechtlicherseits gut vorgearbeitet ist, konnte

5) Siehe die Rundschau *Anthropogeographie*, in den Sozialistischen Monatsheften 1932 I Seite 85.

6) Siehe Gattineau *Verfrüchtung und Arbeiterherrschaft* /Berlin 1929/.

7) Siehe März *Die Ozeane in der Politik und Staatenbildung* /Breslau 1931/.

ebenfalls entwickelt werden. Es werden flächen- und linienhafte, unter diesen wiederum die natürlichen, die Fluß-, Gebirgs- und Seegrenzen, und die künstlichen, das heißt die nicht aus räumlichen Gegebenheiten abgeleiteten, nämlich mathematisch-geographischen, ethnologischen (gemeint sind volkstummäßige, auch Sprachgrenzen), die strategischen und wirtschaftlichen Grenzen unterschieden. Zahlreiche staatliche Daleinsformen, insbesondere nichteignen Rechts, dem Völkerrecht mehr oder weniger bekannt, konnten ebenfalls vom räumlichen Gesichtspunkt her definiert, in ein Verhältnis zu einander gebracht, systematisiert werden (Puffer- und Strohmannstaaten, Kondominium, Protektorate, Mandate, Kapitulationen und so weiter). Die sonst nachdrücklich abgelehnten Internationalisierungsbestrebungen erweiterte Hennig um die Forderung des flumen liberum analog der bereits verwirklichten des mare liberum, was ihm gedankt werden muß. Daß endlich die Staaten, die durch außerkolonisatorische Betätigung älterer Staaten entstanden, entsprechend der Lehre vom Staat als Lebewesen als Tochterstaaten angesprochen und behandelt werden, ist auch so alt, daß es den Ägyptern, die die Cheopspyramide bauten, schon zu geläufig war, als daß sie noch darüber redeten.



FÜR den Sozialisten ist an der Geopolitik wesentlich, daß sie nicht nur angewandte sondern auch gestaltende Politische Geographie sein will. Dieses Bemühen geht heute schon über die (lediglich theoretisch beachtlichen) Vorschläge Ewald Banzes und anderer: die alte Gliederung der Oberfläche des Planeten aufzugeben und eine neue zu schaffen, weit hinaus. Die Geopolitik greift bereits aktiv in die Debatte über die Bemühungen um überstaatliche Zusammenschlüsse ein, ja die Dinge sind hier schon zu einer Literatur über die Panideen, wie man die übernationalen Einigungsbewegungen kurzweg nennt, fortgeschritten. Da ist hier Hennigs Auseinandersetzung mit dem sogenannten Paneuropagedanken in seinem oben genannten Werk, da sind Arbeiten Karl Haushofers⁸ und Karl von Loesch⁹, der noch weitere Studien aus berufenen Federn (zum Beispiel Panasien von Haushofer) folgen. Sämtliche Verfasser stehen (in mehr oder weniger starkem Widerspruch zur eignen Lehre, unter Übergangung des Ratzelschen Gesetzes: daß alle Staatenentwicklung unter dem Gesetz des Fortschreitens von engen zu weiten Räumen steht) dem Einigungsgedanken, namentlich natürlich dem europäischen, kritisch, zum Teil ihn mit Vorbehalten bejahend, weit lieber jedoch Ichroff ablehnend gegenüber. Ihre Gegenargumente schöpfen sie aus allen möglichen Quellen, nur nicht aus der Beachtung der wirtschaftlichen, wirtschaftsgeographischen und wirtschaftspolitischen Gegebenheiten. Haushofer beschränkt sich bewußt auf eine Kritik aus dem Räumlichen, hierin allein schon einen Kardinalfehler begehend, sonst aber ein außerordentlich sachlicher Gegner und halber Fürsprecher bleibend. Loesch freilich, der jüngste Autor, hat erkannt, daß ökonomische Erwägungen den Kern des europäischen Einigungsgedankens bilden, und setzt sich eingehend mit ihnen auseinander.

Es liegt nahe, daß uns hier in allererster Linie die Stellungnahme der Geopolitiker zum Gedanken der überstaatlichen Einigung des europäischen Kontinents interessiert. Haben doch die Sozialistischen Monatshefte seit Jahren, ja Jahrzehnten mit dem Mittel der wissenschaftlichen Durchdringung der jeweiligen europäischen Aktualitäten und in Verbindung mit dem Ge-

8) Siehe *Haushofer Geopolitik der Panideen* /Berlin 1931/.

9) Siehe *von Loesch Paneuropa*, im Sammelwerk *Jenfeits der Großmächte* /Leipzig 1932/.

danken des Wirtschaftsaufbaus, unter Beachtung der ökonomischen, wirtschaftspolitischen und wirtschaftsgeographischen Wandlungen der Welt, die Erkenntnis herausgearbeitet (und nach Kräften verbreitet), daß die Bildung von relativ autarken Wirtschaftsimperien das gestaltende Prinzip der Weltpolitik einer nahen Zukunft schlechthin darstellt, und daß bereits die Anfätze zu 5 Imperien: Panamerika (Kern: Vereinigte Staaten von Nordamerika), Britisches Reich (Kern: Großbritannien), Russische Föderativrepublik (Kern: Großrußland), Ostasiatisches Reich (Kern: Japan-China), endlich Vereinigter Europäischer Kontinent (Kern: Deutschland-Frankreich) einschließlich des jetzt kolonialen Afrikas, klar erkennbar sind. Bei der Aufgabe Kontinentaleuropa zu einen ist uns wichtigstes, schleunigst zu lösendes Vorproblem die Herstellung einer dauerhaften intensiven französisch-deutschen Wirtschaftskooperation, die Schaffung eines einheitlichen zentralen Wirtschaftsblocks, der auf sämtliche kontinentaleuropäischen Wirtschaftskörper zentripetal wirken muß¹⁰. Es handelt sich also um die wirtschaftliche Durchrationalisierung des europäischen Kontinents und der zu ihm gehörenden Flächen Afrikas. Zu dieser Zielsetzung bestimmt uns neben zahlreichen Sondererwägungen das ökonomische Gesetz, demzufolge die planmäßige Erweiterung eines innern Markts eine Hebung des Wohlfands sämtlicher an diesen Markt Gebundenen um das Vielfache des Zustands vor der Erweiterung bewirkt, und daß nur auf dieser Grundlage für die Staaten und Völker Europas relative Autarkie und damit die Möglichkeit erreichbar wird sich neben den übrigen 4 in der Bildung begriffenen Wirtschaftsimperien zu behaupten.

Für Hennig ist die auch von ihm nicht gelegnete Gefahr einer Amerikanisierung des Erdballs Anlaß zu einer Auseinandersetzung mit dem Gedanken Kontinentaleuropa (das er, einem fehlerhaften Sprachgebrauch folgend, Pan-europa nennt). Ein dankenswertes Schaubild in seiner Geopolitik zeigt, wie weit die wirtschaftliche Einung Amerikas unter der Führung der Finanzmacht der Vereinigten Staaten bereits gediehen ist. Auch daß Europa von anderen Seiten her schwer bedroht wird, ist ihm wohlbekannt. Aber der Gedanke vor Gleichem sich durch Gleiches zu schützen liegt trotz (oder wegen) seiner Evidenz dem professoralen Denken meilenfern. Zwar kann es »in späterer Zukunft« aus Not zu einem Zusammenfluß der europäischen Völker kommen, zurzeit aber ist die Zahl der nationalen Gegensätze innerhalb Europas noch Legion, alle Bestrebungen auf europäische Einung bleiben daher zurzeit »Utopie, Luxus, Luftschloß im Quadrat«, namentlich für Deutschland, das eine Unzahl näherliegender politischer Pflichten habe und sich derartigen Fragen erst wieder zuwenden könne, wenn es Macht und Wirtschaftsbüte von 1913 wieder erreicht hat¹¹. In dieser Weise geht es noch einige Seiten lang weiter, in polterndem Ton, gelegentlich mit Ausfällen gegen die »Parteien, die den Klassenkampf predigen«, auf bereits Gefagtes nicht selten zurückkommend. Man erkennt deutlich: Diese Sätze sind, neben anderm, von der geheimen Angst diktiert, man möchte den Verfasser, da die von ihm vorgetragenen geopolitischen Prämissen weit eher auf ein geeintes Europa hin- als von ihm hinwegführen, ebenfalls für einen

10) Die außerordentlich reichen Möglichkeiten einer solchen Kooperation sind in dem Aufsatz *Kranolds* Das deutsch-französische Arbeitsfeld, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 II Seite 1170, unmißverständlich dargestellt.

11) Vergleiche hiermit *Kjellén-Haushofer* Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege /Leipzig 1930/; Haushofer hält dort den Großmachtstraum Deutschlands für endgültig ausgeräumt und räumt dem Deutschen Reich nur »örtliche Bedeutung« innerhalb der europäischen Politik ein.

Kontinentaleuropäer halten, also in die Nähe des Sozialismus rücken. Es erübrigt sich die antieuropäischen Argumente Hennigs punktweise zu widerlegen. Wer wie Hennig die Gefahr der Amerikanisierung Europas so unmittelbar dräuen sieht und zeigt, kann den kontinentaleuropäischen Gedanken nur noch einschränkungslos bejahen. Hier gibt es kein Ausweichen mehr unter Berufung auf konträre Argumente, die dann nur noch als solche sekundärer Bedeutung gewertet werden können. Wir begrüßen also in Richard Hennig einen heimlichen Freund auf der Rechten.

Erheblich besser wahrt Haushofer die Haltung. Er beherrscht die gesamte Literatur über die Panideen (mit Ausnahme der entscheidenden: der Sozialistischen Monatshefte), kennt deren 7: die panasiatische, die panpazifische, die eurasiatische, die panaustralische, die panamerikanische, die panafrikanische, die paneuropäische. Wirtschaftliche Erwägungen liegen ihm fern. Er untersucht die Panideen unter dem Gesichtspunkt: Kann euer Werk fest im Raum stehen? Er findet die panamerikanische und die panpazifische am lebenskräftigsten; am Ende der Wertungskala stehen Panafrika und Paneuropa. Gegen Paneuropa wird geltend gemacht, daß in der Weltkarte Richard Nikolaus Graf Coudenhoves (die genau der vorher von den Sozialistischen Monatsheften vorgenommenen Einteilung der Erde in 5 Weltwirtschaftsimperien, auch in der Grenzziehung, entspricht) »Weltkriege, mindestens jedoch die Unterdrückung der Selbstbestimmungsbewegung vieler Millionen« schlafen, daß »überzeugende Verkehrsgedanken«, wie sie die nord-südlich durchlaufend gleichförmige Morphe Amerikas in sich trägt, »in Europa fehlen«, daß, ebenfalls im Gegensatz zu Amerika, die Lokalinteressen in Europa zu stark überwiegen, daß der Wüstengürtel der Alten Welt die Durchführung der Panideen in Europa und Afrika stark behindert. Endlich ein allgemeines Argument: Die verschiedenen Panbewegungen überschneiden sich in ihrer räumlichen Auswirkung sehr stark. Überhaupt gibt Haushofer dem geeinten Europa nur 4,5 Millionen Quadratkilometer statt 26,5.

Es sei nur beiläufig festgestellt, daß nicht alle diese Argumente der Fragestellung entsprechen, räumlicher Natur sind. Die Befürchtung neuer Weltkriege erledigt sich mit dem von uns gesehenen, allen Wirtschaftsreichen eignen Merkmal der relativen Autarkie, die erhebliche Anlässe zu kriegereiflichen Verwicklungen von vornherein ausschließt: das Bedenken der Erstückerung des Selbstbestimmungsrechts der Völker fällt mit dem Hinweis darauf, daß nationale Differenzierung grade bei wirtschaftlicher Integrierung möglich und für sie notwendig ist. Über das Hindernis der sonstigen der Einigung entgegenstehenden Lokalinteressen sind wir beruhigt, seitdem der Erstminister der nationalistischsten Nation Europas, Benito Mussolini, für die Lösung des Reparationsproblems das Wort von der Notwendigkeit einer europäischen Schuldnerfront gegen den Generalgläubiger Europas, Amerika, akzeptieren mußte. Wenn in unferm Kontinentalprogramm der Gedanke der räumlichen Fundierung nicht im Vordergrund steht, so deshalb, weil dieser Gesichtspunkt beim gegenwärtigen Stand der Verkehrsmöglichkeiten sekundär erscheint. Selbst der größte horizontale Gebirgsriegel Europas, die Alpen, ist derart von Luft-, Schienen- und sonstigen Wegen durchschnitten, daß er kein Hemmnis eines Wirtschaftsausgleichs bildet.

Der Weg zur kontinentaleuropäischen Einigung führt nur über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Daß dieser Weg auch räumlich der einzig

mögliche ist, und daß Europa auch »fest im Raum zu stehen« vermag, zeigt seine physiogeographische Karte zur Evidenz. Da erscheint der deutsch-französische »Raum« als ein durchaus einheitliches, zusammenhängendes Gebilde. Die Norddeutsche Tiefebene, von Rußland herüberkommend, setzt sich über Belgien und die Niederlande in der Westfranzösischen Tiefebene fort und endet erst nördlich der Pyrenäen. Desgleichen setzt sich die deutsche ost-westliche Mittelgebirgskette über den Rhein, der niemals Völker trennend wirkte, in einer nord-südlich verlaufenden Mittelgebirgskette am Ostrand Frankreichs bis zum Mittelmeer hinunter fort. Endlich findet das deutsche Gebiet zwischen Main, Jura und Oberrheinischer Tiefebene sein Gegenstück in der Lothringischen Hochebene. Daß das französische und das deutsche Staatsgebiet sich in die Alpen hinein erstrecken, ist ein ebenfalls eher einendes als trennendes Moment. Auch die geologischen Verhältnisse, namentlich Nordwestdeutschlands und Ostfrankreichs, entsprechen sich durchaus, da auch diese Formationen über den Rhein hinübergreifen. So gut steht das Kernstück Kontinentaleuropas, die Kombination Deutschland-Frankreich, im »Raum«. Obwohl, dies sei nochmals betont, Kontinentaleuropa sowie die übrigen 4 Imperien grundsätzlich wirtschaftliche Konzeptionen sind. Die Tatsache, daß sich hier räumliche und wirtschaftliche Voraussetzungen decken, ist auch kein zufälliges Moment in der Erscheinungen Flucht; sie beruht darauf, daß die wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten eben auch physiogeographische Gegebenheiten sind. Gewiß findet sich auch manche räumliche Splitterung; aber daß sich sämtliche Kontinentalstaaten außerhalb des Kerns wirtschaftspolitisch zu diesem nur zentripetal verhalten können, steht außer allem Zweifel. Daß uns bei dieser Herausarbeitung des morphologischen Zusammenhangs zwischen Frankreich und Deutschland nicht Verliebtheit in eine bestimmte Ideologie leitet, zeigt das Urteil des jeder politischen und gestaltend geographischen, auch geopolitischen Tendenz gänzlich fernstehenden Freiburger Geographen Hugo Haflinger, der sich wie folgt äußert:

»Überblickt man Europa, so wird man seine Wesenheit gegeben finden in seiner Aufgeschlossenheit, Vielgliedrigkeit, Durchgängigkeit, in der inneren Geschlossenheit seiner Wohn- und Wirtschaftsfläche, in einem feintilierten Aufbau und endlich in dem Mangel an großen Kontrasten... In diesem meerumklammerten, kleinräumigen westlichen Endland Eurasiens herrscht Mäßigung in allen Erscheinungen der Natur... Bei aller Individualität der Teilräume liegt doch über dem Ganzen eine gewisse Ausgeglichenheit. Unzweifelhaft ist in diesem durchgängigen Erdteil die Rassenverschmelzung durch die Landesnatur in einer Weise befördert worden, wie man sie nur etwa in Kleinasien wiederfindet; unzweifelhaft hat diese Natur auch die Ausgeglichenheit des Charakters der europäischen Menschheit stark befördert... Unter der Hand willensstarker und erfinderischer Menschen entfaltete das auf die gemäßigte Zone beschränkte Europa alle seine aus Lage und natürlicher Veranlagung entspringenden Talente, es ließ aber auch die seiner räumlichen Beschränkung entspringenden Bedürfnisse fühlbar werden... Von Westen nach Osten fortschreitend sieht man Europa uneuropäischer, asiatischer werden.«¹²

Kann klarer gesagt werden, daß Europa, geographisch betrachtet, ohne Rußland bei aller Vielgliedrigkeit eine Einheit bildet?



EKONOMISCHE Momente in der gestaltenden Geographie außer acht zu lassen ist eine Sünde, die sich unverzüglich rächt. Haushofer nämlich und mit ihm fast alle Geopolitiker erachten angesichts der staatsrechtlichen Lockerungen und der verschiedenen nationalen Bewegungen innerhalb des Britischen Reichs dessen nahe Auflösung, »Raumentblätterung«, als nahe bevorstehend. Tatsächlich

12) Siehe Haflinger Geographische Grundlagen der Geschichte /Freiburg 1931/ Seite 44.

aber dürfte das Empire auf dem Weg zu itrafferer Zusammenfassung sein als es sie je zuvor befaß. Die Ergebnisse der letzten Reichskonferenz zeigen dies jedem, der sehen will. Damit erklärt sich zugleich, warum England nicht in Kontinentaleuropa einbezogen werden kann, warum auch kein besonderes deutsch-englisches Wirtschaftsbündnis möglich ist, das auch ohnedies für Deutschland Itets nur eine *societas leonina* wäre.

Immerhin hat ein Geopolitiker, Karl von Loefch, bereits erkannt, daß Kontinentaleuropa grundsätzlich ein Wirtschaftsprogramm bedeutet. Er unterscheidet eine statische (angeblich französische) und eine dynamische (man darf sagen: antifranzösische) Lösung, die zunächst Mittel- und möglicherweise Ost-, insbesondere Südosteuropa ohne und eventuell gegen Frankreich wirtschaftspolitisch einen soll. Für diese entscheidet er sich. An die Möglichkeit einer Kernbildung Deutschland-Frankreich denkt er nicht. Also auch hier die erstaunliche Unterschätzung der moralischen, ökonomischen und (noch immer) physischen Kraft Frankreichs, ohne oder gegen die in Europa nichts geschehen kann. Evolutionäre Lösungen kann man erst dann verwirklichen, wenn man sich abgewöhnt hat die politischen und Wirtschaftsfragen des Kontinents auf Kosten Frankreichs lösen zu wollen.

Diese grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen der Geopolitik und dem Kontinentalgedanken kann nicht besser beendet werden als mit den Schlußworten Haushofers zu den Panideen, die also lauten:

»Aber seine [des Panproblems] Gegenstände gehören (als würdiges Ziel unserer Forschung) zu den größten und bedeutendsten Gestalten, mit denen sich die Phantasie der Staatenbildenden, völkerordnenden, raumgewaltigen Menschheit beschäftigen kann. Selbst wo wir an dem Gestaltenwandel der Panideen nichts zu ändern vermögen, wo wir ihn nur staunend und in Ehrfurcht wie große Naturereignisse betrachten können, da adelt die Beschäftigung mit so großem Gegenstand die im Geiste mitformende Phantasie und die Gedankenwelt; sie schult den in Kontinenten und Weltmeeren zum Denken gezwungenen Betrachter und weitet ihm den Weltblick durch das weiträumige Schauen, das ihm die Verfolgung der Panideen und ihre Gestaltungsversuche in Zeit und Raum erschließt.«

Solches Urteil sei Haushofer, unbeschadet aller uns von ihm sonst trennenden prinzipiellen Divergenz, gedankt.

WALTER BAUER · HEIMAT

DAS Zimmer, in dem wir wohnen:
Ein Viereck, umkreist von bröckelnden Wänden.
Ein Fenster, aus dem man nur auf Dächer sieht;
Gerüche aus den feuchten Tiefen der Höfe.

Ich wache auf, ich sehe die Öffnung des Fensters
Vor Itählernem Himmel.
Es fängt an hell zu werden.

Meine Heimat sind die Zimmer von Mietshäusern.
Das Land meines Schicksals heißt: Mietshaus.
Das Gebirge, dessen Kamm täglich rosig erglänzt:
Der Vierte Stock.
Der Fluß, der um meine Heimat rauscht:
Die Wasserleitung.

FEODOR RÖTTCHER · BÜRGERTUM UND SOZIALISMUS

HUGO Horwitz erörterte hier am 10. Oktober die Möglichkeit das durch sein Bündnis mit dem Obrigkeitsstaat diesen und sich selbst korrumpierende Bürgertum in einen nach sozialistischen Prinzipien umgebauten Volksstaat einzugliedern und eben dadurch zu regenerieren¹. Dieses Durchdenken und Nachfühlen der innerbürgerlichen Situation könnte vom sozialistischen Standpunkt aus zunächst als allzu selbstlos und für die eigene Perspektive der Arbeiterbewegung allzu weit abliegend erscheinen, wird aber in der Tat durch die gegenwärtige politische Lage nahegelegt, nämlich durch die Krise, die der Umfall des bisher liberalen Kleinbürgertums zum Nationalsozialismus heraufgeführt hat. Sie führt zu der Frage, ob der Sozialismus auf diese Ereignisse im bürgerlichen Lager genügend vorbereitet gewesen ist.

Der in der Sozialdemokratie herrschende Begriff von der Bourgeoisie, der auf die Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus zurückgeht, findet nicht die Zustimmung des Bürgertums selbst. Es erkennt sich in dem Bild, das sich der Sozialismus von ihm entworfen hat, nicht wieder, sondern sieht in ihm Widersprüche und Gegensätzlichkeiten. Die meisten Sozialisten, die vom Kleinbürgertum und Mittelstand hergekommen sind, dürften sich wohl noch an den mehr oder weniger heftigen Stoß erinnern, den ihnen bei ihrem ersten Bekanntwerden mit den Schriften von Marx und Engels der Umstand verletzt hat, daß dort das liberale Bürgertum ziemlich vorbehaltlos mit dem Kapitalismus in einen Topf geworfen wird. Namentlich der relativ besitzlose Beamte und Angestellte pflegt nur schwer einzusehen, was er mit einem kapitalistischen Großbourgeois gemeinsam hat. Er ist zunächst weit eher geneigt den Kapitalisten mit den Herrenschichten der vorliberalen Zeit, mit dem Großgrundbesitz und den höheren Amtsträgern in Staat und Kirche, in unmittelbarem Zusammenhang zu bringen als mit der eignen verhältnismäßig anspruchslosen Existenz. Ebenso wenig wie der kleine und mittlere Bürger seinen jetzigen Zustand in der marxistischen Gesellschaftsanalyse wiedererkennt, stimmt er mit dem sogenannten historischen Materialismus (der als marxistisch angesehen wird, aber, als materiales Prinzip, mit einer ökonomischen Geschichtsauffassung, die in Wahrheit nur heuristischen Charakters ist, durchaus nicht verknüpft ist) in der Beurteilung seines eignen historischen Werdegangs überein. Danach soll die zugleich liberale und kapitalistische Bourgeoisie in den Anfängen ihres revolutionären Kampfs gegen den Feudalismus, Wegbereiter des Sozialismus, Repräsentant der ganzen Menschheit, Vorkämpfer der klassenlosen Gesellschaft gewesen, dann aber nach Besitzergreifung der ökonomischen und politischen Macht ins reaktionäre Lager der Arbeiterfeinde übergegangen sein. Gegen diese Auslegung des bürgerlichen Charakters und Schicksals meldet sich der unmittelbare Widerspruch des Kleinbürgers an. Entweder hat er (das gilt namentlich für die kirchen- und staatsstreuen Massen aller Konfessionen) noch gar nicht die liberalen Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sich zu eigen gemacht: dann verabscheut er den Triumph des Liberalismus, den ihm der Sozialismus als seine eigne Ablicht unterschiebt. Oder er ist wirklich liberal:

1) Siehe Horwitz *Obrigkeitsstaat oder Volksstaat?*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 842.

dann glaubt er die Menschenrechte noch in Annäherung aus mehr oder weniger weiter Ferne begriffen. In beiden Fällen will der Kleinbürger nichts davon wissen, daß er den Sieg des Liberalismus bereits in Händen gehabt und verscherzt habe. Er erblickt darin eine ungerechte Beschuldigung, auf die er mit Feindschaftsempfindungen gegen deren Urheber reagiert.

Die Selbstgerechtigkeit des Bürgertums überließ sein großes Verlagen im Beginn des 19. Jahrhunderts, das zu seinem Teil die Entstehung des Sozialismus erst ermöglicht hat. Der Sozialismus drängte den bürgerlichen Liberalismus deshalb mit Recht von der Oberfläche des geschichtlichen Stroms ab und erstickte ihn, weil seine soziale Gestaltungskraft erlahmt war, und er mit seinen zur Phrase gewordenen Prinzipien der Selbständigkeit und Freiheit den nachgeborenen Söhnen der Bürger und Bauern, die als Arbeiter in die Industrie abgehoben wurden, keinen Lebensraum verschaffen konnte. Dennoch beurteilte der Sozialismus den Liberalismus insofern falsch, als er die Ursachen seiner Gestaltungsunfähigkeit nicht an der richtigen Stelle suchte. Diese Ursachen lagen nicht nur auf der sozialen Seite, wo er sie vermutete, sondern auch auf dem politischen Gebiet. Das Bürgertum war nicht durch eine volle Machtergreifung sondern durch seine politische Schwäche in die für es schickfahhafte Konstellation des 19. Jahrhunderts versetzt worden. Bürger und Bauern waren ebenso wie die Juden seit den Anfängen der europäischen Geschichte von der militärischen Macht abgedrängt, ohne deren Besitz eine politische Betätigung im vollen Sinn bis heute nicht möglich ist. Die ritterliche Kampfweise des Mittelalters und ebenso die dem fürstlichen Absolutismus eigentümliche Militärverfassung der stehenden Heere entzogen diesen Schichten die Wehrhaftigkeit und machten sie zum einseitigen "Nährstand". Ihrem erst spät erwachenden revolutionären Elan gelang es aus Mangel an militärischer Schulung nicht die staatlich-kirchlichen Machtpositionen des Feudalismus zu zerstören. Für die politischen Mißerfolge der europäischen Revolutionen hielt sich die Bourgeoisie auf wirtschaftlichem Feld schadlos. Der Bürger, dem sich daheim der staatliche und kirchliche Druck nicht genügend milderte, wanderte ins Ausland oder nach Übersee, wo er sich für seine politische Nachgiebigkeit durch wirtschaftlichen Aufstieg entschädigte. Das im Mutterland verbleibende Bürgertum, das durch die Abwanderung noch mehr geschwächt war, konnte keinen Kampf mit den alten Herrenschichten nicht zu Ende führen und verschmolz mit ihnen zum Amalgam der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaft. Der Kapitalismus ist nicht die Selbstverwirklichung des liberalen Bürgertums sondern ein Kompromiß, ein auf der Linie des geringsten Widerstands erzeugter Ersatz für die politische Macht, die dem Bürgertum entgangen war.

Das Ideal des Bürgertums war ursprünglich nicht der industrielle Großbetrieb sondern die Selbständigkeit kleiner gleichgeordneter Betriebsinhaber gewesen. Das Gesellschaftsideal des bürgerlichen Freiheitdrangs ist in der Vorstellung des Sozialvertrags niedergelegt, der prinzipiell jedes Kollektiv: Staat, Kirche und Stand, von der Zustimmung des Individuums abhängig erklärte. Die weltanschauliche Abrundung schuf sich dieses Denken im Begriff der als Wurzel alles Seins aufgefaßten Vernunft, die nur sich selbst und ihresgleichen verantwortlich war. Diese Anschauungen drängten auf eine staatenlose und kirchenfreie Kultur hin, die man als sozialistisch oder vielleicht besser anarchistisch bezeichnen könnte, die jedenfalls nicht kapitalistisch

sein wollte. Aber die Führer des Bürgertums hatten nicht den Mut diese Strebungen mit aller Kraft und, wenn es sein müßte, mit Gewalt gegen die herrschenden Mächte durchzukämpfen. In Deutschland ließen sich die bürgerlichen Dichter Goethe und Schiller "in den Adelsstand erheben" und entwickelten im Verein mit den klassischen Philosophen den Nebel eines halbaristokratischen Bildungsidealismus, der uns heute noch die freie gesellschaftliche Sicht verdirbt. So blieb bereits in der heroischen Epoche des Liberalismus alles im Spekulativ-Theoretischen stecken. Der Sozialismus konnte seine wissenschaftliche und künstlerische Kultur von der radikalen bürgerlichen Aufklärung beziehen, seine politischen und sozialen Kampfmittel mußte er dem robuslern, sozulegen dem Urzustand nähern Selbstbehauptungswillen des Proletariats entnehmen. Er griff teilweise über den bürgerlichen Parlamentarismus und Liberalismus auf ältere Methoden der Machtausübung zurück. Die ritterliche Gefolgschaftsverweigerung entwickelte er zum modernen Streik, die bewaffnete Fehde zum revolutionären Klassenkampf.

Von Anfang an spielten bei der Auseinandersetzung zwischen Bürgertum und Sozialismus die politischen Gegensätze neben den sozialen eine entscheidende Rolle. Die Ablösung der proletarischen Massen von der liberalen Bewegung des Kleinbürgertums vollzog sich in Deutschland unter der programmatischen Forderung nach Staatshilfe und Eroberung der politischen Macht, die Ferdinand Lassalle dem genossenschaftlichen Selbsthilfeprinzip des Schulze-Delitzsch entgegenstellte. Das politische Bürgertum war nicht zum Angriff auf den Staat Bismarcks zu bringen, darum trennten sich die Wege des liberalen Kleinbürgertums und der sozialistischen Arbeiterklasse. Das Bürgertum tätigte lieber, unter dem Deckmantel angeblicher politischer Neutralität, den alten Kuhhandel der Duldung der bestehenden Herrenschicht gegen Gewährung wirtschaftlicher Vorteile und ließ sich vom Staat halbmittelalterliche Zunftformen mit mäßigem Monopolcharakter für Handel und Gewerbe bestätigen. Die kleine und mittlere Schicht der Bourgeoisie ließ es geschehen, daß sie von Bismarck und seinen Nachfolgern mit einem mächtigen Kordon von Militär, Polizei, Kirche und Schule von der sozialistischen Arbeiterschicht abgesperrt wurde, an dem alle Agitations- und Verständigungsversuche von dieser Seite her abprallten. Diese Anfänge des sich mehr und mehr verschärfenden Kampfs gegen den Staat formten das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse, die sich voller Stolz als politisch disziplinierte Bewegung fühlte und auf den flugandartigen Charakter und die politische Feigheit des Bürgertums verächtlich herablah. Das Empfinden des sozialistischen wie des bürgerlichen kleinen Mannes stimmten insofern mit einander überein, als beide den Grund ihrer Gegenätzlichkeit nicht so sehr in den sozialen als in den politischen und weltanschaulichen Verschiedenheiten erblickten. Marx und Engels hatten seit 1848 die Erklärung für diese nicht wegzuleugnende selbständige Bedeutung der Politik in der besondern Rückständigkeit der deutschen Verhältnisse gesucht; sie gestatte den Resten der feudalen Stände die Bildung einer autoritären Regierung und Bureaukratie, und diese schieben sich zwischen die Klassen der Bourgeois und der Arbeiter, die noch nicht zu voller Reife gediehen, und verstehen es durch geschicktes Ausspielen der Interessen von Kapital und Arbeit gegen einander sich den Anschein der eignen Macht und Unentbehrlichkeit zu geben. Es mag hier dahingestellt bleiben, ob die Klassenbildung der westlichen Staaten je einen um so viel höhern Reifegrad erreicht hat, wie Marx und Engels das annahmen. In Deutschland

erkannten jedenfalls auch sie die wichtige Funktion der Politik an. Dagegen ist der Zweifel angebracht, ob auch die offizielle Führung der Vorkriegssozialdemokratie der Dringlichkeit der politischen Probleme gerecht geworden ist. Es war hier vielmehr eine gewisse Angst vorhanden, die dann zu dem schmachvollen Erliegen der Sozialdemokratie fast aller Länder gegenüber der Kriegspolitik ihrer Staaten beitrug: ebenso wie sie nach dem Krieg das Verlagen der Deutschen Republik verschuldete. Mit der einseitig wirtschaftlichen Theorie vom "Stehkragenproletariat" war der verarmende Mittelstand nicht zu gewinnen, und weder Sozialdemokratie noch Kommunistische Partei konnten es verhindern, daß die Kleinbürger und ein Teil der Arbeiter sich, wie schon einmal in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in ständische Gesellschaftsideale flüchteten, und die Intellektuellen sich der Mytik des sogenannten Irrationalismus in die Arme warfen.

In unserer Zeit bahnt sich für den Sozialismus eine Änderung seines Verhältnisses zum Bürgertum insofern an, als die Bourgeoisie ihr altes Prinzip politische Zugeständnisse zu machen und dafür von den politisch herrschenden Klassen wirtschaftliche Vorteile einzutauschen endgültig zugunsten einer eignen politischen Stellungnahme aufzugeben im Begriff steht. Das Bürgertum wird politisch, weil es keinen Herrn mehr findet, der es in Schutzherrschaft nimmt. Es kann nicht mehr wie früher unter der Leitung eines als Tabu empfundenen Staats pflanzenmäßig unbewußt in den Kreisen seiner Familie, seines Stands und seiner Nation dahinleben. Konservative wie revolutionäre Elemente, Faschismus und die edelkonservative Haltung, die auf Lagarde, Langbehn und Moeller van den Bruck zurückgeht, arbeiten in gleicher Weise an der politischen Bewußtmachung des Mittelstands. An Klarheit des politischen Bewußtseins ist aber der in der Schule der Not früh wach werdende Proletarier dem bisher verwöhnten Bürger im großen und ganzen weit voraus, so daß er der naturgegebene Führer des erwachenden Mittelstands bei dem notwendigen Umbau unseres nationalen und internationalen Gemeinwesens sein wird. Diese elementaren gesellschaftlichen Gegebenheiten werden sich auf die Dauer aller putschistischen Propaganda zum Trotz durchsetzen. Der Staub unlauberer Gefühle und Phrasen, den der nationalsozialistische "Aufbruch" des Bürgertums hochgewirbelt hat, wird sich verziehen, und in der zu erhoffenden reinlichen Atmosphäre wird eine Auseinandersetzung zwischen Bürgertum und Sozialismus möglich werden, wie sie in gleicher Fruchtbarkeit seit den Tagen von 1789 und 1848 nicht mehr möglich gewesen ist.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Walther Maas

Reparations- reglung

Die Konferenz zur Regelung der Reparationsfragen wurde in Lausanne am 16. Juni eröffnet und beendigte ihre Sitzungen am 9. Juli mit der Annahme einer Resolution, nach der die Verpflichtungen Deutschlands auf eine einmalige Schlußzahlung von 3 Milliarden Mark herabgeleitet werden. Die deutsche Regierung soll Bonds auf diese Summe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich aushändi-

gen, die diese auf dem Weltfinanzmarkt zu placieren hat, und zwar nicht vor 1935. Die Bonds sollen mit 5% verzinst und mit 1% amortisiert werden. Teile, die bis 1947 nicht untergebracht sind, sollen verfallen. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung dieser Schlußreglung des Reparationsproblems für Deutschland und Europa (deren Endeffekt freilich noch von der Haltung Amerikas, des wirklichen Gläubigers, gegenüber Gesamt-europa abhängt) wurde hier in den Artikeln Merendorffs und Cohens (in diesem Band Seite 655 und 660) behandelt.

Abrüstungskonferenz Das Marine- und das Luftkomitee der Abrüstungskonferenz kamen in keiner Frage zu einer Einigung. Das Landheerkomitee fand wenigstens heraus, daß Artillerie über 220 Millimeter, Tanks mit über 70 Tonnen Angriffswaffen sind, daß chemische, bakterielle Kriegführung wie auch Flammenwerfer und Brandgranaten zu verbieten seien. Das war das Resultat von 7 Wochen Arbeit der Sachverständigen. So weit war man Mitte Juni. Am 22. Juni machte der amerikanische Präsident Herbert Hoover einen neuen Abrüstungsvorschlag, der im wesentlichen eine Herabsetzung der Landrüstungen um 30%, der Flotten um 25% vorsah. Da sich außer Deutschland, Rußland, Italien fast alle Nationen, wenn auch aus sehr verschiedenen Motiven, dagegen aussprachen, hat der Hooverplan wohl nur noch historisch-diplomatisches Interesse. Am 23. Juli fand die sogenannte Schlußsitzung der 1. Phase der Abrüstungskonferenz statt. Man nahm, mit 41 Stimmen gegen 2 (Deutschland und Rußland), eine Resolution an, die nichts als die obengenannten Heereskommissionsbeschlüsse enthält sowie den Entschluß auf Einsetzung einer Permanenten Abrüstungskommission und das Versprechen einer substantiellen Herabsetzung der Bewaffnung der Welt zu Wasser, zu Lande und in der Luft durch eine allgemeine Konvention, wobei die Angriffswaffen das erste Objekt sein sollen; Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung sind verboten. Deutschland stimmte gegen die Resolution, weil das Prinzip der sogenannten Gleichberechtigung aller Nationen nicht erwähnt sei. Nach einem Notenwechsel zwischen Berlin, Paris, London und einigen Reden und Artikeln des Reichswehrministers Kurt von Schleicher teilte das Auswärtige Amt dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz mit, Deutschland werde nicht wieder in Genf erscheinen, ehe nicht sein Recht auf Gleichberechtigung anerkannt sei. Übrigens ist die für die Änderung des Versailler Vertrags in seinem Teil V (und darum ist es doch der deutschen Regierung zu tun) allein zuständige Stelle, der Völkerbundsrat, damit nicht befaßt worden. Man wandte sich an Frankreich, um im Fall der Ablehnung sich wieder über Frankreich beklagen zu können. Die französische Regierung gab nach dem in Lausanne geschlossenen Konsultativpakt, dem fast alle europäischen Regierungen, auch Deutschland, beigetreten waren, die Sache nach London weiter. Und nun kam von dort die kalte Dusche: eine scharf und schulmeisterlich gehaltene Note

mit der selbstverständlichen Mitteilung, man wüßte keine deutsche Aufrüstung; die juristischen Deduktionen Deutschlands seien unhaltbar, der Versailler Vertrag statuiere für die deutsche Entwaffnung keine Vorbedingung sondern ein Ziel. Wenn die Note auch sachlich viel Richtiges sagte, so war ihr Ton doch erlautlich und nahm selbst unentwegten Anglomanen die Sprache. Doch fanden sie sie bald wieder, und die Note wurde als Mißverständnis hingestellt (so von der Frankfurter Zeitung; siehe dazu den Artikel Mierendorffs, in diesem Band Seite 812). Sollte das Mißverständnis nicht darin liegen, daß man durchaus glauben will, der angelfächliche Weg führe in die deutsche Zukunft?

Die Diskussion über die Abrüstung schleppte sich dann in wechselseitigen Reden und Artikeln fort, bis sie durch den französischen Wehr- und Sicherheitsplan, den Edouard Herriot am 28. Oktober dem französischen Parlament vorlegte, ein ganz neues Gesicht bekam. Dieses grundlegende Projekt, dessen Kern nicht das Negativum (Entwaffnung) sondern das Positivum (Friedensorganisation) bildet, dürfte nun die kommende 2. Phase der Abrüstungskonferenz beherrschen.

Abrüstungsprobleme

David Davies setzt sich in seinen Letters to John Bull and others by John the Peeler /London, Williams & Norgate/ für eine internationale Polizeitruppe und für allgemeine Schiedsgerichte ein. Die Argumentation entspricht englischem common sense, aber auch kontinentalen Lesern hat das Buch allerlei zu sagen. Erfreulich ist die Deutlichkeit, mit der der Verfasser die Abrüstung ohne Sicherheit beurteilt. Organisation des Friedens: jenes französische Ziel wird demnach hier auch von einem Engländer aufgestellt. <Die deutsche Ausgabe dieses Buchs (Ein Weltgendarm? Briefe an John Bull, Michel und andere /Berlin, Reimar Hobbing/ enthält noch ein Vorwort von Ernst Jaechh.) In seiner Schrift Suicide or Sanity? /London, Williams & Norgate/ plädiert Davies noch einmal für eine internationale Polizeitruppe. Er setzt sich im wesentlichen für die französischen Vorschläge ein, allerdings mit stärkerer Betonung der Möglichkeiten einer Revision bestehender Verträge. Auch von dieser Schrift erschien eine deutsche Ausgabe (Selbstmord oder Vernunft? /Berlin, Reimar Hobbing/).

Jules Monteilhet gab seinem Buch Les institutions militaires de la France /Paris, Félix Alcan/, das die Jahre 1914 bis 1932

umfaßt, den Untertitel *De la paix armée à la paix désarmée*. Seit Jahren war der Verfasser dafür eingetreten, daß das itehende Heer durch eine Miliz ersetzt wird. Sie sei demokratischer, innenpolitisch licherer, aber auch außenpolitisch wirkfamer. Also Ideen, wie sie auch Jean Jaurès vertrat. Seine These luchtet er nun am Beispiel der französischen Heeresorganisation des letzten Jahrhunderts durchzuführen. Das Schlußkapitel aber betritt Neuland, möglich seit dem Briand-Kellogg-Pakt: Nicht mehr die nation armée ist das Ideal sondern eine internationale Polizei nach Herstellung des durch Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit, Abrüstung organisierten Friedens.

Konferenz von Ottawa Die Empire Economic Conference wurde am 21. Juli in Ottawa eröffnet und arbeitete in 5 Kommissionen, aus deren Namen schon die behandelten Probleme hervorgehen: 1. Kommission für Handel innerhalb des Commonwealth, 2. Kommission für Währungs- und Finanzfragen, 3. Kommission für Zollverwaltung, 4. Kommission für Handelsbeziehungen mit fremden Ländern, 5. Kommission für Methoden wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die Idee eines Economic Empire ist sicherlich durch die Schlußresolutionen und Abmachungen vom 19. August gestärkt worden, wenn auch das Programm des Abchlusses nach außen und freien Warenaustauschs im Empire selbst noch nicht durchgeführt wurde. Aber britische Staatskunst geht auch sonst nur Schritt für Schritt und konstruiert langsam, aber fest. Die Ottawaabmachungen hatten zur Folge, daß die alten Freihandelsideologen: die von Sir Herbert Samuel geführten Liberalen und Lord Snowden, am 28. September aus der englischen Regierung ausgeschieden (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 950). Inhalt und Bedeutung der Ottawabeschlüsse sind hier in dem Artikel Kranolds (in diesem Band Seite 762) dargelegt.

Konferenz von Stresa Über die Not der Donaulaaten und die bisherigen Versuche zur Hilfeleistung hat der Bearbeiter dieser Rundschau hier zuletzt am 3. Juni in einem besondern Artikel (1932 I Seite 483) berichtet. In Lausanne wurde nur bestimmt, daß eine neue Konferenz stattfinden solle. Diese trat am 5. September in Stresa am Lago Maggiore zusammen. Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Englands, Polens, Österreichs, Ungarns, Südflawiens, Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands,

Hollands, der Tschechoslowakei und der Schweiz tagten hier 14 Tage. Am 20. September nahmen sie einige Empfehlungen für den Völkerbund an, deren wesentlichste wohl neben den Wünschen auf Abschaffung aller den Handel hindern den Beschränkungen, wie Einfuhrverbote, Devisenbewirtschaftung, Kontingente, und nach Verbesserung der Verkehrsbeziehungen ein Programm öffentlicher Arbeiten in Mittel- und Osteuropa, Verbesserung des Verfahrens der Internationalen Bodenkredithypothekenbank, Verbesserungen im Holz-, Tabak-, Getreidehandel und eine Valorifizierung des osteuropäischen Getreides vorsehen. Diese soll in der Weise geschehen, daß manche Staaten osteuropäischem Getreide Vorzugszölle und administrative Sonderbehandlung angewedeihen lassen, andere Einzahlungen in einen Aufwertungsfonds von 75 Millionen Schweizer Franken machen. Die handelspolitischen Beschlüsse sind ein Kompromiß aus den französischen und deutschen Präferenzvorschlägen und dem italienischen Vorschlag von Valorisationsbeitragszahlungen. England suchte den Kompromiß zu hindern und erhob Vorbehalte gegen die Schlußresolution. Auch hier sah, wer sehen wollte, daß die Völker Kontinentaleuropas sich unter einander verständigen müssen.

Europaprobleme Wohin Europa treibt, wenn die Staatsmänner nicht endlich Einhalt gebieten, schildert Ludwig Bauer in seinem ausgezeichnet geschriebenen und von starker Empfindung durchpulten Buch *Morgen wieder Krieg /Berlin, Ernst Rowohlt/*. Der Völkerbund verdient den Namen nicht, starke Kräfte sind überall am Werk die Menschheit in ein neues Morden hineinzutreiben. Gefahrenzentrum ist Deutschland. Nicht nur die Hitlerei, sondern auch der Wettlauf aller Parteien in Nationalismus, das Verlangen der Abrüstung ohne Sicherheit, das Revolutionsgchrei: alles das bedroht den europäischen Frieden. Natürlich sind solche Bücher "undeutsch", "frankophil", "landesverräterisch", aber leider sind die Feststellungen dieses Buchs nur allzu wahr. Als Heilmittel empfiehlt der Verfasser Planwirtschaft, Preisgabe der Staatsvergottung und manches andere. Schade, daß er nicht stärker die europäische Einigung betont.

Als *Aperçus européens* sind Vorträge vereinigt, die vor der Ecole Libre des Sciences Politiques gehalten wurden /Paris, Félix Alcan/. Michal Sokolnicki für Polen, Juraj Slavik für die Tschechoslowakei, Mileta Nowakowitsch für Jugosla-

wien schildern darin die wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklung ihrer Staaten, die Franzosen Pierre Rain und Paul Henrys legen dar, daß nur die Aufrechterhaltung des Systems von 1919 den Frieden sichert. Eine für den kritischen Leser lehrreiche Schrift.

Am meisten irreführt wird man nicht von denen, die Hetznachrichten erfinden, sondern von denen, die, gestützt auf eine gewisse Sachkenntnis, Tatsachen auswählen, beluchten, weglassen. Das grade ist es, was Friedrich Wilhelm von Oertzen tut. Es sei nicht behauptet, daß sein Buch Das ist Polen /München, Georg Müller/ nur Phantasieprodukte bringt. Auch das ist Polen. Aber es ist eine ganz einseitige, ungerechte, vom Haß gegen Polen (und Frankreich) bestimmte Blickpunktnahme. Einige Kapitel sind natürlich auch dann noch gut. So die beiden ersten. Auch der Bearbeiter dieser Rundschau ist kein Freund des Pilsudzkiregimes; selber jahrelang Angehöriger der deutschen Minderheit in Polen und befreundet mit Ukrainern, weiß er über die Fragen vielleicht noch mehr als der Verfasser. Aber Deutsche und Polen sind nun einmal Nachbarn, zum Nebeneinanderleben gezwungen, und daher sollte man die positiven Seiten des polnischen Volks und Staats nicht auf 10 Zeilen abtun und die negativen auf 242 Seiten auswalzen. Würde man Deutschland nur nach dem Beuthener Mord, dem Pirmasener Soldatentag, den Reden Hitlers beurteilen und dann sagen: Das ist Deutschland?

Georg Schulze gibt in seiner Schrift Was ist, was will Paneuropa? /Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft/ eine erste Einführung in das Problem der europäischen Einigung. Er wählt die Form einer Diskussion zwischen 2 Leuten, die sich in ihrem Gedankenaustausch immer mehr von der Notwendigkeit Kontinentaleuropas (das auch hier mit dem verfehlten Terminus Paneuropa belegt wird) überzeugen. Die Argumentation ist oft witzig und im allgemeinen zutreffend. Ob freilich das, was oder vielmehr wie er über Polen und Tschechen schreibt, mit europäischer Einigung vereinbart werden kann, ist zu bezweifeln.

Eine klare und unparteiische Einführung in die Probleme Mitteleuropas bildet die kleine Schrift Gerald Bertots Le problème de l'Anschluß /Brüssel, Editions de la Parole Universitaire/.

Frankreich und Deutschland Die belgische Sozialistin Carmen Ennelch erweist in ihrem Buch Au-dessus du ressentiment franco-allemand /Brüssel,

L'Eglantine/ mit durchschlagenden Argumenten die deutsch-französische Verständigung als Grundlage des europäischen Friedenssystems. Sie zeigt die Vorurteile, die immer noch ein Zusammenkommen verhindern, und widerlegt sie. Von besonderem Wert ist das Kapitel über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Ideen dieses Buchs, dessen Lektüre jedem aufs wärmste zu empfehlen ist, entsprechen dem, wofür die Sozialistischen Monatshefte seit Jahren kämpfen. Wenn sie doch nur bald Allgemeingut auf unserm Kontinent würden!

Paul Weygand bespricht in seiner Schrift Mit Frankreich? Mit Rußland? /Leipzig, R. Kittler/ zwar kaum die Alternativfrage des Titels, dafür viele andere Dinge, kommt schließlich auf die unbedingte Notwendigkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit heraus. Freilich wird er viele seiner Ideen im Licht der Realitäten modifizieren müssen, so die über Kreditschöpfung, Polnischen Korridor und andere mehr.

Ottmar Bühler glaubt in seinem Buch Verlorene Nachkriegsschlachten /Leipzig, C. L. Hirschfeld/, Deutschland verstehe es nicht seine Lage der Weltöffentlichkeit gebührend darzustellen. Man müsse auf die Verletzungen des Völkerrechts durch die Entente, wie die Besetzung Griechenlands, auf die Greuel auch der Feindmächte, auf die Leistungen Deutschlands auf Reparationskonto viel öfter, deutlicher und durchschlagender zu sprechen kommen. Der Verfasser fragt im Untertitel: »Warum kommen wir nicht weiter im Verhältnis zu Frankreich?« Darum, weil wir eben noch immer solche Politik machen, wie er sie anregt.

Kurze Chronik 4 neue Staaten traten 1932 dem Völkerbund bei: Mexiko, Argentinien (das schon einmal, 1919 bis 1920, Mitglied war), die Türkei, der Irak. Dieser war bisher englisches Mandatsgebiet; durch den Vertrag von 1930 hat sich England noch starke Rechte besonders über das Petroleum gesichert. Am 27. September nahm der Völkerbundsrat das Rücktrittsgesuch des Generalsekretärs des Völkerbunds, des Engländers Sir Eric Drummond, an. Zu seinem Nachfolger wurde am 17. Oktober der Franzose Joseph Avenol gewählt. ◊ Am 19. Mai trat der neue Gouverneur des Memelgebiets Vytautas Gyls sein Amt an Stelle des abgesetzten Merkys an. Er ist 46 Jahre alt, gilt als loyaler, maßvoller Mann und war zuletzt litauischer Generalkonful in London. ◊ Am 13. September erkannte

Japan den neuen Mandchureiſtaut *Mandchukuo* an. Es erhielt von ihm vertraglich das Recht zur Garnifonierung von Truppen. China proteſtiert gegen dieſe ſtaatliche Neubildung als eine Verletzung des Neunmächtevertrags von 1922 über die territoriale Integrität Chinas. ◊ In Italien wurde ein allgemeines *Revirement* der Diplomaten vorgenommen. Dino Grandi, Muſſolinis Außenminiſter, wurde am 21. Juli nach London als italieniſcher Botſchafter geſandt, und Benito Muſſolini ſelber übernahm das Außenminiſterium. Im Anſchluß daran wurden faſt alle italieniſchen Vertreter im Ausland ausgewechſelt. Ähnliches vollzog ſich in Deutſchland. Conſtantin von Neurath, biſher deutſcher Botſchafter in London, wurde im Kabinett von Papen Außenminiſter. Leopold von Hoefch, biſher Botſchafter in Paris, wurde nach London geſandt. An ſeine Stelle trat der Miniſterialdirektor im Auswärtigen Amt Adolph Köſter. Der Botſchafter in Rom Carl von Schubert, Staatsſekretär unter Strefemann, wurde abberufen, an ſeine Stelle der Geſandte in Belgrad Ulrich von Haſſel geſetzt.

Literatur

Das Buch Victor Marguerittes über *Aristide Briand* (deutſch von Joſeph Chapiro /Berlin, S. Fiſcher/) ſtellt nicht nur eine Biographie dieſes großen Franzoſen dar, es iſt auch ein Querechnitt durch die Politik Frankreichs während des letzten Menſchenalters. Hier wird der Staatsmann, der Mann des Friedens und auch der Menſch Briand von einem Mann geſchildert, der ſein Anhänger, aber auch ſein Kritiker war. Das Buch iſt ſtark ſubjektiv in der Geſamthaltung, aber überall auf Dokumenten aufgebaut, eine ſtarke Bereicherung der Briandliteratur. Die Frage, der Briand ſeine letzten Lebensjahre widmete: die der Organifierung des Friedens nämlich, wobei die deutſch-franzöſiſche Zusammenarbeit Hauptſtück iſt, iſt nach ſeinem Tod noch dringender geſtellt als biſher. Marguerittes Buch iſt ein großer Mahnruf für ſie zu arbeiten. ◊ Unter dem Titel *Empire Free Trade* ſtellt Charles McCurdy die Ideen *Lord Beaverbrooks* dar /London, Hutchinſon & Co./. Das Britiſche Reich ſoll ſich mit Schutzzöllen umgeben, und die einzelnen Teile ſollen ſich dann Präferenzzölle zugeſtehen. Das Buch, das in manchem veraltet iſt (ſo in der Darlegung der Gründe für die amerikaniſche Proſperität), darf jetzt, nach der Konferenz von Ottawa, wieder als aktuell gelten.

Innenpolitik / Will Könemann

Frankreich: Am 1. und 8. Mai fanden die franzöſiſchen Kammerwahlen 1932 ſtatt. In der Woche zwiſchen dieſen Wahltagen fiel der Präſident der Republik, Paul Doumer, einem ſinnloſen Attentat zum Opfer. Zu ſeinem Nachfolger wurde von der Nationalverſammlung, gebildet aus dem Senat und der alten Kammer, mit 633 von inſgeſamt 826 Stimmen Albert Lebrun, biſher Präſident des Senats, gewählt. Die Sozialiſten erklärten, daß ſie trotz der Landeſtrauer ihre Stimme für keine Kandidatur abgeben könnten, die einer politiſchen Gruppierung entſpreche, die das Land ſoeben verurteilt habe; ſie hätten beſchloſſen ihre Stimmen auf Paul Faure zu vereinen, deſſen Wahl-niederlage in Le Creuzot nur dem Druck der Unternehmer geſchuldet ſei. Gleich nach der Präſidentenwahl trat die Regierung Tardieu zurück.

Die Kammerwahlen hatten einen entſcheidenden Sieg der republikaniſchen Linken einſchließlich der Sozialiſten gebracht (ſiehe dazu hier den Artikel Schiffrins, 1932 I Seite 495). Das war um ſo bemerkenswerter, als man in Deutſchland vielfach angenommen hatte, die Steigerung des extremen deutſchen Nationalismus würde in Frankreich eine entſprechende Reaktion hervorrufen. Das franzöſiſche Volk ließ ſich dadurch nicht beirren. Es hält auch jetzt an ſeiner außenpolitischen Grundtheſe: Sicherheit und Frieden, feſt. Die Mandate in der Kammer verteilen ſich nun wie folgt: Unabhängige Rechte 35 (biſher 57), Maringruppe 80 (82), Katholiſche Volkſdemokraten 15 (18), *Républicains de Gauche* (Tardieugruppe einſchließlich der *Action Démocratique et Sociale*) 75 (91), Links- und Unabhängige Radikale 59 (93), Sozialradikale 159 (107), *Républicains Socialistes Painlevés* einſchließlich *Parti Socialiste Français de Monzies* 34 (25), Sozialiſtiſche Partei 129 (112), Kommuniſtiſche Partei 11 (10), Kommuniſtiſche Sozialiſten der oppoſitionellen Richtung Trotzki 13 (0).

Da die Fraktionsbildung in Frankreich viel loſer iſt als in Deutſchland, ſchwanken die Ziffern der Fraktionsſtärke. So haben ſich viele unabhängige Abgeordnete und kleinere Splittergruppen den Sozialradikalen angeſchloſſen. Als Gegen-gruppe bildete ſich unter der Führung Tardieus eine erweiterte Fraktion der Linksrepublikaner. Nach dem Wahlergebnis ſchied die Möglichkeit eines nationalen Konzentrationskabinetts von vorn-

herein aus. Zunächst kam alles auf die Haltung der Sozialisten an. Die von ihnen aufgestellten Forderungen ließen ein Linkskartell nicht zultande kommen (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 696), so daß Edouard Herriot, der als Führer der siegreichen Sozialradikalen mit der Kabinettsbildung betraut wurde, versuchen mußte durch Einbeziehung der linken Mittelgruppen sich eine tragfähige Mehrheit zu schaffen. Trotzdem bleibt Herriot im wesentlichen auf die Tolerierung der Sozialisten angewiesen, da die gesamte Rechte ihm entgegensteht. Die parlamentarische Stellung der Regierung ist also keineswegs gesichert.

Sie wurde aber am 16. Oktober durch das Ergebnis der Ersatzwahl für $\frac{1}{3}$ des Senats etwas verstärkt. Auch hierbei ergab sich eine, wenn auch geringe, Verschiebung zugunsten der Linken, so daß jetzt die große linksbürgerliche Senatsfraktion der Gauche Démocratique, die ungefähr der radikalen Kammerfraktion entspricht, 162 Sitze zählt, während die absolute Mehrheit nur 158 beträgt.

Frankreich: Am 4. Juni war die Regierung Herriot ernannt, und am 7. Juni sprach ihr die neue Kammer mit 384 gegen 115 Stimmen das Vertrauen aus. Für die Regierung stimmten die Sozialisten, die Sozialradikalen, die kleineren Linksgruppen und die große linke Mittelgruppe der Gauche Radicale, außerdem einige versprengte Stimmen der Mitte. Gegen sie stimmten die Gruppe Marin und die Unabhängige Rechte. Etwa 60 Angehörige der rechten Mittelgruppen, vor allem der Gruppe Tardieu, enthielten sich der Stimme. Die Regierung besteht ganz überwiegend aus Sozialradikalen, die etwa $\frac{3}{4}$ der 18 Minister- und 11 Untertatssekretärposten innehaben. Die wichtigsten Ressorts sind folgendermaßen besetzt: Ministerpräsident und Außenminister wurde Edouard Herriot, Vizepräsident und Justizminister René Renoult, Innenminister Camille Chautemps, Kriegsminister Joseph Paul-Boncour, Marineminister Georges Leygues, Luftfahrtminister Paul Painlevé, Finanzminister Louis Germain-Martin, Budgetminister Maurice Palmade, Minister für öffentliche Arbeiten Edouard Daladier, Unterrichtsminister Anatole de Monzie, Sozialminister Albert Dalimier, Landwirtschaftsminister Abel Gardey, Handelsminister Julien Durand, Handels- und Schiffsverkehrsminister Léon Meyer, Kolonialminister Albert Sarraut.

In der Regierungserklärung nahm neben der Innenpolitik auch die Innenwirtschaft einen großen Raum ein. Die Regierung will das Verkehrswesen modernisieren. Große öffentliche Arbeiten sind vorgelesen, zu denen der innere Kapitalmarkt kräftig herangezogen werden soll. Die Zollschutzmaßnahmen sollen durch ein breiteres System von internationalen Verträgen ausgeglichen werden; Frankreich könne sich wirtschaftlich nicht isolieren, schon weil es ein großes Kolonialreich besitzt, dessen Produkte sehr unter der Weltkrise zu leiden haben. Schärfer sind die sozialpolitischen Programmpunkte formuliert: Anerkennung der Gewerkschaften, Ausbau der Sozialversicherung, Verlängerung der Unterstützungsdauer für die Arbeitslosen, Ausdehnung der Arbeitslosenhilfe auf die Handwerker. Das Schulgeld in den Mittelschulen soll sofort abgeschafft werden, um »allen Kindern Frankreichs den gleichen Aufstieg zur Bildung zu ermöglichen«.

Zum Vorsitzenden der Kammer wurde wiederum fast einstimmig der Sozialist Fernand Bouillon gewählt, zum Präsidenten des Senats, als Nachfolger Lebruns, Jules Jeanneney, bisher Präsident der Finanzkommission. Von den bisherigen gesetzgeberischen Arbeiten der Regierung Herriot ist vor allem die Anleihekonzession zu nennen, die am 17. September mit großer Mehrheit beschlossen wurde (siehe die Rundschau Wirtschaft, in diesem Band Seite 852). Die größten innenpolitischen Aufgaben stehen der Regierung auf dem Gebiet der Staatsfinanzen bevor; diese weisen, nach dem Ausfall jeglicher Reparationszahlung, ein Defizit von 10 bis 12 Milliarden Francs auf.

In der Nacht zum 29. Oktober erhielt die Regierung Herriot ein Vertrauensvotum: mit 425 gegen 25 Stimmen. Die Kammer stand unter dem großen Eindruck des von Herriot vorgelegten konstruktiven Sicherheitsplans, der Frankreich und Europa den Frieden geben soll.

Österreich Am 24. April fanden in Österreich Landtagswahlen statt. Die Nationalsozialisten nahmen überall stark zu. Die Christlichsozialen konnten auf dem Land ihre Stellung behaupten, während ein Teil ihrer städtischen Wähler zu den Nationalsozialisten überging. Die Sozialdemokratie blieb im wesentlichen unerschüttert (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 697). Die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten verlangten nunmehr die Auflösung des Nationalrats, um eine Klä-

rung der innenpolitischen Situation herbeizuführen. Diesem Verlangen wider setzten sich lediglich die Christlichsozialen, die aus Neuwahlen geschwächt hervorzugehen fürchteten. Die taktischen Schwierigkeiten der Behandlung der Auflösungsfrage im Parlament veranlaßten die Regierung Buresch Anfang Mai zum Rücktritt. Der Nationalrat beschloß durch ein Gesetz seine Auflösung, deren endgültiger Zeitpunkt bei Beginn der Herbsttagung festzusetzen sei. Mit der Neubildung der Regierung wurde der bisherige christlichsoziale Landwirtschaftsminister Anton Dollfuß betraut. Da indes der Versuch eine parlamentarische Mehrheitsregierung zustande zu bringen scheiterte, gab er seinen Auftrag zurück, wurde jedoch sofort mit der Bildung einer als überparteilich bezeichneten Regierung wieder betraut. Diese Regierung kam am 20. Mai zustande und trägt den Charakter eines ausgesprochen gegen die Linke gerichteten Kampfkabinetts.

Im Mittelpunkt der weiteren innenpolitischen Ereignisse stand die Frage der Völkerbundsanleihe für Österreich. Die Aufnahme dieser Anleihe wurde wegen der damit verbundenen Finanzkontrollen von den Sozialdemokraten und den radikalen Rechtsparteien aufs Schärfste bekämpft. Am 15. Juli wurde das Protokoll der Finanzhilfe für Österreich im Völkerbundsrat von den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Österreichs unterzeichnet. Deutschland enthielt sich der Stimme, mit der Begründung, daß es 1922, als die erste Völkerbundsanleihe abgeschlossen wurde, noch nicht Mitglied des Völkerbunds war und sich deshalb dem jetzigen Protokoll und den damit verknüpften politischen Bedingungen nicht anschließen könne. Dollfuß begründete seiner Partei gegenüber die Aufnahme der Anleihe damit, daß sie gegenüber dem Genfer Protokoll von 1922 wesentliche Verbesserungen bringe. Wenn Österreich die Anleihe nicht erhalte, müßten im Budget die von der Bank von England kurzfristig gegebene 100-Millionen-Schilling-Anleihe, ferner die im Inland aufgebrachten kurzfristigen 100 Millionen sowie eine schwebende Schuld der Bundesbahnen von 54 Millionen untergebracht werden, zusammen 254 Millionen. Dieser Fehlbetrag könnte kaum gedeckt werden. Man müßte zu neuen Kürzungen der Beamtenbezüge schreiten. Nehme man dagegen die Anleihe an, so werde der Devisenschatz gestärkt, und das Wechselportefeuille der Nationalbank durch eine starke Währung entlastet.

Am 2. August wurde ein Mißtrauensantrag der Großdeutschen, der die Unterstützung der gesamten Sozialdemokratie und zweier Mitglieder der Heimwehrfraktion erhielt, mit 81 gegen 81 Stimmen abgelehnt. Am 17. August wurde das Laufanner Protokoll im Nationalrat mit 81 gegen 80 Stimmen angenommen. Im Bundesrat wurde es abgelehnt. Infolge dieses heftigen Kampfs spitzte sich die innenpolitische Lage immer bedrohlicher zu. Um der Gefahr einer eventuellen parlamentarischen Niederlage zu entgehen, griff die Regierung zu einem 1917 erlassenen und formell noch in Geltung befindlichen Gesetz, das sie ermächtigt aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse dringende Verordnungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu erlassen. Der Justizminister schuf am 3. Oktober einen (an sich belanglosen) Präzedenzfall, um die Regierung in stand zu setzen später das Notverordnungsrecht je nach Bedarf anzuwenden. Die Sozialdemokratische Partei erhob gegen diese Umgehung der Verfassung in zahlreichen Versammlungen schärfsten Protest und beantragte die Aufhebung jenes Kriegsermächtigungsgesetzes. Dagegen will die Regierung sich die Einstimmigkeit erhalten und Neuwahlen hinauschieben. Blutige Zusammenstöße in Wien am 16. Oktober zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten und Waffenfunde bei dem Schutzbund gaben ihr den Anlaß den Wiener Heimwehrführer Emil Fey zum Staatskommissar für das Sicherheitswesen zu ernennen. Fey erließ sofort ein Verbot aller Demonstrationen der Arbeiterparteien und der Nationalsozialisten, während die Heimwehr ihre militärischen Übungen ungehindert durchführen kann. Am 20. Oktober trat der Nationalrat wieder zusammen. Die Sozialdemokraten beantragten sofort zur Auflösung zu schreiten und die Neuwahlen auf den 27. November anzusetzen. Die Großdeutschen brachten ein Mißtrauensvotum ein. Bei der Beratung dieses Antrags kam es zu einer Schlägerei zwischen den Regierungsparteien und der sozialdemokratischen Opposition. Die Regierung verlangte Vertagung, um mit Notverordnungen regieren zu können. Die Anträge der Opposition wurden mit 83 gegen 78 Stimmen abgelehnt, und ein christlichsozialer Antrag angenommen, in dem die Regierung aufgefordert wird die Neuwahlen im Frühjahr 1933 stattfinden zu lassen. Der Nationalrat vertagte sich sodann, unter scharfem Protest der Sozialdemokraten.

Kurze Chronik: Am 28. Oktober gab der Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl auf einem Bankett des Vereins Berliner Presse die Grundlinien der geplanten *Reichsverfassungsreform* bekannt. Sie sind im wesentlichen rückwärts gerichtet. Man scheint das alte Regime restaurieren zu wollen, wenn auch unter Beibehaltung der republikanischen Staatsform. Dieses Ziel soll durch Pluralwahlrecht und Abschaffung des parlamentarischen Rechts auf ein kabinettstürzendes Mißtrauensvotum erreicht werden. Wo die Reform in die Zukunft zu weisen scheint: bei der Einrichtung einer Zweiten Kammer, ist ihre Durchführung so unklar und widerspruchsvoll gemeint, daß auch hier nur eine Wiederherstellung früherer Einrichtungen, nicht die Verwirklichung des wegweisenden Produktionsgedankens, beabsichtigt zu sein scheint. \diamond Die Wahlen zum *Schwedischen* Reichstag am 17. September fanden im Zeichen der Wirtschaftskrise und des Kreugerkandals und hatten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 104 Mandate (gegen 90 im Jahr 1928), Konservative 58 (73), Bauernbund 36 (27), Freilinnige 20 (28), Liberale 4 (4), Kommunistische Partei 8 (8). Der Sozialdemokrat Per Albin Hansson, als Führer der erfolgreichsten Partei, wurde mit der Kabinettsbildung beauftragt. Die wichtigsten Mitglieder der von Hansson geführten 5. rein sozialdemokratischen Minderheitsregierung sind Rickard Sandler (Äußeres), Gustaf Möller (Inneres), Ernst Wigforss (Finanzen), Fritjof Ekman (Handel), Arthur Engberg (Unterricht), Karl Schlyter (Justiz), Ivar Vennerstroem (Verteidigung). Fast alle Genannten haben schon sozialdemokratischen Regierungen unter Hjalmar Branting angehört. \diamond In *England* schieden am 28. September die liberalen Minister der Samuelgruppe und Philip Snowden aus dem Konzentrationskabinett MacDonald. Bereits zu Beginn des Jahres war es in Fragen der Handelspolitik zu Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und den übrigen Regierungsmitgliedern gekommen, die nur dadurch überbrückt wurden, daß man von dem bisherigen Grundatz der Kollektivverantwortlichkeit der Regierung abging und den dissentierenden Ministern die Abstimmung freistellte. Jetzt kam es zum Konflikt über die Beschlüsse der Konferenz von Ottawa, die die liberalen Minister nicht glauben verantworten zu können. Ausgeschlossen sind Sir Herbert Samuel, Sir Archibald Sinclair, Snowden und 7 Unterstaatssekretäre, unter ihnen

Lord Lothian aus dem Indienamt. Bereits am folgenden Tag war das Kabinett wieder vollständig und dokumentierte damit, daß es bei der Empirepolitik bleibt und mit der alten Freihandelsideologie vorbei ist. Die Posten der ausgeschiedenen Liberalen wurden mit Mitgliedern der Simongruppe besetzt, die Unterstaatssekretariate wurden Konservativen übertragen. Stanley Baldwin übernahm als Nachfolger Snowdens das Amt des Lordliegelbewahrsers.

Literatur Der Kampf um die Grundlagen der Demokratie, der heute in Deutschland ausgefochten wird, und das Zentralproblem seiner zukünftigen Gestaltung ist, gibt leicht Anlaß Parallelen zu anderen Ländern und Zeiten zu ziehen. Viele dieser Versuche sind der Gefahr erlegen das nur auf den ersten Blick Gleichartige als das Wesentliche anzusehen und darüber fundamentale Verschiedenheiten der ökonomischen, sozialen und politischen Struktur jedes Landes zu vernachlässigen. Diesem Vorwurf setzt sich *Carlo Graf Sforza* in seinem Buch *Europäische Diktaturen* (Berlin, S. Fischer) nicht aus. Er weiß wohl, daß allen Diktaturen im wesentlichen nur eins gemeinsam ist: die Vernichtung der menschlichen Freiheitsrechte. Und als leidenschaftlicher Anwalt dieser Freiheit, die heute so wenig Kurswert zu haben scheint, untersucht er nun die europäischen Nachkriegsdiktaturen nach ihrer Entstehung, Entwicklung und ihren Herrschaftsformen. Aber der eigentliche Wert des Buchs liegt nicht darin sondern in seinem persönlichen Erlebnis- und Bekenntniswert. Sforza hat als italienischer Diplomat sehr viele der »Gestalten und Gestalten Europas« (diesen Titel trägt ein anderes seiner Bücher) aus nächster Nähe kennengelernt und manchen Blick hinter die Kulissen des Welttheaters getan. Was er selbst erlebt und gesehen hat, vermag er in glänzender Art mit reichem historischen und politischen Wissen zu messen, so daß eine ungemein interessante und lebendige Schilderung entsteht. Seine Art der Geschichtsbetrachtung ist vom sozialistischen Standpunkt aus freilich nicht zu halten, seine Wertungen sind die eines mit einem kräftigen Tropfen demokratischen Öls gelabten Gentleman. Fast $\frac{1}{4}$ des Buchs beschäftigt sich mit dem italienischen Faschismus. Naturgemäß kommt hier das politische und persönliche Ressentiment des Verfassers stärker zum Ausdruck als in den Kapiteln über die übrigen Diktaturen.

Sozialpolitik / Ruben Gurland

Deutschland: Die Verordnung des Reichs-
Notverordnun- präsidenten über Maßnah-
gen men zur Erhaltung der Ar-
beitslosenhilfe und der Sozialversicherung
sowie zur Erleichterung der Wohlfahrts-
lasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932
brachte erneut einen weitgehenden Abbau
des Gebäudes der deutschen Sozialpolitik.
Der 1. Teil (Maßnahmen zur Erhaltung der
Arbeitslosenhilfe und der Sozialverfiche-
rung sowie auf dem Gebiete der Reichs-
versorgung) bringt zunächst eine »Anpas-
sung der Vorschriften über die Arbeits-
losenhilfe an die Lage des Arbeitsmarktes«.
Um die finanzielle Durchführung der
Arbeitslosenhilfe im Rechnungsjahr 1932
sicherzustellen, ermächtigt er die Reichs-
regierung die Höhe der Arbeitslosen-
unterstützung zu ändern, jedoch nicht
die Sätze der versicherungsmäßigen Un-
terstützung unter die der Krisenfürsorge
zu senken. Die versicherungsmäßige Ar-
beitslosenunterstützung hängt nunmehr
nach einer bestimmten Bezugsdauer
von der Hilfsbedürftigkeit des Empfän-
gers ab. Über Überschüsse, die in der
Arbeitslosenversicherung entstehen, kann
die Regierung zugunsten anderer Zweige
der Arbeitslosenhilfe verfügen. Diese Be-
stimmungen bedeuten die Aufhebung des
Versicherungsprinzips in der Arbeits-
losenversicherung, um so mehr, als die
Regierung zu ihrer Durchführung Ände-
rungen am Gesetz über Arbeitsvermitt-
lung und Arbeitslosenversicherung tref-
fen oder Bestimmungen des Gesetzes
außer Kraft setzen darf; sie kann hier-
bei insbesondere Bestimmungen über die
Krisenfürsorge abweichend vom Gesetz
treffen und die Beiträge zur Kranken-
versicherung der Arbeitslosen neu fest-
setzen, auch die Sätze der Kurzarbeiter-
unterstützung ändern. Weiterhin bringt
der 1. Teil erhebliche Kürzungen der
Sätze der Invalidenversicherung, der An-
gestelltenversicherung, der knappschaf-
tlichen Pensionsversicherung und der Un-
fallversicherung, teilweise auch eine Ein-
schränkung des Personenkreises.
Der 2. Teil der Notverordnung sieht die
Bereitstellung von 672 Millionen Mark
zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten
der Gemeinden und Gemeindeverbände im
Rechnungsjahr 1932 vor. Dieser Reichs-
zuschuß wird aber von bestimmten Bedin-
gungen abhängig gemacht, zum Beispiel
davon, daß die betreffenden Bezirksfür-
sorgeverbände die gesetzlich zugelassenen
oder vorgeschriebenen Steuern in der er-
forderlichen Höhe ausgenutzt haben, daß
ferner die laufende Unterstützung in der

allgemeinen Fürsorge »das Maß des Er-
forderlichen und Angemessenen nicht
überschreitet«, und daß innerhalb des
Gemeindeverbandes »der erforderlichen
Sparfamekeit genügt wird«. Die Wohl-
fahrtsarbeitslosen stehen als Arbeit-
suchende in dauernder Kontrolle des
Arbeitsamts. Eine Senkung der Wohl-
fahrtsätze um zirka 15% ist die Folge
dieser Bestimmungen. Zum Ausgleich der
Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe
wird vom Arbeitsentgelt der Lohn- und
Gehaltsempfänger eine »Abgabe zur Ar-
beitslosenhilfe« abgezogen; sie schwankt
zwischen 1,5 und 6,5% des Entgelts.
Schwere Bedenken können vor allem ge-
gen die vielfachen Ermächtigungen er-
hoben werden, die der Bureaucratie in
die Hand gegeben werden, um unter Aus-
scheidung der Selbstverwaltungskörper-
schaften, vor allem in der Arbeitslosen-
unterstützung, sozialpolitische Einrich-
tungen zu beseitigen.

Während in den 3 ersten Teilen der Notver-
ordnung auf dem Gebiet der Sozialpolitik
ausschließlich Bestehendes abgebaut und
zerstört wird, verucht sich die Regierung
im 4. Teil der Notverordnung in "Kon-
struktiver Politik". Sie ermächtigt sich
zur Behebung der Arbeitslosigkeit öffent-
liche Arbeiten, insbesondere auf dem Ge-
biet des Verkehrswesens, der Wasserwirt-
schaft und der landwirtschaftlichen Bo-
denverbesserung, als Notstandsmaßnahmen
auszuführen. Der Arbeitsminister kann
zur Förderung der Arbeitsbeschaffung,
des Freiwilligen Arbeitsdienstes, der Ar-
beitsfürsorge, der Pflichtarbeit, des Aus-
tausches zwischen Arbeitslosen und Be-
schäftigten (Krümpersystem) und der be-
ruflichen Aus- und Fortbildung Arbeits-
loser die erforderlichen Maßnahmen tref-
fen. Um die Instandsetzung und Erhaltung
des Altwohnraums zu fördern, wird der
Arbeitsminister ermächtigt im Einverneh-
men mit dem Finanzminister bestimmte
finanzielle Erleichterungen zur Durch-
führung solcher Arbeiten zu gewähren.
Auch diese Maßnahmen sind nur in be-
schränktem Maß als Positivum zu werten.
Soweit sie Notstandsarbeiten betreffen,
bringen sie nichts wesentlich Neues. So-
weit sie die Arbeitszeitverkürzung betref-
fen, sind sie fürs erste Versprechen, deren
Innehaltung abzuwarten ist. Soweit sie
Fragen der Arbeitsbeschaffung durch Sub-
ventionierung von Unternehmern betreffen,
sind sie sozial höchst bedenklich.

Deutschland: Kurz vor den Wahlen ent-
Sozialverfiche- schloß sich die Reichsregie-
rung rung die gekürzten Lei-
stungen verschiedener Zweige der Sozial-

versicherung in begrenztem Maß zu erhöhen. Eine Verordnung zur Ergänzung der sozialen Leistungen sieht für die Wintermonate eine zusätzliche Unterstützung in der Arbeitslosenhilfe vor, die zwischen 2 und 4 Mark in der Woche beträgt. Es werden ferner in der Arbeitslosenversicherung gewisse Härten der Ortsklasseneinteilung beseitigt. Insgesamt erfordert die Durchführung dieser Bestimmungen zirka 50 Millionen Mark, einen Betrag, der innerhalb des Gesamtbetrags der Arbeitslosenhilfe verhältnismäßig belanglos ist. In der Krankenversicherung werden gewisse unerträgliche Schwierigkeiten, die sich aus der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ergaben, insofern gemildert, als innerhalb engegesteckter Grenzen wieder Mehrleistungen zugelassen sind. In der Tat hatte sich die Streichung sämtlicher Mehrleistungen in der Krankenversicherung, wie allgemein die Herabsetzung der Leistungen dieses Versicherungszweigs, bereits auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung ungünstig ausgewirkt. Auch in der Unfallversicherung und in der Rentenversicherung werden einige besonders harte Bestimmungen der letzten Notverordnungen abgeschwächt. Ferner wird die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 herbeigeführte Kürzung der Kriegsoffizierrenten in einem gewissen, wenn auch geringen Umfang korrigiert.

An dieser Verordnung erscheint weniger der Inhalt bemerkenswert als die Tatsache, daß diese Regierung, die den Abbau des »Wohlfahrtsstaats« verkündete, durch die Macht der Verhältnisse gezwungen wird wieder etwas anzubauen.

Arbeitslosigkeit Die Arbeitslosigkeit hat in Deutschland im Lauf des Jahres 1932 eine Entwicklung genommen, die die pessimistischsten Erwartungen übertroffen hat. Die sogenannte sichtbare Arbeitslosigkeit, das heißt, der Teil der Arbeitslosigkeit, der durch die Arbeitsämter kontrolliert werden kann, umfaßte selbst im Juni mehr als 5½ Millionen Arbeitslose. Wenn in der Zeit vom Juni bis zum 30. September die Zahl nach amtlichen Angaben auf 5 100 000 gefallen ist, so kann darin kaum ein schlüssiger Beweis für eine tatsächliche Besserung der Arbeitsmarktlage gesehen werden. Die Senkung der Anzahl der "sichtbaren" Arbeitslosen in der Zeit vom Juni bis Ende September dürfte im wesentlichen darauf hindeuten, daß die Anzahl der "unsichtbaren" Arbeitslosen in einem entsprechenden Maß zugenommen hat, denn die verschärften Vorschriften

über den Unterstützungsbezug in der Notverordnung vom 14. Juni 1932 lassen es einer wachsenden Anzahl von Arbeitslosen als überflüssig erscheinen sich noch bei den Arbeitsämtern zu melden. Wenn auch die Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung, das die statistisch nicht erfaßten Arbeitslosen auf über 2 Millionen Köpfe schätzt, sehr übertrieben ist, so kann man doch immerhin deren Anzahl auf 1 Million Personen schätzen.

Die Größe des Elends, das diese Massenarbeitslosigkeit mit sich bringt, kann erst dann annähernd richtig eingeschätzt werden, wenn man sich vor Augen hält, daß selbst unter den offiziell gezählten Arbeitslosen die Zahl der aus der Arbeitslosenversicherung unterstützten Arbeitslosen sowohl absolut als auch relativ ständig fällt. Diese Erscheinung weist auf die lange Dauer der Arbeitslosigkeit hin, denn sie zeigt, daß eine wachsende Zahl von Arbeitslosen die Höchsthilfsdauer der Hauptunterstützung aus der Arbeitslosenversicherung überschritten und den nächsten Grad der Unterstützung, die wesentlich niedrigere Krisenfürsorge, erreicht hat. Aber auch die Zahl der aus Mitteln der Krisenfürsorge Unterstützten fällt sowohl relativ wie absolut, und es wächst ständig die Zahl der jahrelang erwerbslosen Wohlfahrtsempfänger. Von den zirka 5 500 000 auf den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen im Juni waren 940 000, also weniger als 20%, Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung; zirka 1 500 000, also weniger als 28%, waren Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge, während der größte Teil des Restes, sogar mehr als 55%, bereits so lange erwerbslos war, daß er aus Wohlfahrtsmitteln unterstützt wurde. Dieses Verhältnis hat sich bis Ende September noch wesentlich verschlechtert: Von den zirka 5 100 000 bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen am 30. September waren zirka 626 000 Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, also weniger als 15%; zirka 1 225 000, also weniger als 25%, waren Hauptunterstützungsempfänger der Krisenfürsorge, der Rest von mindestens 60 bis 65% erhält bereits weder Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung noch aus der Krisenfürsorge. Diese Ziffern scheinen wenig danach angetan zu sein auf eine Belebung der Wirtschaft zu deuten. Auch auf dem Arbeitsmarkt anderer Länder steht es so. Die geringen Anlässe einer vagen Wirtschaftsbesserung, die man im Anziehen gewisser Rohstoffpreise zu sehen glaubte, haben sich fürs erste nicht bestätigt.

Internationale Der 16. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz, die im Frühjahr in Genf stattfand, lag der Bericht für das Jahr 1931 vor, der noch unter der verantwortlichen Zeichnung des unvergesslichen Albert Thomas herauskam. Die Kenner der übernationalen sozialpolitischen Probleme werden durch die Vielseitigkeit des Stoffs ebenso angeregt wie durch die neuen Gedanken, die Thomas in dem programmatischen Teil des Berichts als den klaren Ausdruck seiner Zukunftspläne niedergelegt hat. Hier ist sein sozialpolitisches Testament, an dessen Erfüllung sein Amtsnachfolger hoffentlich mit der gleichen Energie schreiten wird, wie sie der große französische Sozialpolitiker stets bei allem, was er tat, eingesetzt hat. Zum Direktor des Internationalen Arbeitsamts, als Nachfolger Thomas', wählte der Verwaltungsrat in einer außerordentlichen Tagung am 1. Juli Harald Beresford Butler, der bis dahin Stellvertreter der Direktor des Amts war. Im Anschluß an die 2. Internationale Konferenz für Soziale Arbeit, die im Juli in Frankfurt tagte, wurde ein Ständiges Internationales Sekretariat der Sozialarbeiter gegründet, dem neben der Sammlung einschlägigen Materials zwecks Auskunftserteilung an die angeschlossenen Verbände die Vermittlung des Austausches von Zeitschriften und ähnliche informatorische Arbeiten obliegen.

Informationsmittel Das vom Internationalen Arbeitsamt in Genf herausgegebene *Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik* erscheint nunmehr im 2. Jahrgang. Es stellt sich zur Aufgabe sowohl eine Gesamtübersicht über die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation zu bieten wie auch einen Überblick über die sozialpolitische Entwicklung in den verschiedenen Ländern der Welt zu geben. Nach einer eingehenden Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1931 folgen ausführliche Kapitel über Arbeitsschutz, Sozialversicherung, Löhne, Arbeitsmarkt und anderes. Aus dem Werk ergibt sich der Eindruck, daß die Wirtschaftskrise zwar die schnelle Entfaltung der Sozialgesetzgebung in den verschiedenen Ländern der Welt ein wenig gehemmt, aber nicht verhindert hat, und daß schließlich in allen Ländern der Gedanke der sozialen Gesetzgebung marschiert. Wie stark ein Land wie die Tschechoslowakei die sozialpolitische Linie vorgegeben hat, zeigt das Handbuch des Arbeitsrechts, das Rudolf Fernegg heraus-

gibt (Prag, Heinrich Mercy Sohn). Die wichtigsten Gesetze sind in ihren Texten zusammengestellt: über den Arbeitsvertrag, über die Arbeitsverfassung, das Vereinigungsrecht, den Arbeiterschutz, die Arbeitsgerichtsbarkeit, die Arbeitslofenfürsorge und schließlich über die soziale Statistik. Daran schließen sich die Sonderbestimmungen auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiet an, die für die Slowakei und für Karpathorußland bestehen. Die Tschechoslowakische Republik ist sozialpolitisch in sehr vielem bereits weit über das hinausgegangen, was die klassischen Länder der Sozialpolitik in Jahrzehnten geschaffen haben.

Über die sozialen Zustände Deutschlands informiert eine Reihe neuer Publikationen. Unter dem Titel *Lohnlexikon* gibt Adolf Halali ein Stichwortartiges Handbuch heraus (Berlin, Carl Heymann), in dem die Probleme der Lohnhöhe, der Lohnwirkungen, der Bestimmungsgründe des Lohns objektiv beleuchtet werden. Das 80 Seiten umfassende Büchlein ist wegen der Beschränkung auf das Spezialgebiet des Lohns nur so ausführlich, wie man es sich bei einer raschen Information eben wünschen muß.

Der Allgemeine Freie Angestelltenbund hat eine *Haushaltsstatistik* über einen 3jährigen Zeitraum aufgestellt, die unter dem Titel Was verbrauchen die Angestellten? (Berlin, Freier Volksverlag) der Öffentlichkeit unterbreitet wird. Wenn auch die Ergebnisse der Erhebung durch den Lohnabbau praktisch überholt sind, behalten sie doch ihre Bedeutung für die Erkenntnis des Problems und für den Kampf der Zukunft.

Totenliste Am 25. August starb in Berlin der Vorsitzende der Sozialen Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland und Direktor des Kirchlichsozialen Bundes Reinhard Mumm, im Alter von 59 Jahren. Er war von Beruf Theologe und wurde einer der hervorragendsten Vertreter der Sozialpolitik in den Kreisen der Evangelischen Kirche. Sowohl in der Preussischen Generalynode wie auch im Deutschen Kirchentag setzte er sich für eine weitgehende Berücksichtigung der sozialpolitischen Notwendigkeiten ein. Länger als 2 Jahrzehnte gehörte er dem Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform an. Auch in seiner parlamentarischen Tätigkeit, die die letzten 20 Jahre seines Lebens beanspruchte, gehörte sein Hauptinteresse der Sozialpolitik, Deutschland und die Kirche verloren einen ihrer einflußreichsten Sozialpolitiker.

Kurze Chronik Die Reichsregierung ist be-
treibt den *Freiwilligen Ar-*
beitsdienst (von dem auch
die jungen Menschen der Linken, wie
Erwin Rawicz gleich beim Beginn der
Aktion in dieser Rundschau (1932 I Seite
260) andeutete, sich nicht ausschließen)
durch Gesetzgebung wie durch materielle
Erleichterungen zu fördern. Die Anzahl
der Arbeitsdienstwilligen steigt bestän-
dig. Am 1. Januar waren deren nur
6810 vorhanden, am 1. September be-
reits 144 098. ◊ Trotz der anhaltenden
Depression des Arbeitsmarkts konnten
im 1. Haushaltsquartal 1932-1933 nicht
so viele *Notstandsarbeiter* in der Produk-
tiven Arbeitslosenfürsorge beschäftigt
werden wie im Vorjahr. Während ihre
Zahl Ende Juni 1931 59 470 betrug, war
sie Ende Juni 1932 auf 44 689 gesunken.
◊ Die Sozialpolitikerin *Helene Simon*
wurde am 16. September 70 Jahre
alt. Die Arbeit ihres Lebens galt dem
Schutz der arbeitenden Frau. Neben ihrer
praktischen Tätigkeit im Dienst der So-
zialpolitik sind auch ihre literarischen
Werke zu erwähnen, darunter Mutter-
schaft und geistige Arbeit, Robert Owen,
Der Anteil der Frau an der deutschen
Industrie. Die Leser der Sozialistischen
Monatshefte haben ihr noch besonders
dafür zu danken, daß sie im Jahr 1919
diese Rundschau Sozialpolitik bearbeitete.

Literatur Elend sehen wir jede Stunde
vor uns, und doch rüttelt
das, was *Hermann Drexler*
aus seiner Tagesarbeit in dem Buch *Ak-*
tenstaub /Berlin, Verlagsanstalt Courier/
zusammengestellt hat, im Innersten auf,
weil es aus der Werkstatt eines Menschen
kommt, der in seiner täglichen Arbeit
die Dinge miterlebt hat, von denen er
erzählt, denen er bis zum letzten Grund
nachgegangen ist, um die Wahrheit zu
erforschen und zu helfen, soweit es ihm
in seinem Amt möglich war. Drexler ist
Stadtrat, Wohlfahrtsdezernent. Er zeigt
das Elend als Ausschnitt aus den Ak-
ten, die ihn bergehoch umgeben. Er ver-
sucht sich in das hineinzuverletzen, was
Wohnungsnot, Hunger, Arbeitslosigkeit,
Gebrechen an destruktiven Trieben ent-
wickeln, zwischen den Zeilen liest man
seine Anklage gegen die Gesetzgeber, die
alle diese Dinge so unzulänglich be-
handelt haben. ◊ Zum 25. Todes-
tag *Ernst Abbes* gab Karl Semmler bei
Karl Zwing in Jena eine Würdigung des
großen Arbeiterfreunds heraus. Er schild-
erte das Leben dieses Mannes, der für
die Sozialreform der Jahrhundertwende
so große Bedeutung hatte.

Gewerkschaftsbewegung / Otto Bach

Deutschland: Die Proteste der Gewerk-
Gewerkschafts-schaften aller Richtungen
krise gegen die sozial- und wirt-
schaftspolitischen Maßnahmen der Re-
gierung von Papen sind fast wirkungslos
verhallt. Nachdem, neben den zahlreichen
Abbaumaßnahmen auf dem Gebiet der
Sozialversicherung und der Wohlfahrt,
die Bestimmungen der Gesamtarbeitsver-
träge einseitig zugunsten der Unterneh-
mer abgedungen worden waren, mutete
man den Gewerkschaften zu nach wie vor
die aus dem Gesamtarbeitsvertrag herrüh-
rende Friedenspflicht anzuerkennen. Da-
gegen setzten sie sich zur Wehr. In zahl-
reichen Streiks wurde die notverordnete
Kürzung des Tariflohns zwischen der 30.
und der 40. Arbeitsstunde großenteils mit
Erfolg abgewehrt. Der Vorsitzende des
Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-
bunds, Theodor Leipart, betonte in einem
Schreiben an alle Gewerkschaftskollegen,
daß die Freien Gewerkschaften »durch
eine Politik der Mäßigung und der Ver-
antwortung, der Sachlichkeit und Mit-
arbeit auf dem Boden des Rechts und
der Kultur eine bessere Wirtschafts- und
Gesellschaftsordnung schaffen helfen woll-
ten«. Die politischen und wirtschaftlichen
Gegner hätten die Gewerkschaften von
diesem Weg abgedrängt. Diese seien be-
reit den aufgezwungenen Kampf aufzu-
nehmen und das Arbeitsrecht mit allen
Mitteln zu verteidigen.
Dieser Kampf, den die Gewerkschaften
um das kollektive Recht in Deutschland
führen, wird aber heute durch die Tat-
sache, daß die Krise den Gewerkschaften
ungeheure Opfer abnötigt und ihre Schlag-
kraft lähmt, sehr schwierig.
Bei den Freien Gewerkschaften hat sich
die Mitgliederzahl von etwa 5 Millionen
Ende 1929 auf 3,7 Millionen im Jahr
1932 verringert. Die einzelnen Verbände
sind, wie ihre jetzt erscheinenden Jahr-
bücher zeigen, in wachsendem Maß ge-
zwungen ihre Unterstützungsätze aller
Art zu kürzen oder ganz aufzuheben.
Zweifellos tragen diese Tatsachen mit
dazu bei die Gewerkschaften wieder mehr
zu Kampforganisationen zu machen als
das bisher der Fall war. Auch die Christ-
lichen Gewerkschaften haben beträcht-
liche Mitgliederverluste erlitten. Ihr Mit-
gliederbestand umfaßte Ende des Jahrs
1931 rund 577 000 (Mitgliederverlust
12,3%). Weiter erschwert wird der Kampf
der Gewerkschaften durch die politische
Zellenbildung. Die Schwere der Krise
und die reaktionäre Politik im Reich ha-
ben der "kommunistischen" Revolutionä-

ren Gewerkschaftsopposition einen gewissen Auftrieb gegeben. Dazu kommt, daß die Wendung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gegen die »feinen Leute« den gewerkschaftlichen Flügel und die Politik der nationalsozialistischen Betriebszellenobleute wesentlich fördert. Gerade die durch die letzte Notverordnung verursachten Streiks haben gezeigt, daß beide einander an "Radikalismus" zu überbieten versuchen und befeuert sind den Abwehrkampf der Freien Gewerkschaften durch Ausnutzung der Streiks für ihre jeweiligen Parteizwecke zu sabotieren. Dabei ist es schon vorgekommen, daß beide gemeinsam Streikversammlungen mit der Parole gegen die Streik- und verhandlungsführende Gewerkschaft veranstaltet haben.

Zu diesen das Gewerkschaftsleben erschütternden Tatsachen kommt eine geistige Krise der Gewerkschaften, die sich für sie aus den Erschütterungen der Grundlagen des staatlichen Lebens ergibt. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet haben sich nunmehr auch die Christlichen Gewerkschaften in gewissem Umfang auf den Boden der von den Freien Gewerkschaften vertretenen Forderungen der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien gestellt. Weniger klar ist das Verhalten der Gewerkschaften zu den kommenden Dingen. Sicher ist, daß sie bestrebt sind und zweifellos auch bestrebt sein müssen bei einer Neuordnung des staatlichen Lebens rechtzeitig ihren Einfluß geltend zu machen oder an die Neuordnung Anstoß zu finden. Die Christlichen Gewerkschaften bekennen sich in diesem Zusammenhang klar zur berufständischen Idee, während die Linie der Freien Gewerkschaften zu den kommenden Dingen noch nicht erkennbar ist.

Eines darf jedoch schon jetzt gesagt werden: Mit nationalistischen Tönen, wie sie da und dort aus dem Lager der Freien Gewerkschaften erschallen, ist die Lage der deutschen Arbeiterklasse weder vorübergehend noch auf die Dauer zu bessern.

England:
Kongreß 1932

Der 64. Kongreß der britischen Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl zurzeit 3,6

Millionen in 209 angeschlossenen Organisationen beträgt, fand vom 5. bis zum 10. September in Newcastle statt. Auch dort hat die Frage des Wirtschaftsumbaus eine entscheidende Rolle gespielt. Nach eingehender Diskussion nahm der Kongreß eine Resolution an, in der der Generalrat aufgefordert wird »den angeschlossenen Organisationen einen Bericht über die besten Methoden der Um-

gestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in eine auf genossenschaftlicher und sozialistischer Grundlage aufgebaute Gesellschaftsordnung zu unterbreiten«. In einem Beschluß zur Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wandte sich der Kongreß gegen die Politik der Lohnkürzungen und der Herabsetzung sozialer Leistungen. Er sprach sich ferner für die Streichung der Kriegsschulden, den Wohnungsbau, die öffentliche Arbeitsbeschaffung, die Bankkontrolle und anderes aus. In der Arbeitszeitfrage stellte er sich hinter die Forderung der internationalen Einführung der 40-Stunden-Woche als Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Von besonderem Interesse sind die Beschlüsse des britischen Gewerkschaftskongresses zur Frage der Handelspolitik. Es wird hier zwar gelagt, die britischen Gewerkschaften seien sich der Gefahren des Protektionismus voll bewußt. Sie gäben sich andererseits aber auch Rechenschaft darüber, daß man mit einer Bejahung des Freihandelsprinzips in der jetzigen Zeit keine praktischen Resultate zeitigen kann. Das Ziel müsse vielmehr allgemein in einer rationellern Organisation der Wirtschaft gesucht werden. Die Gewerkschaften hätten sich die Theorie des Laisseraller nie völlig zu eigen gemacht. Ihr Ziel sei also nicht Freihandel oder Schutzzoll sondern die organische und rationelle Gestaltung eines gegebenen Wirtschaftsgebiets im Interesse der ganzen Bevölkerung. Hier liegt zweifellos eine (von Notwendigkeiten diktierte) deutliche Hinwendung der britischen Gewerkschaften zum Empiregedanken vor.

Frankreich

Der Bundesausschuß der Confédération Générale du Travail hat am 4. und 5. Oktober in Paris getagt und eine Reihe sozialpolitischer Forderungen gestellt. Neben der Heraufsetzung und Verbesserung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherungszweige wurde vor allem die allgemeine Einführung der Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit gefordert. Bis zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes sollen die kommunalen Arbeitslosenstellen an Zahl vermehrt und ausgebaut werden.

Die französischen Gewerkschaften haben immer weitgehendes Verständnis für die internationalen Zusammenhänge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gehabt und sich auch auf ihrer Bundesausschusssitzung mit internationalen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen befaßt. So wurde vor allem, im Hinblick auf die

verhängnisvollen Folgen des internationalen Wettbewerbs für die Arbeiterklasse, die Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung mit Hilfe der von der Internationalen Arbeitskonferenz verabschiedeten Übereinkommen und Empfehlungen gefordert. Ferner soll das internationale Arbeitsrecht systematisch ausgebaut werden. Weiter wird in einem Beschluß darauf hingewiesen, daß es im Interesse des Ausgleichs der Bedürfnisse und Leistungen der industriellen und landwirtschaftlichen Staaten notwendig sei große öffentliche Arbeiten in europäischem Maßstab durchzuführen. (Es sei in diesem Zusammenhang an die Initiative Albert Thomas' erinnert, dessen Schaffenskraft wir noch lange entbehren werden.)

Kurze Chronik Am 3. und 4. September hielt der *Schweizerische Gewerkschaftsbund* in Bern einen außerordentlichen Krisenkongreß ab. In einer Resolution wurde betont, eine Wiederkehr der kapitalistischen Krisen könne nur durch den Aufbau einer Organisation mit gemeinwirtschaftlichem Zweck vermieden werden. Der rückichtslose Abbau der Preise und der Löhne habe nur zu einer Verschärfung der Krise geführt. Von besonderem Interesse waren die Beratungen über öffentliche Arbeitsbeschaffung in der Schweiz, da die Schweiz bekanntlich eines der Länder ist, die aus der Kapitalflucht in Europa Vorteil ziehen. Dieser Kapitalüberfluß mache es zu einer dringenden Pflicht die Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung zu bekämpfen. ◊ Der 28. Gewerkschaftskongreß *Belgiens*, der am 25. und 26. September in Brüssel tagte, befürwortete internationale und nationale Maßnahmen zugunsten der 40-Stunden-Woche und verlangte ein allgemeines Sozialversicherungsgesetz einschließlich einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung. Weitere Forderungen betrafen den bezahlten Urlaub und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien. Die Politik der Lohnkürzungen wurde vom Kongreß strikt zurückgewiesen. ◊ Daß die (angebliche) Konjunkturbesserung in den *Vereinigten Staaten* nicht mit einer Besserung der Geschäftslage Hand in Hand geht, wird auch in den Veröffentlichungen der *American Federation of Labor* festgestellt. Die von ihr beigebrachten Zahlen beweisen, daß die Börsenmanöver nicht das zur Kreditbildung notwendige Vertrauen geschaffen haben. Sie zeigen dagegen, daß das Anziehen der Börsenkurse wertlos ist, wenn es nicht auf Grund eines echten Bedarfszuwachses geschieht.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Borgius † Walther Borgius, der in Berlin am 1. Oktober, im Alter von 62 Jahren, starb, war eine der charakteristischsten Persönlichkeiten der geistigen Bewegung Deutschlands. Er hat in seinem Kreis gewirkt, ohne pädagogische Aspiration, nur dadurch, daß er selber beständig angeregt war und daher anregte sich neuen Dingen zuzuwenden; so wurde nach und nach alles durchdacht oder mindestens durchdiskutiert, was seit den neunziger Jahren bis nach dem Weltkrieg die Geistigen bewegte. Borgius trat zuerst im Sommer 1892 als Student hervor. Wilhelm Foerster hatte als Rektor der Berliner Universität es unternommen einen Studentenausschuß bilden zu lassen, und zu diesem Zweck wurden Studentenversammlungen im Auditorium Maximum abgehalten, die zu Parteigungen führten, und in denen sich auch die kleine (damals natürlich geheime) sozialistische Gruppe betätigte, aus der später der Sozialistische Akademiker hervorging. Borgius trat in einer solchen Versammlung auf. Er begann mit den Worten: »Meine Herren, Nietzsche sagt . . .« Er wurde sofort von einem allgemeinen Gelächter und Gejohl unterbrochen; dies das geistige Niveau der Berliner Studentenschaft. Borgius studierte Jura, hielt aber die Tätigkeit als Referendar nicht aus, befaßte sich dann mit nationalökonomischen Studien und wurde später Geschäftsführer des Handelsvertragsvereins. Noch in seiner Studentenzeit nahm er das Pseudonym Heinz Starkenburg an, unter dem er Jahre hindurch schrieb, vor allem seine erste Arbeit, die damals Sensation machte: Das sexuelle Elend der oberen Stände, eine Schrift, die 1893 als »Notfchrei an die Öffentlichkeit« kam, und die noch heute als ein Dokument für die Situation der Vorkriegszeit gelten darf. Früh erfaßte Borgius die sozialistische Idee, die ihm besonders in der syndikalistischen und anarchistischen Ausprägung geistig entsprach. Im Jahr 1894 bat er Friedrich Engels um eine Interpretation der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung im Marxschen Sinn, wie dies einige Jahre vorher Joseph Bloch getan hatte. Engels antwortete beiden unbekanntem Studenten in liebenswürdigster Weise, mit aufschlußreichen Briefen, die später, nach Engels' Tod, im Sozialistischen Akademiker 1895 veröffentlicht und seitdem noch mehrfach abgedruckt wurden. Borgius schloß sich dann verschiedenen Re-

formbewegungen an und schrieb über die verschiedensten Dinge. Er war natürlich auch Esperantist, verließ aber diese Welt-Sprache, um den Weg einer Europäischen Sprache zu zeigen. Er hat nicht alles richtig verstanden; so vor allem nicht den Kontinentaleuropagedanken, gegen den er sich in seiner Schrift *Der Pan-europawahn* (schon die unrichtige Terminologie ist bezeichnend) mit unförmlichen Gründen wandte. Aber er dachte doch über alles nach, und daher verbreitete er auch Gedanken. Sein Hauptwerk, das 1930 erschien, war ein Kampfbuch: *Die Schule — ein Frevel an der Jugend*; es sollte einen Teil eines umfassenden Werks über den Staat bilden, das »Gedanken und Materialien zur Erkenntnis und Überwindung der öffentlichrechtlichen Zwangsorganisation« geben wollte. Auf dieses Buch wird man vielleicht noch, in seinem Richtigen und in seinem Falschen, zurückgreifen. Vor einigen Jahren kam Borgius durch einen Verkehrsunfall zu Schaden. Er war körperlich nun behindert, geistig aber nahm er bis in die letzten Tage an allem, was geistig geschah, den regsten Anteil.

Bildungsarbeit Als im Dezember 1930 der um eine deutsch-französische Verständigung hoch verdiente Pariser Germanist Henri Lichtenberger das neue Deutsche Institut an der Sorbonne eröffnete, sagte er unter anderem: »Es schien uns, daß der zukünftige Deutschlehrer nicht nur eine solide wissenschaftliche Kenntnis der Sprache und der Literatur besitzen sondern auch über die deutsche Zivilisation im ganzen auf dem laufenden sein müßte. Es genügt nicht, daß er Philologe und Wissenschaftler sei. Wünschenswert wäre, daß er genaue Kenntnis der Geschichte, der Verfassungen, der politischen und wirtschaftlichen Organisationen, der philosophischen und religiösen, der literarischen und musikalischen Entwicklung Deutschlands erwerbe. Die Entstehung der deutschen Einheit zu kennen oder die Rolle Bismarcks oder die Weimarer Verfassung, sich mit Luther oder Schleiermacher, mit Kant oder Nietzsche, mit Dürer und den deutschen Domsen, mit Bach, Beethoven oder Wagner vertraut zu machen scheint uns, vom Standpunkt seiner innern Entwicklung und seiner berufsmäßigen Bildung aus, vielleicht nützlicher als sich in das genaueste Studium der literarischen und grammatikalischen Materie zu verlenken.« Lichtenberger wies dann darauf hin, daß bereits seit 30 Jahren den französischen

Germanisten, die die Agrégation, das zum Unterricht an Frankreichs Höheren Schulen erforderliche Examen, zu bestehen wünschen, dies weite, über den Sprachunterricht hinausgehende Studienziel gesteckt ist, und daß sich die darin zum Ausdruck gelangende Tendenz seitdem in Frankreich durchaus gefestigt hat. Auch in der Licence, einem zwischen der Reifeprüfung und der Agrégation liegenden Examen, wird von den Kandidaten die allgemeine Kenntnis der zeitgenössischen Einrichtungen Deutschlands verlangt, und am Deutschen Institut der Sorbonne selbst wird der Unterricht in deutscher Kulturkunde nunmehr durch einen besondern Lehrauftrag vermittelt.

Es wäre wünschenswert, daß auch bei der Ausbildung der Französischlehrer an den Höheren Lehranstalten in Deutschland, stärker als es bisher geschehen ist, der Blick auf die Gesamtheit der französischen Kultur, nicht nur auf ihre sprachliche und literarische Seite, gelenkt würde. An den entsprechenden Zielforderungen fehlt es bei uns zwar nicht. Aber die Praxis der Vorlesungen und Prüfungen wird noch viel zu sehr vom sprachlich-literarischen und viel zu wenig vom soziologischen Studienprinzip bestimmt. Besonders nach der wirtschaftlich-politischen Seite hin bedarf die deutsche Praxis noch der Ergänzung. Vor allem die Bücher des tiefdringenden Soziologen André Siegfried, dann Pierre Viénots *Incertitudes Allemandes* (deutsch unter dem Titel *Ungewisses Deutschland* /Frankfurt, Sozietätsverlag/) und Henri Lichtenbergers *Deutschland und Frankreich* /Leipzig, Ernst Oldenburg/ sollte jeder künftige Französischlehrer in Deutschland gelesen haben. Auch Otto Grautoffs neues Buch *Franzosen sehen Deutschland* /Leipzig, W. R. Lindner/ enthält eine solche Fülle von Material zum Verständnis des heutigen Frankreichs, daß man wünschen möchte, nicht nur jeder deutsche Lehrer, sondern jeder Deutsche hätte es gelesen. Während wir heute in Frankreich bei allen Gebildeten ein ernstes Bemühen finden das deutsche Volk zu verstehen, sind wir in den entsprechenden Schichten Deutschlands heute von einem Verständnis des französischen Volks, und nicht nur seiner Geistigkeit sondern auch seiner Lebensbedingungen, weiter entfernt als jemals zuvor. Eine Gießener Dissertation Karl Kübners behandelt englische Volksbildungsarbeit /Stuttgart, Silberburg/. Der Verfasser, der als Geschäftsführer der Volkshochschule Comburg bei Schwäbisch Hall in der deutschen Erwachsenenbildung steht,

hat das englische Arbeiterbildungswesen nicht nur als Beobachter sondern auch aus eigener Mitarbeit kennen gelernt und gelangt aus dieser praktischen Kenntnis, die von gründlicher theoretischer Beschäftigung mit der Sonderart des englischen Volksbildungswesens begleitet ist, zu Grundfätzen über das deutsche Volks- und Arbeiterbildungswesen, denen man im ganzen nur beistimmen kann.

Das deutsche Volksbildungswesen kann von dem englischen immer noch angeregt werden, wenn es auch verkehrt wäre ein System von ausgeprägter nationalkultureller Eigenart wie das englische auf Deutschland übertragen zu wollen. Das selbe gilt von der berühmten dänischen Volkshochschule in ihrer Beziehung zu dem deutschen Volksbildungswesen. Die theoretische und praktische Begründung dieses in jeder Beziehung nationalindividuellen Systems geht zurück auf Nikolaus Frederik Severin Grundtvig, der 1783 auf Südfeland in einer ieländischen Bauernpflanzfamilie geboren wurde und 1872 gestorben ist. In das Leben und die Gedankenwelt dieses großen nordischen Propheten und Volksführers führt eine von Johannes Tiedje eingeleitete und übersetzte 2bändige Ausgabe von Grundtvigs Schriften zur Volkserziehung und Volkheit /Jena, Eugen Diederichs/ vortrefflich ein. Auch aus der Beschäftigung mit dem Lebenswerk und Gedankenkreis Grundtvigs ergibt sich klar, wie sehr etwa für das heutige Deutschland, selbst für das bauerliche, die Voraussetzungen fehlen würden von analogen Grundlagen her deutsche Volkshochschulen nach Grundtvigs Vorbild begründen zu wollen. Dennoch kann, wer überhaupt aus der Beschäftigung mit dem Lebenswerk großer Gestalten und Bildner zu lernen versteht, wenigstens eines lernen, worauf es bei aller Volksbildung vor allem ankommt: das heilige Ergriffensein von den Notwendigkeiten, die die Stunde erfordert.

Frankreich und Deutschland Die von Auguste Gaucher und Auguste Rouquié zu

Sens gegründete *Ligue d'Etudes Germaniques*, deren Organ die in Angoulême erscheinende Zeitschrift *Se Connaitre* ist, dehnt ihren Wirkungskreis auch auf Deutschland aus. Diese in französischer Sprache geschriebene Zeitschrift will den französischen Mitgliedern durch objektive Berichte auf allen kulturellen Gebieten richtige Deutschlandkenntnis vermitteln und legt auch Wert darauf, daß man in Deutschland erfährt, wie Franzosen über Deutschland schreiben.

Eine Feriengesellschaft deutscher Studierender wurde Ende Juli 1931 im Rathaus zu Amiens feierlich empfangen. Ebenso weilten im August 20 deutsche Mädchen als Austauschgäste im Collège Roby in Cambrai, nachdem sie schon im Jahr vorher Französinnen bei sich in Deutschland zu Gast gehabt hatten. Weiter lebten deutsche und französische Schüler im letzten Sommer einen Monat lang in Feriengemeinschaft im Dominicusstift zu Hermsdorf in der Mark. Die französischen Gäste waren vor allem aus den französischen Grenzgebieten um Arras, Lille, Charleville, Cambrai und Douai gekommen. Auch französische Lehrer wirkten an diesem Aufenthalt mit.

Die französische Monatschrift *Esprit International* enthielt unter anderm einen Beitrag Maurice Pernots, des politischen Redakteurs des *Journal des Débats*, über das Thema Deutschland und Europa. Pernot erklärte, Deutschland habe sich zwar ernsthaft mit der Organisierung Europas beschäftigt, doch sei diese Beschäftigung vorwiegend tendenziös im Sinn einer von Deutschland erlrebten Hegemonie über das künftige Europa; eine künftige Zusammenarbeit der europäischen Staaten aber sei nur auf der Grundlage der Harmonie und des Gleichgewichts denkbar. Man darf sich über solche Meinungen bei französischen Intellektuellen nicht wundern, wenn auch auf deutscher Seite immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, die französische Politik könne sich ein künftiges Europa nicht anders vorstellen als auf der Grundlage einer politischen und kulturellen Hegemonie Frankreichs in Europa.

André François-Poncet, der am 15. September 1931 seinen Posten als französischer Botschafter in Berlin antrat, studierte, ehe er sich der Politik zuwandte, deutsche Sprache und Literatur. Aus diesen Studien ging unter anderm eine Arbeit über Goethes Wahlverwandtschaften hervor, die bei Félix Alcan in Paris erschien. Eine Zusammenfassung von Zeitungsartikeln, die er in der *Opinion* veröffentlicht hatte, ließ er ebenfalls noch in den Kriegsvorjahren als Buch, unter dem Titel *Was die deutsche Jugend denkt*, veröffentlichen. Während seiner Tätigkeit als Unterstaatssekretär veröffentlichte er ein Buch *Gedanken eines modernen Republikaners*, in dem er die Grundlage einer wirklich modernen, wirtschaftlich orientierten Politik zeichnete. Nach dem Krieg organisierte er für die großen Industrieverbände eine Auskunftsstelle, aus der im Lauf der Jahre ein wichtiges Zentrum wirtschaftlichen und poli-

tischen Lebens wurde. Im letzten Kabinett Tardieu wurde für ihn der Posten eines Staatssekretärs für die Nationalwirtschaft geschaffen, auf dem er auch durch Pierre Laval festgehalten wurde. Sein politisches Ziel Deutschland gegenüber beruht vorwiegend auf dem Gedanken der »coopération« zwischen dem industriell hochentwickelten, aber kapitalarmen Deutschland und dem durch seine gelungene Wirtschaftspraxis wieder finanzkräftigen Frankreich. Für das deutsch-französische Geistesleben hat Poncet die Bedeutung desjenigen Politikertypus, den die Stunde erfordert. Sobald die deutsche Staatsführung das Gebot dieser Stunde begreift, ist die Zeit solchen politischen Geistes in Europa da.

In einer von der Pariser Zeitschrift *Vu* herausgegebenen umfangreichen Sondernummer über Das Rätsel Deutschland sprach sich Hugo Eckener warm für eine deutsch-französische Verständigung aus. Ebenso führte Eckener in der Wiener Neuen Freien Presse aus, man sollte endlich erkennen, daß Deutschland und Frankreich als Teile eines größeren Ganzen weitgehend identische Interessen besitzen, und aus dieser Erkenntnis endlich die erforderlichen politischen Konsequenzen ziehen. Dagegen glaubte Gerhart Hauptmann bei einer Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten von Amerika den Senator William Edgar Borah belachen zu sollen, um vor ihm über die Politik Frankreichs zu klagen, über die er genau so sprach wie es jetzt in deutschen Bürgerkreisen üblich ist. Es ist schmerzlich dies von einem Gerhart Hauptmann feststellen zu müssen. Übrigens scheint Hauptmann nicht zu wissen, daß der von ihm als »Bismarck Amerikas« bewunderte Senator Borah ein Haupthindernis für die Bereinigung der deutsch-französischen Reparationsdifferenzen war. Der Fall bildet ein typisches Beispiel für die durchschnittliche politische Ahnungslosigkeit deutscher Geistiger noch so hohen Ranges. Wie klar erfaßte demgegenüber Edouard Dolléans, der Generalsekretär der Internationalen Handelskammer Paris, die Situation, wenn er aus Anlaß der deutschen Goethefeiern betonte, daß nach wie vor in der deutsch-französischen Zusammenarbeit die Grundlage für eine europäische Zusammenarbeit liegt, und daß engste wirtschaftliche Wechselbeziehungen von Deutschland und Frankreich für den Erdteil Europa gradezu Lebensnotwendigkeit sind, der »in sich uneinig und getrennt, dem Ansturm anderer, geeinigter und deshalb mächtiger Kontinente nicht widerstehen kann«.

Goethe 1932 Wenn man später einmal kritisch überprüfen wird, was das Goethegedächtnisjahr 1932 wirklich an guter Goetheliteratur hervorgebracht hat, wird die Bilanz wahrscheinlich ähnlich ausfallen wie diejenige, die sich schon heute ergibt, wenn wir noch einmal auf die sogenannte Weltkriegsliteratur Rückblick halten. Das heißt, man wird bei weitem das meiste als wertlos und überflüssig erkennen. Zu den Ausnahmen wird man jedoch ganz sicher Heinrich Hubert Houbens Schrift *Der polizeiwidrige Goethe* /Berlin, G. Grote/ rechnen. Es handelt sich in der Schrift nicht nur um diejenigen Beanstandungen, die Goethesche Werke zu Goethes Lebenszeit und nach seinem Tod bis zur Gegenwart immer wieder wegen einer als anstößig empfundenen Gesamttendenz oder wegen einzelner Stellen bei gekrönten Häuptern, Regierungen und staatlichen Verwaltungs-, Gerichts-, Polizei- und Zensurstellen erfahren haben, sondern auch um Goethes eigne Mitwirkung bei einschlägigen Verwaltungsmaßnahmen, Gesetzes- und Verordnungsentwürfen und dergleichen. In Anbetracht der Aktualität, die das Problem der Zensur gerade heute in Deutschland wieder erlangt hat, sollten alle, die Veranlassung haben über dieses Problem nachzudenken, das Andenken Goethes dadurch ehren, daß sie einmal die in diesem Buch mit philologischer Gründlichkeit und Nüchternheit zusammengetragenen Tatsachen unbefangen auf sich wirken lassen.

Einige Schriften über Goethe seien noch genannt, da ihre Autoren auch der Gegenwart etwas zu sagen haben.

Eine Fülle glücklicher Prägungen für das, was Goethe der Gegenwart bedeutet, findet Walther Linden in seiner kleinen Schrift *Goethe und die deutsche Gegenwart* /Berlin, Bong & Co./ »Goethe ist die lebendige und ewig gültige Überwindung der Formel, daß deutsch gleich romantisch, gleich bloßer Innerlichkeit sei.« An anderer Stelle drückt der Verfasser den selben Gedanken so aus: »Goethe ist Vorbild und Lebensbestätigung der auf sich selbst gestellten Persönlichkeit.« Und zwar ist diese Persönlichkeit im Sinn Goethes nie das zufällige Ich des einzelnen sondern der vom Zufälligen befreite Wesenskern des Menschen, der immer wieder in freier Selbstbändigung zu der göttlichen Idee, die er in sich trägt, zurückkehrt und so zwar vom Subjektiven ausgeht, ihm aber immer wieder die Forderung des Geletzhaften vor Augen hält.

Ein von Romain Rolland zum 100. Todestag Goethes geschriebener Aufsatz, der als Broschüre mit dem Titel *Stirb und Werde* erschien /Stuttgart, J. Engelhorn's Nachf./, betont die kämpferisch-dynamische Seite in Goethes Leben und Schaffen. »Hat man genug von feinem Glück gesprochen und von feiner olympischen Ruhe? Die Toren. Sie haben nie die Falte dieses vergrämten Mundes gesehen, nie diesen Nasenflügel, der feinen Überdruß verrät.« Goethes Werke werden so tragisches Abbild eines heroischen Kämpfers, gleichzeitig eines Schaffens, das »die Gottheit . . . im werdenden und sich verwechselnden, aber nicht im gewordenen und erstarrten« sieht.

Zu denjenigen Goethededenkbüchern des Jahres 1932, denen man möglichst weite Verbreitung und dauernde Wirkung wünschen muß, gehört auch Heinrich Wernekes Buch *Goethe für Alle* /Kehl, H. Werneke/. Dieser Pädagoge, der sich um die Kenntnis und Erkenntnis des französischen Geistes in Deutschland gar nicht genug zu schätzende Verdienste erworben hat, und dessen Schriften jeder für die deutsche Zukunft Arbeitende lesen und nach Kräften verbreiten sollte, gibt hier eine sehr reichhaltige, unter humanitär-volkserzieherischen Gesichtspunkten zusammengestellte Sammlung von Stücken aus Goethes Dichtung und Prosa, die schon die Jugend anregen kann sich mit Goethe richtig zu befaßen.

Die Goethemedailles des Reichs wurden von Reichspräsidenten an Edouard Herriot, Paul Valéry und André Gide verliehen. In Frankfurt wurde eine vom Frankfurter Bürgertum gestiftete Wilhelm-Meister-Schule ins Leben gerufen, die ihre Schüler im Geist der Pädagogischen Provinz Goethes erziehen soll; sie ist als ein Landerziehungsheim gedacht und soll von behördlicher Reglementierung möglichst freigehalten werden. Die Deutsch-Französische Gesellschaft, der Penklub und der Schutzverband Deutscher Schriftsteller richteten an den Vorsitzenden für Goethefeiern in Frankreich, Jean Comte de Pange, ein Dankschreiben, in dem die zahlreichen in Frankreich abgehaltenen Goethefeiern als Ausdruck des französischen Willens zum Verständnis und zur Würdigung des deutschen Geistes und gleichzeitig als kameradschaftliches Streben nach Erhaltung und Festigung der europäischen Kultur gewürdigt wurden.

Kurze Chronik Nach einer Statistik vom 1. April 1932 beträgt die Zahl der *Analphabeten* in den Vereinigten Staaten von Amerika

4,3 % der Bevölkerung über 10 Jahre. 1890 waren es noch 13,3 %. ◊ Unter den von der Deutschen Bücherei in Leipzig während des letzten Jahrs *häufigst ausgegebenen Büchern* (ausschließlich der Schönen Literatur) befanden sich Kerlchensteiners Begriff der Staatsbürgerlichen Erziehung, Poetzlich-Heffters Handkommentar der Reichsverfassung, Knickerbockers *Der rote Handel droht*, Hodanns und Istratis Bücher über das bolschewistische Rußland, ferner Bücher über Reparationen, Erziehung, Sport, Jugendbewegung, Methode des Lebenskampfs und Astrologie. ◊ Auf dem Internationalen Kongreß für Neue Erziehung in Nizza kündigte der jetzige französische Unterrichtsminister Anatole de Monzie den Plan der französischen Unterrichtsverwaltung an eine moderne *französische Enzyklopädie* herauszugeben. ◊ 50 *deutsche Hochschullehrer* setzten sich in einem öffentlichen Aufruf für den Nationalsozialismus ein. ◊ Als Nachfolger Sir Donald MacLeans, der kürzlich starb, wurde *Edward Frederick Lindley Wood Lord Irwin* englischer Unterrichtsminister; er hatte schon vor seiner Tätigkeit als Vizekönig in Indien den selben Posten in einem konservativen englischen Kabinett inne.

Literatur Unter dem Titel *Europäische Betrachtungen veröffentlichte die Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart in der Übertragung durch Ernst Robert Curtius eine Sammlung von Stücken, die André Gide aus seinen zwischen 1903 und 1931 verfaßten kritischen Schriften zusammenstellte. Ein großer Teil seiner Betrachtungen kreist um die Tatlace, daß die größten menschlichen Werke gleichzeitig diejenigen sind, in denen sich der menschliche Genius am Ipeziellsten offenbart. »Was ist«, ruft Gide an einer Stelle aus, »nationaler als Aischylos, Dante, Shakespeare, Cervantes, Molière, Goethe, Ibsen, Dostojewskij? . . . Man müßte endlich einsehen, daß . . . kein Kunstwerk eine universale Bedeutung hat, das nicht zunächst eine nationale Bedeutung besitzt . . . Kein europäisches Land kann hinfort auf einen wirklichen Fortschritt seiner eignen Kultur hoffen, wenn es sich isoliert, wenn es nicht auf die indirekte Mitarbeit der anderen Länder rechnen kann; ganz Europa vom politischen, ökonomischen, industriellen Standpunkt, kurz und gut, von welchem Standpunkt auch immer, ganz Europa eilt seinem Ruin entgegen, wenn jedes Land Europas darauf beharrt nur sein eignes Heil*

im Auge zu haben.« So ist auch Gide, der große französische Individualist, gleichzeitig ein Mahner zur Besinnung auf die geistigen Aufgaben, die allen Völkern Europas gemeinsam sind. Wie schön, klar und frei gedacht sind zum Beispiel folgende beiden Sätze aus dem kurzen, aber inhaltsschweren Kapitel Das klassische Ideal, in dem Gide sich mit den Prinzipien des Klassizismus und der Romantik auseinandersetzt: »Ich glaube nicht, daß das Problem des Klassizismus, das heute wieder aufgeworfen wird, anderswo als in Frankreich, der Heimat und dem letzten Zufluchtsort des Klassizismus, verstanden werden kann. Und dennoch kann man fragen, ob es selbst in Frankreich jemals größere Vertreter des Klassizismus gegeben hat als Raffael, Goethe oder Mozart.« Man denkt bei solchen Prägungen unwillkürlich daran, wie recht Paul Valéry hat, wenn er in seinem Aufsatz Idee von Paris (in dem von Alfred Wolfenstein herausgegebenen Sammelwerk *Hier schreibt Paris / Berlin, Internationale Bibliothek*) von Paris als einer »Hauptstadt des Werts und des Urteils« spricht. ◊ Wie weit wirken Berechtigungen heute unsozial? Um diese Frage zu beantworten, muß man untersuchen, ob und wie weit der Sinn der sogenannten Befähigungsnachweise durch überalterte Überlieferungen oder durch sinnlose Anwendung mechanischer Auslegungsgesetze heute in Unfinn umzuschlagen droht. Dazu ist aber vor allem Besinnung auf den Wert erforderlich, den die sogenannten Berechtigungen überhaupt haben. Von einer solchen Besinnung aus, die von einer kritischen Gesamtanalyse des modernen Berufs- und Kulturlebens ausgehen müßte, kann es nicht schwer sein die Grenze aufzuzeigen, jenseits deren das Berechtigungswesen seinen soziologischen Sinn überhaupt verliert. Von dem Bemühen diese Grenze zu finden ist die von Felix Behrend herausgegebene Sammelschrift *Vom Sinn und Unfinn des Berechtigungswesens* /Leipzig, Quelle & Meyer/ geleitet. Die Mitarbeiter der Schrift nähern sich dem Problem von den verschiedensten in Betracht kommenden Seiten her (Verwaltung, Schule, Elternschaft, Beamtenstand, Gewerkschaftswesen, allgemeine Berufskunde, Soziologie), und wenn sie auch keineswegs zu grundlegenden gemeinsamen Leitlinien gelangen, so leisten sie doch wertvolle und unumgängliche Vorarbeit für zusammenfassendere Bearbeitung und eine auf praktischer Verwertung soziologischer Einsicht beruhende Kulturpolitik.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Wladimir Lalarew

Weltbild Auf der 92. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte sprach Erwin Freundlich am 28. September über die heutige Auffassung von dem Aufbau des Weltgebäudes. Er führte unter anderem aus: Die in letzter Zeit gewonnenen Erkenntnisse haben uns überzeugt, daß wir kein einfaches einheitliches Bild unserer Welt konstruieren können. Es wäre ausichtslos, von unserer Lage im Milchstraßensystem aus, die Gesamtstruktur dieses Systems zu entwirren, wenn wir nicht die Möglichkeit hätten aus den Verteilungsgesetzen der zu unserm Milchstraßensystem nicht gehörenden Himmelskörper auf den Bau unseres Systems zu schließen. Es zeigt sich, daß im Weltraum Gebilde gleicher Struktur in ihren absoluten Ausmaßen nur wenig schwanken. Die kugelförmigen Sternhaufen sind durchweg Gebilde von nur etwa 300 Lichtjahren Durchmesser, die Spiralnebel solche von etwa 20 000 Lichtjahren, während unser Milchstraßensystem einen Durchmesser von etwa 200 000 Lichtjahren hat. Die Erforschung der uns umgebenden Spiralnebel weist darauf hin, daß wir noch eine andere Möglichkeit haben uns den Aufbau des Milchstraßensystems vorzustellen: Spiralnebel bleiben im allgemeinen nicht isoliert sondern haben das Bestreben größere Verbände zu bilden, in denen manchmal Tausende, manchmal nur einige wenige zu sogenannten übergalaktischen Systemen vereinigt sind. Diese übergalaktischen Systeme haben ähnlich dem Milchstraßensystem Vorzugsebenen der Verteilung, so daß sich als Ganzes ein abgeflachtes Gebilde ergibt, der Größe wie der Form nach mit unserm Milchstraßensystem vergleichbar. Die Auffassung von dem Aufbau unserer Sternwelt, die immer mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnt, ist die, daß unser Milchstraßensystem eine mehr oder minder lockere Ansammlung von Sternsystemen darstellt. Wir müssen uns dann allerdings mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Welt, in der wir leben, nicht einheitlich ist und nicht in einem Gleichgewichtszustand verbleibt. Dieser Eindruck des Unstetigen in der Struktur der Welt wird noch weiter vertieft, wenn wir die Bewegungsvorgänge (Expansion) in dem gesamten der Forschung zugänglichen Teil des Weltraums, einer Kugel mit einem Durchmesser von nahezu 100 Millionen Lichtjahren, uns vergegenwärtigen.

Atomzertrümmerung In einer Sitzung der Physikalischen Gesellschaft in Berlin berichtete Fritz Lange über die Erzeugung und Anwendung schneller Korpuskularstrahlen. Das Ziel der von Arno Braich, Fritz Lange und Carl Urban 1927 begonnenen Versuche war Vorrichtungen zur Erzeugung von Korpuskularstrahlen hoher Energie zu schaffen, um mit diesen die Atomzertrümmerung in größerem Maßstab, als es mit α -Strahlen möglich ist, auszuführen. (Sehr schnelle Kanalstrahlen von etwa 1 Milliampere Stromstärke sind nämlich einer kaum verfügbaren Menge Radium äquivalent.) Die Schwierigkeit bei der Lösung dieses Problems bestand vor allem in der Erzeugung der nötigen hohen Spannungen, da technische Anlagen hierfür damals noch nicht bestanden. Die Forscher nutzten daher in der ersten Zeit atmosphärische Gewitterfelder aus, in denen in 100 Meter freier Höhe eine Spannung von etwa 10 Millionen Volt zu erwarten ist. Zur Aufstellung der Auffangvorrichtung wurde eine bergige, gewitterreiche Gegend in dem Gebiet um Lugano gewählt. Zwischen 2 Gipfeln des Monte Generoso wurde die Anordnung errichtet, die die hohen Potentiale lieferte. (Urban kam bei diesen Versuchen auf dem Monte Generoso ums Leben). Man ging nun daran ein Entladungsrohr zu bauen, das so hohe Spannungen aushalten könnte. Zu diesem Zweck wurde ein Rohr durch abwechselndes Aufeinanderreichen von dünnen Metall- und Isolieringsscheiben in kondensatorartiger Form aufgebaut. Als Spannungsquelle dient zurzeit ein inzwischen gebauter Stoßgenerator, dem große Stromstärken bei Spannungen bis zu 2,5 Millionen Volt entnommen werden können. Intensive Wasserstoffkanalstrahlen und Kathodenstrahlen werden beim Durchgang der Entladung durch Wasserdampf erzeugt. Kathodenstrahlen von mehreren Millionen Volt Energie dürften in der Medizin eine wichtige Rolle spielen; ihre Reichweite ist so groß, daß sie in das Innere des Körpers eindringen und somit Tiefenwirkung ausüben. Eingehende Untersuchungen über die physiologische Wirkung dieser Strahlen sind zurzeit noch im Gang. Die schnellen Kanalstrahlen wurden bereits zu Atomzertrümmerungsversuchen benutzt. Es gelang außer den leichteren Elementen Lithium, Beryllium, Bor, Natrium und Aluminium auch schwere Atome wie etwa Blei zu zertrümmern. Eine Apparatur für Spannungen bis zu 7 Millionen Volt befindet sich im Bau.

Hormonkonstitution Formeltypen für die chemische Konstitution der Sexualhormone waren Gegenstand einer Sitzung der British Medical Association. Von den bisher entdeckten Sexualhormonen wurden 2 in kristallifizierter Form gewonnen; das Follikelhormon der Frau und das Testikelhormon des Mannes. Das *Follikelhormon* ist in reinem Zustand durch 2 physiologische Merkmalsgruppen charakterisiert: Im Tierreich entfaltet es die Eigenschaften eines "weiblichen Sexualhormons"; im Pflanzenreich beschleunigt es die Ausbildung der vorhandenen Blüten- und Fruchtanlagen. Die nähere Untersuchung der Follikelhormonkristallitate hat zu der Erkenntnis geführt, daß es eine ganze Reihe von verschiedenen Substanzen gibt, die die physiologischen Eigenschaften des Follikelhormons haben, alle zu der selben Stoffklasse gehören und sich hauptsächlich durch den Grad ihrer physiologischen Aktivität von einander unterscheiden. Aus dem optischen Verhalten des Follikelhormons, dem Charakter seiner 3 Doppelbindungen und der lauren Hydroxylgruppe, die in ihm enthalten ist, ist zu folgern, daß die 3 Doppelbindungen sich in einem Benzolring befinden, der die Hydroxylgruppe trägt; das dem Hormon zugrunde liegende Vierlingsystem enthält demnach einen Benzolring und 3 gesättigte Ringe. Das *Testikelhormon* ist so schwer darstellbar, daß bisher erst insgesamt 25 Milligramm zugänglich wurden. Das Kristallit zeigt in seinen Eigenschaften enge Beziehungen zum Follikelhormon; es ist ebenfalls ein Oxyketon, besitzt aber gesättigten Charakter und demzufolge keine lauren Eigenschaften. Ein naher Zusammenhang der beiden Hormone mit Sterinen und Gallensäuren ist wahrscheinlich; sie lassen sich als deren Oxydationsprodukte unter Abbau der Seitenkette und Aromatisierung eines Kerns unter Abspaltung einer Methylgruppe auffassen.

Veranstaltungen Vom 5. bis zum 12. Juli fand in Paris ein *Internationaler Elektrizitätskongreß* statt. Er gab ein umfassendes Bild der gegenwärtigen Kenntnisse auf diesem Gebiet. Es sprachen unter anderen Robert Andrews Millikan über neuere Ergebnisse der Höhenstrahlungsforschung und Irving Langmuir über die Erscheinungen der Gasentladung. Der *2. Internationale Lichtforschungskongreß*, der vom 18. bis zum 20. September in Kopenhagen tagte, galt 3 Hauptthemen: Einfluß des Lichtbads auf die

Tuberkulose, Organisation der helioklimatischen Forschung, Rolle des Pigments in der Lichtbiologie. Niels Bohr hielt dort einen Vortrag über die Beziehungen zwischen Licht und Leben.

Vom 20. bis zum 24. September wurde der 8. *Deutsche Physiker- und Mathematikertag* in Nauheim abgehalten, mit den Hauptthemen: Magnetismus, Elektrophysik der hohen Atmosphäre, Gasentladungen. Am letzten Tag dieses Kongresses wurde dort, in Gegenwart Max Plancks, die Planckmedaille an Max von Laue verliehen. Diese höchste Auszeichnung erhielten bisher nur Albert Einstein, Niels Bohr und Arnold Sommerfeld.

Die 92. Versammlung der *Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte* fand vom 25. bis zum 29. September gleichzeitig in Wiesbaden und Mainz statt. Die Hauptthemen waren Aufbau des Weltgebäudes, Entwicklung der Persönlichkeit, Kristallchemie, Sexualhormone.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften** Die 4 Aufsätze Niels Bohrs, die unter dem Titel *Atomtheorie und Naturbeschreibung* erschienen (Berlin, Julius Springer), kann man zu den wichtigsten Dokumenten der grundsätzlichen Entwicklung der *Quantentheorie* zählen. Der 1. Aufsatz ist der Sachlage vor der Entwicklung der Wellenmechanik gewidmet. Der 2. Aufsatz betont die entscheidende Rolle jener quantenphysikalischen Irrationalitäten, wie sie etwa in den Heisenbergschen Ungenauigkeitsrelationen ihren Ausdruck fanden. Im 3. Aufsatz wird auf die philosophisch bedeutungsvolle Schwierigkeit der Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt im Prozeß der quantenphysikalischen Beobachtung hingewiesen. Der 4. Aufsatz gibt eine Zusammenfassung des Gesamtbilds der Quantenphysik und ihrer Philosophie. Bohr deutet hier unter anderem an, daß sich von den prinzipiellen Errungenschaften der Quantentheorie aus bemerkenswerte Ausblicke auf die Fragen der Biologie ergeben. Die bei einer möglichst genauen Beobachtung des innern Zustands eines lebenden Organismus eintretende Abtötung sei nicht eine zufällige Nebenwirkung grober Untersuchungsinstrumente sondern stelle eine ebenso grundsätzliche naturgemäße Notwendigkeit dar wie der mit jeder Beobachtung im atomaren Gebiet verknüpfte störende Eingriff in das untersuchte System. Die Gedankengänge Bohrs, von ertauunlicher Prägnanz und Schönheit, werden dem Leser erst dann zugänglich, wenn er sich mit dem eigentümlichen Stil der Darstellung befreundet hat.

Kurze Chronik Bei Ballonmessungen mit selbstregistrierenden Apparaten gelang es Erich Regener /Stuttgart/ den Intensitätsverlauf der *kosmischen Strahlung* bis zu 28 Kilometer Höhe zu verfolgen. Bei dem Ballonaufstieg am 10. August erreichte André Piccard in Begleitung Max Cofyns eine Höhe von 16 500 Meter. Es wurden zweierlei Beobachtungen angestellt: 1. über die Abhängigkeit der Strahlungsintensität von der Höhe und 2. über die Richtungsverteilung der kosmischen Strahlung. Die Ergebnisse der Intensitätsmessungen in verschiedenen Höhen stimmen mit denen Regeners überein: Die Strahlungsintensität wächst zunächst mit der Höhe rasch an, dann immer langsamer und nähert sich schließlich einem maximalen Endwert. Bisher glaubte man auf Grund der Messungen an der Erdoberfläche, daß die Ultrastrahlung vorwiegend senkrecht von oben her auftritt, also eine bevorzugte Richtung hat. Im Gegensatz dazu fand jetzt Piccard, daß in großen Höhen die kosmische Strahlung eine gleichförmige Richtungsverteilung hat. Beide Ergebnisse sind von großer Wichtigkeit für die Entstehungstheorie der kosmischen Strahlung. \diamond Der Danziger Professor *Hans von Wartenberg* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl der Anorganischen Chemie an die Universität Göttingen, als Nachfolger Richard Zsigmondys. \diamond Der Ordinarius für Experimentalphysik an der Universität Gießen *Walther Bothe* übernahm den Lehrstuhl Philipp Lenards an der Universität Heidelberg. \diamond An der Universität Gießen erhielt *Christian Gerthlen* das Ordinariat für Experimentalphysik. \diamond Der Abteilungsleiter der I. G. Farbenindustrie und Extraordinarius an der Technischen Hochschule Karlsruhe *Hermann Mark* wurde Ordinarius für Physikalische Chemie an der Universität Wien. \diamond Es *habilitierten* sich Hans Joachim Schumacher für Chemie an der Universität Berlin, Ferdinand Reiff für Chemie in Marburg, Rudolf Hilfch für Physik in Göttingen, Robert Döpel für Physik in Würzburg, Albert Fernau für Physik und Chemie des Radiums in Wien, Carl Kröger für Chemie und Otto Rellesmann für Geophysik an der Technischen Hochschule Breslau. \diamond Am 11. Juni vollendete *Carl von Linde*, der als erster die Ammoniakältemaschine durchgebildet und ein Verfahren zur Gewinnung flüssiger Luft ausgearbeitet hat, sein 90. Lebensjahr (siehe über die Persönlichkeit des Forschers auch die Rundschau Technik, in diesem Band Seite 975).

Rechtswillenschaft / Karl Steinhoff

Kollektives Arbeitsrecht In einer Zeit, da infolge

der in Deutschland bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine vielfache Umwertung des bisherigen Rechtszustands auf den verschiedenen Gebieten gefordert, angebahnt oder durchgeführt wird, erscheint es nicht überflüssig auf eine Einrichtung hinzuweisen, die in allen Stürmen der Zeit nicht nur erhalten bleiben muß, sondern die noch gefestigt werden sollte: das kollektive Arbeitsrecht. Dieses ist nicht erst nach der Staatsumwälzung entdeckt worden. Es war bereits weit in der Vorkriegszeit zunächst Forderung der Gewerkschaften, bis es während des Kriegs im Hilfsdienstgesetz prinzipiell anerkannt wurde. Der entscheidende Schritt zur Legalisierung des kollektiven Arbeitsrechts wurde dann in der Nachkriegszeit getan.

Das kollektive Arbeitsrecht steht im Gegensatz zum individuellen Arbeitsrecht. Dieses beherrschte die gesamte Vorkriegszeit und war nichts als das Korrelat der liberalen Wirtschaftstheorie in der Nationalökonomie. Das kollektive Arbeitsrecht basiert demgegenüber auf dem Gedanken, daß mit der Zusammenballung der Produktivkräfte auch das Arbeitsrecht für große Zweige einheitlich geregelt und zusammengefaßt werden müßte. Der einzelne Unternehmer und der einzelne Arbeiter traten demzufolge in den Hintergrund zugunsten ihrer kollektiven Vertretungen: der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften. Und der Staat griff sichernd und bestimmend in das im übrigen den beiden Vertragsparteien jeweils überlassene arbeitsrechtliche Verhandlungsgebiet ein.

Dem kollektiven Arbeitsrecht erging es in seinen mannigfaltigen Erscheinungsformen, wie dem Betriebsräterecht, dem Tarifvertragsrecht, dem Schlichtungswesen und so weiter, zunächst ähnlich wie allen neuen Rechtsinstituten, die gegen starke Widerstände ins Leben traten. Aber nichts beweist besser die auf einfache wirtschaftliche Notwendigkeit gegründete Rechtsbeständigkeit der Idee, als daß heute das Prinzip des kollektiven Arbeitsrechts ernsthaft von keiner verantwortlichen Seite mehr angefochten wird. Der Kampf geht lediglich um die Modalitäten. Es darf bei dieser Gelegenheit als das große Verdienst der Gewerkschaften festgestellt werden dieses für den Aufbau und die Entwicklung der Wirtschaft und des Staates grundlegende Prinzip, wenigstens in Deutschland, zu-

erst anerkannt und durchgesetzt zu haben. (In Frankreich war dieser Gedanke schon vorher konzipiert worden.) Wer heute an die Stelle des kollektiven Arbeitsrechts die alten gesetzlichen Bestimmungen der Vorkriegszeit zu setzen versuchen würde, müßte ein ebenso großer Tor genannt werden wie jemand, der die neuen Maschinen durch die alten ersetzen wollte. Die Dynamik der Zeit drängt auf allen Gebieten zur Kollektivität, und auch das Rechtsleben muß auf diesem Weg weiterstreben. Darum ist es besonders dankenswert, daß, abgesehen auch vom gegenwärtigen politischen Zeitpunkt, die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds in Berlin die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts, unter dem Titel Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht, von Clemens Nörpel und Kurt Gusko erneut in lebendiger klarer Darstellung der entscheidenden Grundfragen bearbeitet, herausgebracht hat. Hier findet der Leser vor allem auseinandergesetzt, daß es sich beim kollektiven Arbeitsrecht nicht nur um eine Angelegenheit der Arbeiter handelt, wiewohl es natürlich für sie einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeutet, sondern um eine Angelegenheit der gesamten Wirtschaft. Das kollektive Arbeitsrecht schafft und erhöht die Verantwortung beider in der kapitalistischen Wirtschaft den Produktionsprozeß tragenden Faktoren, der Unternehmer und der Arbeiter. Daher ist auch die wirtschaftspolitische und allgemeinvolkswirtschaftliche Erziehungsarbeit des kollektiven Arbeitsrechts nicht gering zu schätzen.

Um zur vollen Auswirkung zu kommen, darf das kollektive Arbeitsrecht allerdings nicht für sich bestehen bleiben; aus ihm heraus und über es hinaus muß sich ein kollektives Wirtschaftssystem entwickeln, das heute in Deutschland nur in Ansätzen oder im Torso enthalten ist. Dazu wird vor allem erforderlich sein, daß die Gewerkschaften das Verstandnis für diese Fragen immer wieder in die Massen der Arbeiter hineinragen.

Veranstaltungen Der im Haag vom 28. bis zum 31. Juli abgehaltene Kongreß der *Union Internationale des Avocats* beschäftigte sich mit der Ausbildung junger Anwälte und Referendare und deren Austausch zwecks ausländischen Rechtsstudiums.

Am 2. August wurde im Haag der *Internationale Kongreß für Vergleichendes Recht* eröffnet. 200 Berichte waren ihm zur Erörterung vorgelegt.

In Oxford hielt die *International Law Association* im August ihre 37. Konferenz ab. Besonders behandelt wurden Fragen aus der Ehe- und Scheidungsgesetzgebung. Es wurde allen Staaten empfohlen die Scheidungsurteile anderer Staaten anzuerkennen, soweit es sich nicht, wie in manchen Teilen der Vereinigten Staaten von Amerika, um offensichtliche Täuschungen handle.

Im Verlauf der Mitte September in Frankfurt abgehaltenen Tagung der *Internationalen Kriminalistischen Vereinigung* wurde eine Verständigung zwischen den deutschen und den französischen Kriminalisten im Interesse einer internationalen Bekämpfung des Verbrechertums erzielt. Damit ist auf einem wichtigen Gebiet der seit Jahren abgerissene Faden zwischen deutschen und französischen Strafrechtslehrern wieder angeknüpft. Hoffentlich trägt diese Übereinkunft dazu bei die geistigen Kräfte zur deutsch-französischen Zusammenarbeit auch weiterhin zu mobilisieren.

Informationsmittel

Im Verlag J. Schweitzer in München erschien ein ausgezeichnetes Handkommentar zur *Verfassung des Deutschen Reichs* von Ludwig Gebhard. Die Erläuterungen geben ein anschauliches Bild von der inneren Dynamik der Verfassungsbestimmungen. Das Werk, das bis auf den neuesten Stand gebracht ist, bedeutet eine wichtige Bereicherung der einschlägigen Literatur und wirkt auch da anregend, wo man mit den Ansichten des Verfassers nicht übereinstimmen kann. In der Teubnerischen Sammlung *Aus Natur- und Geisteswelt* kam in 2. Auflage Ottmar Bühlers Kommentar zur Reichsverfassung heraus. Der Vorzug des handlichen Kommentars beruht auf der engen Verbindung von Theorie mit praktischer Auswirkung der Verfassungsnormen.

Der klassische Kommentar zum *Betriebsrätegesetz* von Georg Flatow und Otto Kahn-Freund erschien in 13. Auflage /Berlin, Julius Springer/. Willenchaft und Praxis werden diesen auf den neuesten Stand gebrachten Kommentar, der seltene juristische Schärfe mit einfacher klarer Formulierung verbindet, und der alle Zweifelsfragen aufwirft und beantwortet, nicht entbehren können.

Totenliste

Am 2. März starb in Washington der berühmte amerikanische Völkerrechtler *David Jayne Hill*, 81 Jahre alt. Auf der 2. Friedenskonferenz im Jahr 1907 war er im Haag Friedensdelegierter,

1908 bis 1911 in Berlin Botschafter der Vereinigten Staaten, dann, bis vor wenigen Jahren, der 2. Präsident des Haager Schiedsgerichts. Im Jahr 1922 erklärte er (und dieses Urteil erregte damals großes Aufsehen), der Völkerbund sei »nur eine Liga, niemals aber eine Gesellschaft der Nationen«.

Am 10. März starb in Köln *Fritz Stier-Somlo*, im Alter von 59 Jahren. Er war einer der angeesehensten Lehrer des Öffentlichen Rechts in Deutschland, seine wichtigsten Arbeiten waren der Kommentierung der preußischen und der Reichsverfassung gewidmet.

Während einer Studienreise nach Paris erteilte den ordentlichen Professor der Rechte an der Universität Göttingen *Helmut Rühl* am 5. April in Paris der Tod. Er hatte das 28. Lebensjahr noch nicht vollendet und galt allgemein als einer der bedeutendsten Vertreter der modernen Richtung im Zivilrecht.

In München starb am 18. Mai der Strafrechtler *Ernst von Beling*, im Alter von 66 Jahren. Er gehörte der klassischen Richtung der Strafrechtswissenschaft an. Von seinen Hauptwerken seien die Grundzüge des Strafrechts /1899/ und die Lehre vom Verbrechen /1906/ hier besonders hervorgehoben.

Am 8. August starb in Kiel der Ordinarius für Zivil- und Strafprozessrecht *Georg Kleinfeller*, 75 Jahre alt. Bekannt ist vor allem sein Lehrbuch des deutschen Zivilprozessrechts /1905/.

In Athen starb im August der Professor des Römischen Rechts an der Universität *Dimitrios Pappulias*, im Alter von 54 Jahren. Er hat eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten veröffentlicht, die auch in anderen Ländern beachtet wurden. Er gehörte der Regierungskommission zur Abfassung des griechischen Bürgerlichen Gesetzbuchs an, für das er den Abschnitt über die Ehe ausarbeitete.

Im September starb *Paul Heilborn*, ordentlicher Professor für Öffentliches Recht an der Universität Breslau, in seinem 72. Lebensjahr. Seine wissenschaftliche Stärke lag in der Systematik.

Im Bad Liebenstein starb am 22. September *Rudolf von Seckendorff*, 88 Jahre alt. Er war von 1905 bis 1920 Präsident des Reichsgerichts. Er leitete die Plenarsitzung des Reichsgerichts, in der die staatliche Anerkennung der Deutschen Republik ausgesprochen wurde; dadurch war die juristische Grundlage für die gesetzgebende Tätigkeit der Volksbeauftragten vom November 1918 geschaffen. Im persönlichen Umgang war Seckendorff von liebenswürdigster Menschlichkeit.

Kurze Chronik Das Pariser Völkerbundsamt für Geiftige Zusammenarbeit beriet Anfang Juni über Autorenrecht bei *Rundfunkübertragungen*, Autorenerbenrecht in diesen Fällen sowie die Autorenrechte der Willenschafter. ◊ Durch preußische Verordnung wurden im Zusammenhang mit der kleinen Verwaltungsreform auch 60 *preußische Amtsgerichte* aufgehoben. Die betroffenen Richter und Beamten werden anderweitig untergebracht. Den Anwälten soll die Möglichkeit gegeben werden auf Antrag an ihrem Ort wohnen zu bleiben. ◊ Ein Antrag im Preußischen Landtag auf Herauffetzung des *Wahlalters* von 20 auf 25 Jahre mußte der Ablehnung verfallen, weil die Herauffetzung des Wahlalters nur nach entsprechender Änderung der Reichsverfassung möglich ist. ◊ Der Frankfurter Professor *Karl Strupp* wurde an die Universität Prag als Lehrer für Völkerrecht berufen. ◊ In Münster erhielt *Michael von Taube* eine Honorarprofessur für Völkerrecht. Er war früher Völkerrechtslehrer an der Universität Petersburg, wurde dort 1907 Vortragender Rat im Außenministerium und von 1911 bis 1915 Staatssekretär im Unterrichtsministerium. Nach der Revolution war er ausgewandert und hatte zahlreiche Gastvorlesungen in verschiedenen Ländern über modernes Völkerrecht abgehalten. ◊ Der aus seiner Heimat Südtirol ausgewiesene Professor *Eduard Reut-Nicolussi*, bekannt durch sein Buch über die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol (siehe die Rundschau Nationale Bewegung, 1928 II Seite 1110), erhielt die Lehrberechtigung für Völkerrecht an der Universität Innsbruck. ◊ Es *habilitierten* sich Ludwig Schnorr von Carolsfeld für Römisches Recht an der Universität München, Rolf Dietz für Bürgerliches, Handels- und Arbeitsrecht an der Universität Köln, Wolfgang Siebert für Bürgerliches Recht an der Universität Halle.

Literatur

Unter dem Titel Das Verbrechen gibt *Robert Heymann* mit verbindendem Text eine reich illustrierte Sittengeschichte menschlicher Entartung heraus /Leipzig, Kulturwissenschaftliche Verlagsgesellschaft Lykeion/. Der 1. Band (Sexualverbrecher) behandelt alle Gebiete sexueller Abnormitäten unter Benutzung reichhaltigen Materials. Vielleicht hätten die einzelnen Tatbestände noch eingehender gewürdigt werden sollen, unter Verzicht auf die eine oder andere bildliche Darstellung. Im ganzen gibt das Werk aber

einen so erschütternden Einblick in den Abgrund anormaler Triebkräfte, daß es seinen abschreckenden Eindruck nicht verfehlen wird. ◊ In den Hamburgischen Schriften zur gesamten Strafrechtswissenschaft /Hamburg, W. Gente/ ist als neuer Beitrag zu einer alten Frage die Grenze von Vorsatz und Fahrlässigkeit von *Hans Großmann* in eingehender Darstellung unter Heranziehung umfangreichen Materials erörtert. Das Heft dient zweifellos zur weitem Klärung der schwierigen Begriffe des Strafrechts. ◊ Unter dem Titel Der Rechtsbrecher im Lichte der Erziehung /Weimar, Hermann Böhlau Nachfolger/ unterfucht *Hanns Finke* die geltenden Bestimmungen über den modernen Strafvollzug. Seine mit großer Gründlichkeit angestellten kritischen Betrachtungen sind vielfach erwägens-, mindestens nachdenkenswert. Insbesondere, was er über Wesen und Wirkung des Strafvollzugs in Stufen sagt, ist äußerst beachtlich, da es in der Praxis beobachtet ist. Die von ihm gemachten Besserungsvorschläge scheinen im allgemeinen zu theoretisch. Der wichtigste Punkt, aus dem das Übel zu kurieren ist, ist allerdings richtig erkannt: die Heranbildung geeigneter Persönlichkeiten für den Strafvollzugsdienst. Aber jeder weiß, wie schwer es ist den richtigen Menschen an die richtige Stelle zu bringen. ◊ Eine Abhandlung Juristische Studienreform veröffentlichte *Gerhard Lassar* als »Beitrag zum Bildungsproblem der Gegenwart« /Berlin, Carl Heymann/. Sie behandelt im Anschluß an den bekannten Reformvorschlag des Kultusministeriums, der zu weitgehenden Meinungsverschiedenheiten in der Fachöffentlichkeit geführt hat, die verschiedenen erörterten Vorschläge und versucht selbst eine zweckmäßige Lösung zu finden. Das knapp und anregend geschriebene Büchlein klärt die Probleme und zeigt die entscheidenden Gesichtspunkte auf. ◊ Der Berliner Verteidiger *Max Alsberg* schrieb im Verein mit Otto Ernst Hesse ein Bühnenstück Voruntersuchung /Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Co./, Das Stück, das berechtigtes Aufsehen erregt hat, enthält eine einzige Anklage gegen das geltende Recht der Voruntersuchung, das den Untersuchungsrichter zum unbeschränkten Herrn über den Angeschuldigten macht und ohne Rücksicht auf die entlastenden Momente eine Kombination verfolgt, die die Schuld des Verdächtigen einwandfrei zu beweisen scheint. Es ist ein Tendenzstück im besten Sinn des Worts und wird seinen Eindruck auf die Öffentlichkeit nicht ver-

fehlt haben. Es herrscht Einigkeit darüber, daß das Verfahren der Voruntersuchung im hohen Maß reformbedürftig ist. Nur über die Wege gehen die Meinungen auseinander. Bei der Dringlichkeit der Aufgabe ist zu wünschen, daß die gesetzgeberische Änderung bald herbeigeführt wird. \diamond Ein Justizroman *Ernst Ottwalds* Denn sie wissen, was sie tun /Berlin, Malikverlag/ gibt unter Verwertung dokumentarischen Materials pointierte Schilderungen des innern Betriebs der deutschen Rechtspflege, die mit großem Interesse, wenn auch nicht immer ohne Kritik, zu lesen sind. Es ist jedenfalls ein bedeutendes Werk, das den Gegenstand mit einer hervorragenden Gestaltungskraft erhellt. Und das ist in Deutschland heute noch nötiger als es schon immer war. \diamond Maria und der Paragraph nennt *Franz Krey* seinen Roman um den § 218 /Berlin, Internationaler Arbeiterverlag/. Er wird zur Aufklärung im Kampf um den § 218 das feine beitragen. \diamond Unter dem Titel *Der Untersuchungsrichter und der Prozeß der Lotte Grell* /Dresden, Carl Reißner/ gibt *Otto Rudorff* den Lebensroman eines Juristen. Das Buch, das von einem hohen Richter verfaßt ist, behandelt aus immer spürbarer Erlebnisnähe in guter Form die Problematik des Richtertums. Es gibt allerdings ein Bild von dem geistigen Niveau dieser Gesellschaftsschicht, das für unsere offiziellen Gebildeten nicht schmeichelhaft ist; um so weniger, als der Verfasser sich dieser Tatsache offenbar gar nicht bewußt ist. \diamond Unter dem Titel *Justiz* brachte der Verlag E. Laub in Berlin Erlebnisse *Ernst Tollers* heraus. In dem Buch schildert Toller teils seine teils anderer Erlebnisse. Die Schilderungen sind eine harte Anklage gegen einen Ausschnitt des Systems Justiz. \diamond In seinem Prager Pitaval /Berlin, Erich Reiß/ schildert *Egon Erwin Kisch* sozusagen alte klassische Justizfälle aus Böhmen. Die Lektüre ist, abgesehen von ihrem kriminalpolitischen Bildungsziel, äußerst anregend und interessant; sie zwingt den Leser den Fällen nachzugehen und über ihren soziokulturellen Hintergrund nachzudenken. \diamond Das Fakultätsgutachten im Fall Halsmann behandelt eine Kritik *Wilhelm Gutmanns*, mit einer Meinungsäußerung *Eugen Bleulers* /Berlin, Dreimaskenverlag/. Die Kritik des Gutachtens setzt vor allem bei den Mängeln im charakterologischen Teil ein und führt den Nachweis, daß die Schlüssigkeit des Gutachtens anfechtbar ist, womit dem Urteil die Grundlage entzogen werden soll.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Slevogt †

Am 20. September starb auf seinem Landgut Neucastel bei Landau Max Slevogt, im Alter von fast 64 Jahren. Die deutsche Gegenwart verlor einen Künstler, der der impressionistischen Kunstauffassung eine ganz eigentümliche Darstellungsform abzugewinnen vermochte. Er hinterläßt ein umfangreiches Lebenswerk, das den Maler je nach den Aufgaben nicht immer von gleicher Gestaltungshöhe, den Zeichner, Graphiker und Illustrator als eine über unausgeschöpfliche Phantasieeinfälle verfügende Künstlernatur erkennen läßt. Slevogt stammte aus Niederbayern. In jungen Jahren schwankte er, ob er Musiker oder Maler werden sollte. Er entschied sich für die Malerei, doch weist sein Schaffen immerwährend auch ein spezifisch musikalisches Element auf. Seine erste Ausbildung genoß er 1884 bis 1889 an der Münchener Akademie unter Wilhelm von Diez. Um dem altmeisterlichen Gebaren der Münchener Schule zu entrichten, ging er 1889 nach Paris, ohne mit den führenden französischen Impressionisten in Berührung zu kommen. Nach seiner Rückkehr erregt er 1895 in München mit seinem Danaegemälde einen Skandal, er siedelt nach Frankfurt und schließlich 1901 auf Veranlassung Max Liebermanns nach Berlin über. Berlin wurde seine Wahlheimat, in der Sezession entfaltete er seine besonderen Gaben. Seine frühen Gemälde lassen kaum den ausgesprochenen Impressionisten erkennen. Als ihm schon längst Mozart ein musikalisches Äquivalent bedeutete, und er mit den verschiedenen Darstellungen des (einzigen) Don Juan Francesco d'Andrades seinen Empfindungen bildkünstlerisch autonomen Ausdruck zu geben begann, ging er nur sehr vorsichtig und behutsam an die impressionistische Hellmalerei heran. Mit den d'Andradebildern, die ihn berühmt machten, offenbarte er seine eigene Art, die zuerst in anderen Porträts und in großen Kompositionen nicht immer deutlich wird; nämlich malerisch vibrierend und zugleich metallisch gefestigt, delikates und glutvoll zu sein. Es folgen deshalb Jahre fast ausschließlicher zeichnerischer und graphischer Tätigkeit, die nun erst den unmittelbar musikalisch beschwingten Künstler heraufkommen läßt. Es sind die Radierungen zur Partitur der Zauberflöte, die Rubezahlzeichnungen, die Lithographien zum Ledertrumpf, die vielen Folgen unerschöpflichen Fa-

bulierens. Als seine Malerei wieder breiter einsetzt, ist die große Einheit des Märchenerzählers und Wirklichkeitmalers da. Zeugnisse sind die frappierenden Gemälde von der ägyptischen Reise, manche Landschaft aus der Pfalz, nicht wenige Stillleben und selbst einige auf kleines Format beschränkte Porträts. Sogar die Historienmalerei vermochte er zu verlebendigen, mit seinem Vermögen die Dinge und Erscheinungen real zu sehen und sie ohne grundsätzliche Stilabsicht während des Darstellungsprozesses mit glücklicher Pinselführung zu einem natürlichen Phantasiegebilde auszuklären. Zuletzt schuf er ein großes Wandgemälde für die protestantische Kirche in Ludwigs-hafen. Vorher betonte er, daß diese Arbeit die Krönung seines Schaffens bedeuten würde. Er vermochte unter Aufbietung aller seiner Kräfte dieses Abschlußwerk grade noch fertigzustellen.

Orlik † Seinem Freund Slevogt, der von ihm und von dem er fast unabtrennbar schien, folgte nach einer Woche, am 28. September, Emil Orlik in Berlin, im Alter von 62 Jahren. Orliks große Bedeutung besteht darin, daß er durch sein eignes Schaffen zahlreichen neuen künstlerischen und handwerklichen Möglichkeiten die Wege geebnet hat. Er wurde in Prag geboren, wirkte seit 1905 als Lehrer an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums in Berlin. Nach seiner Ausbildung in München wandte er sich frühzeitig schon dem Studium des japanischen Holzschnitts zu, um seine eigne graphische Anschauung zu klären und zu vervollkommen. Durch 2 Studienreisen nach Japan, die er auch schriftstellerisch beschrieben hat, vertiefte er noch seine handwerklichen Kenntnisse. Von dieser Grundlage aus hat er sich in allen graphischen und malerischen Techniken betätigt. Er war der geborene Improvisator. Von ihm stammen zahlreiche Bildniszeichnungen und -radierungen zeitgenössischer Persönlichkeiten und Gelegenheitsblätter von seinen vielen Reisen. Auch auf dem Gebiet der Gebrauchsgraphik, der Buchkunst, der Theaterdekoration und selbst mit radierten Kopien von Meisterwerken der Malerei hat er in seiner einfach-sichern, durchweg das handwerkliche Können beweisenden Art Gültiges geschaffen.

Sakrale Kunst Beim Katholikentag dieses Jahres fand im Folkwangmuseum in Essen eine Ausstellung Religiöse Kunst der Gegenwart statt. Mit ungewöhnlicher Deutlichkeit

konnte gezeigt werden, wie stark und neuschöpferisch das künstlerische Schaffen unserer Zeit mit religiösem Empfinden verknüpft ist. Ohne konfessionelle Enge wurden alle gleichwie repräsentativen Werke und auch nicht wenige problematische Arbeiten unserer Zeit ausgestellt, die entweder eine religiöse Wirkung schlechthin erstreben oder aber aus den Bedürfnissen des Kultus entsprungen sind. In diesen Arbeiten schon zeigt sich der gute Einfluß zweckdienlicher Klarheit. Die Zweckbestimmung wird hier nicht übersteigert sondern dient nur dazu eine Grenzlinie für formale Übersteigerungen zu bilden. Bei den Werken der Plastik und Malerei fehlt endlich die Berücksichtigung nach übernommenen Schemata arbeitender und heute noch gewünschter Künstler. Im Katalogvorwort hat der Leiter des Folkwangmuseums, August Hoff, den Sinn dieser Ausstellung deutlich umschrieben: »Der Wille ist nach eigenständige Form aus der religiösen Haltung der Zeit zu bilden. Das verstößt nicht gegen die Tradition, die eine Bewahrung des Geistes und nicht der äußeren Formen meinen darf.« Mit einem Altarbild Emil Noldes Das Leben Christi, mit auf Befinnlichkeit hinzielenden Plastiken von Ernst Barlach, Josef Ensling und Gerhard Marks, mit Glasmalereien von Jan Thorn-Prikker und Heinrich Campdonic vermochte man die Grundformen anzudeuten, von denen aus die sakrale Kunst erneuert und verjüngt werden kann, um wieder wie ehemals Symbol wahren religiösen Erlebens zu sein.

Vermeer van Delft Am 31. Oktober jährte sich zum 300. Mal der Geburtstag des holländischen Malers

Jan Vermeer van Delft. Nach Rembrandt und neben Frans Hals ist sein Werk eine Höchstleistung innerhalb der von bürgerlichen Grundbedingungen bestimmten niederländischen Malerei des 17. Jahrhunderts. Zugleich gibt es nicht wenige Rätsel auf. Über Rembrandt ist man orientiert, man kennt seine Lehrer und seine künstlerische Herkunft, man weiß, daß er seine einsame Größe nur kraft eines revolutionären Elans, unter Beseitigung aller formalen Konvention erreicht hat. Vermeer steht nicht weniger einsam da, auch er läßt mit der radikalen Haltung des nur an sein Werk hingegebenen Künstlers alles Gefällige beiseite. Thematisch nur bleibt er innerhalb des Gegebenen, weil seine künstlerischen Ziele davon nicht berührt wurden. Sein Thema ist immer höchst einfach, ohne interessante Raumlösungen oder bedeutende Gesichter. Ab-

gelesen von einigen wenigen Frühwerken werden höchstens 2 Personen, und nie mit einer besondern Handlung, gezeigt, der Hauptakzent liegt allein in der malerischen Distinktion, mit Gelb und hellem Blau unter sparsamer Verwendung von Grau und Rot. Erreicht wird unter solchen Voraussetzungen eine übergewöhnliche Klassizität, deren farbiges Ebenmaß eine Stille hervorruft, die den Betrachter aller Zeiten in ihren Bann gezogen hat. Im holländischen Bezirk erscheint Vermeer plötzlich und unvermittelt. Man hat einen andern Delfter Maler, Carel Fabritius, und auch Rembrandt als seine Lehrer angenommen. Nichts in seinem Werk deutet aber auf eine Schülerschaft hin. Er bleibt eine Künstlerpersönlichkeit, die sich rein dem Werk hingegeben hat, ohne den dahinter stehenden Menschen hervortreten zu lassen. Die Schätzung dieses Werks war schon zu seinen Lebzeiten groß, heute gehören die noch nicht einmal 40 Arbeiten zählenden Werke Vermeers zu den kostbarsten Kunstobjekten überhaupt. Zweifelhaft scheint dabei, ob man im Lauf der Zeit sehr viel mehr Werke entdecken wird. Auch dies gehört zur Wesensart dieses Künstlers, daß er sich nicht zur Vielarbeit verleiten ließ, obwohl ihm Angebote gemacht wurden, und er selbst es für seinen Lebensunterhalt mitunter bitter nötig gehabt hätte. Er starb 1675, nur 42 Jahre alt.

Veranstaltungen In Landshut fand eine Gedächtnisausstellung von Werken des spätgotischen Bildschnitzers *Hans Leinberger* statt. Dazu wurden 70 Werke aus verschiedenen Kirchen entliehen. Auch aus der Schrobenufer Wallfahrtskirche Mariä Beinberg sollten einige Werke hergegeben werden. Die Bauern aber verhinderten mit Gewalt die Wegschaffung der Werke, weil dadurch die Figuren ihren gnadenpendenden Charakter verlören. Für die große Ausstellung zum Gedächtnis *Edouard Manets* in Paris hat die Nationalgalerie in Berlin einige Hauptwerke des Meisters hergeliehen. Als Ersatz dafür ließ die französische Kunstverwaltung der Berliner Galerie je ein Gemälde von Jacques Louis David, Théodore Géricault und Camille Corot. In London wurde eine *merkwürdige Kunstausstellung* veranstaltet: Die Besucher eines Theaterstücks konnten sich in der großen Pause die kostbaren Gemälde ansehen, die auf der Szene das Heim eines berühmten Anwalts schmückten. Die Bilder waren Leihgaben verschiedener Sammler.

Innerhalb der 2. Abteilung der Großen Berliner Kunstausstellung, die dieses Jahr im Schloß Bellevue stattfand, wurde auch eine Sonderabteilung *jaarländlicher Künstler* gezeigt. Ein erfreuliches Zeugnis für das Schaffen ernsthaft ringender Talente, die im Saargebiet tätig und leider sonst kaum bekannt sind. Alle diese Künstler, die durch das Museum in Saarbrücken klug angeleitet werden, sind lebendig der Gegenwart zugeneigt, sie verarbeiten französische Anregungen, aber mit ausgesprochen deutschem Ausdruck. So zeigt sich, daß das Saargebiet auch in der Kunst eine der Brücken zwischen Deutschland und Frankreich sein kann.

Kurze Chronik Eine Holzreliefplastik von *Tilman Riemen Schneider* hat man in der Kirche der Stadt Stolberg im Harz entdeckt. Da Riemen Schneider selbst aus dem benachbarten Osterode stammt, dürfte das Vorhandensein weiterer Bildwerke in den umgebenen Orten seiner Vaterstadt nicht ausgeschlossen sein. ◊ In Nuenen in der holländischen Provinz Nordbrabant wurde für *Vincent van Gogh*, der dort von 1883 bis 1885 lebte, ein Denkmal errichtet. ◊ In Königsberg setzt man *Lovis Corinth* ein Denkmal; es stammt von Hermann Brachert und stellt eine Frauengestalt dar, die inmitten einer Grünfläche aufgestellt werden soll. ◊ In der oben erwähnten Berliner Ausstellung im Schloß Bellevue sah man auch einige Pastellarbeiten *Arno Nadels*, die nicht nur hier innerhalb eines Konglomerats meist belangloser Objekte wirklichen Rang beanspruchen können. ◊ Zu Beginn dieser Ausstellung mußten übrigens auf Verlangen der preußischen Bau- und Finanzdirektion, der das Schloß gehört, einige Arbeiten der *Gruppe Revolutionärer Künstler* entfernt werden. Darauf zog natürlich die ganze Gruppe aus. Das Verbot charakterisiert den Geist, der in Deutschland schon seit langem herrscht und nun auch auf alle Gebiete der Kunst übergreift. ◊ Die verschiedenen Hilfsaktionen für die durch den Brand des Münchener Glaspalasts geschädigten Künstler haben im ganzen rund 400 000 Mark gebracht. Außerdem wurden von deutschamerikanischer Seite 100 000 Dollars zur Förderung von Kunstausstellungen im neuen Münchener Kunstausstellungsgebäude gestiftet. Die nunmehr abgeschlossene *Künstlerhilfe* für die Geschädigten betrug 194 169 Mark. Rund 1 Million Mark wurde von den Versicherungsgesellschaften an die Eigentümer verbrannter Gemälde ausgezahlt.

Bühnenkunst / Ignaz Jezower

Gogols Revifor In dem Theaterprogramm der Berliner Volksbühne, das aus Nikolaj Gogols »Anleitung für diejenigen, die den Revifor *lachgemäß* aufführen wollen«, einen knappen Auszug brachte, wurde Gogols unsterbliche Komödie als ein Lustspiel bezeichnet; die Auffassung des Lustspielhaften ergab eine Darbietung, die den Intentionen des Dichters zuwiderlief und seinem Werk die tiefere Bedeutung nahm. Dies ist, abgesehen davon, daß ein Meisterwerk nicht stilgerecht gespielt wurde, noch deshalb zu bedauern, weil der Revifor 5 Akte zur Lehre von der Souveränität enthält; die Behandlung eines Problems, das grade heute von vielen untersucht und lebhaft diskutiert wird. Stellt das Stück, fast 100 Jahre nach seinem Entstehen, wieder in den Mittelpunkt unseres Interesses.

Der Staatsrechtslehrer Carl Schmitt zitiert in seiner Schrift *Politische Theologie*, die für die Diskussion über die Souveränität einen ideengeschichtlichen Überblick liefert, bei der Erwähnung der traditionalistischen These de Maistres, daß jede Obrigkeit gut ist, wenn sie nur besteht, den Grundsatz, um den sich, wie er ausführt, »alle anarchiftischen Lehren von Babeuf bis Bakunin, Kropotkin und Otto Groß« drehen; dieser Grundsatz lautet: »Le peuple est bon et le magistrat corruptible.« Auch Gogol, obwohl er ein Traditionalist war, akzeptierte im Revifor diesen Grundsatz, wenigstens in seinem 2. Teil, und machte, indem er eine korrupte Obrigkeit in den lebenswahren und echten Typen der Beamten auf die Bühne brachte, die Ordnung eines sozialen Zustands fragwürdig. Daß dies auch so empfunden wurde, beweist der Ausspruch, den nach der ersten Aufführung des Stücks im Alexandertheater in Petersburg der Zar Nikolaus I, der als Inhaber der höchsten Gewalt in Rußland die Identität von Staat und Rechtsordnung zu repräsentieren hatte, tat: »Das ist ein Stück! Alle haben ihr Teil bekommen — aber ich am meisten.« Statt einer Komödie, in der Beamte, die nach oben knechtisch dienen und nach unten hart drücken, bei dem Versuch ihre Korruption zu verdecken, lächerlich erscheinen, sah man in der Berliner Volksbühne ein Lustspiel, dessen Handlung karikiert, und in dem fast jede Rolle übertrieben und trivial gestaltet wurde. Und grade eine Karikatur solcher Art wollte Gogol, um sein Stück, die Kritik eines Systems, zur Wirkung

zu bringen, um jeden Preis vermeiden. Das Anbieten des Geldes für Verschweigen und zur Vertuschung des Mißbrauchs, das Ausnutzen der Bestechlichkeit, durch die jeder seinem Ziel näherkommen will, geschieht in dem Stück, um aus den Fängen der autoritären Gewalt zu entflüpfen; für das arme Volk ist die autoritäre Gewalt der Stadthauptmann mit seinen Beamten, für den Stadthauptmann und seinen Anhang ist es wiederum der Revifor; die Obrigkeit, die dieser verkörpert, darf nicht in Zweifel gezogen werden, auch wenn die Person des falschen Revifors zu manchem Zweifel Anlaß gibt. Um ihre Schandtaten zu vertuschen, bestechen die schlechten Beamten den Revifor; um sich Gerechtigkeit zu verschaffen, beltechen ihn auch die armen Kaufleute, so kann der Betrüger sich die Fehler der anderen zunutze machen und schmarotzen. Die Angst vor der Macht, der Mißbrauch und der Popanz der Macht bilden die Motive der Gogolschen Komödie; doch die bloße Existenz einer obrigkeitlichen Autorität, die jederzeit ihren Arm ausstrecken und dreinschlagen kann, genügt, um die Souveränität bestehen zu lassen, sie gibt sich noch in ihrem untersten Repräsentanten kund, und so hat auch bei dem Traditionalisten Gogol ein einfacher Gendarm das letzte und entscheidende Wort; er meldet dem Stadthauptmann und den anderen Beamten die Ankunft des echten Revifors, wodurch die scheinbare Unterbrechung der Souveränität ein Ende hat.

Wie dieser Auftritt, für den Gogol eine genaue szenische Anweisung gegeben, und für den er sogar Zeichnungen angefertigt hat, dadurch einen privaten Charakter bekam, daß die Gäste, die die Öffentlichkeit repräsentieren sollen, auf der Szene fehlten, so wurde auch der vorletzte Akt durch die Streichung des Auftritts, in dem 2 arme Frauen dem Revifor ihr Elend und ihre Bedrückung klagen, und bei ihm ihr Recht suchen, seines sozialen Charakters beraubt. Paul Verhoeven als der Diener des Revifors spielte einen jungen frechen Kumpan seines Herrn; nach der Angabe Gogols hätte er ein Diener von jener Sorte sein müssen, »wie Diener höhern Alters gewöhnlich zu sein pflegen«. So sah auch Käthe Haack als Gattin des Stadthauptmanns und Provinzkokette viel zu jugendlich aus, und es konnte nicht lächerlich wirken, daß sie präntiös auf die leichtfertigen Anträge des Revifors einging; Curt Bois als Revifor, Ernst Karchow als Stadthauptmann waren lustig, doch keine Gogolschen Typen; nur Jo-

Isel Almas als Bobtschinskij war ein russischer klatschhafter Kleinstädter, und Karl Hellmer hatte als Schulinspektor Chlopow russische Wefenszüge. Die Regie Heinz Hilperts, das Problem der Gogolischen Komödie außer acht lassend, war ganz auf das Amulett des Theaterpublikums berechnet.

Offenbach Das Brigantentum, eine durchaus un sentimentale Lebensform, wurde so oft auf der Bühne und in der Literatur mit einer falschen Romantik umkleidet, daß es Jacques Offenbach reizen mußte es musikalisch zu karikieren. Er tat dies im Jahr 1869 in seiner saktigen Opera buffa *Les brigands*, zu der ihm seine Librettisten Henri de Meilhac und Ludovic Halévy einen Text lieferten, der viele drastische und komische Situationen enthielt. Der Räuberhauptmann Fallacappa, der am liebsten ruhig und ungestört leben möchte und von seinen Kumpanen zu den Taten seines Metiers gedrängt werden muß, seine Tochter Fiorella, die immer wieder mit Verve ihre Pistole in die Luft abschießt, die Gendarmen, die trottelhaft anmarschieren, die portugiesische Gesandtschaft, die pomphaft daherzieht, der Schatzmeister des Fürsten, der sich als ein großer Betrüger entpuppt und die Berufsbanditen in den Schatten stellt, sie alle gaben Offenbach Gelegenheit zu übermütigen Einfällen, die sehr belustigend erklingen, und zu einer musikalisch genialen Parodie. Diese Parodie entbehrte nicht einer zeit- und gesellschaftskritischen Note; in der neuesten Biographie Offenbachs, die Anton Henfeler zum Verfasser hat, ist die Kritik angeführt, die nach der 1. Aufführung dieses Werks in Berlin, kurz nach der Schlacht bei Sedan, erschien: »Die Situationen, namentlich der pointenreiche Dialog«, hieß es dort, »sind unleren Zuständen nicht fremd und werden bei jedem Publikum, welches unsere Zeit versteht, so laute Akklamationen finden, wie ihnen bei der ersten Aufführung in reichem Maße geworden.«

Bei der sehr dankenswerten Erneuerung des Werks, das, unter dem Titel *Die Banditen*, in der Inszenierung Gustaf Gründgens', in der Städtischen Oper in Berlin aufgeführt wurde, war die Darstellung des Musikalischen Sängern und Sängerinnen anvertraut, die mit Josef Burgwinkel als Fallacappa, Margret Pfahl als Fiorella, Irene Eifinger als Fragoletto an der Spitze den Erfolg der herrlichen Offenbachiade sichern konnten. Auch die feinfühligke musikalische Lei-

tung Paul Breifachs und die schönen Bühnenbilder Rochus Glieses, unter denen das der Grenze mit dem Heranführen eines Wegs aus weiter Ferne besonders wirksam war, zeigten, mit welcher Sorgfalt und Hingabe die Einstudierung eines musikalischen Werks unter der Direktion Carl Eberts vorbereitet und durchgeführt wird.

Totenliste Am 5. April starb *Hans Waßmann* in Berlin, an den Folgen eines Schlaganfalls, im Alter von 59 Jahren. Im Kleinen Theater begann sein Aufstieg, hier erpielte er sich als Baron in Maxim Gorkijs *Nachtalyl* einen großen Erfolg. Mit Reinhardt siedelte er dann ins Deutsche Theater über, wo er in den Lustspielen Shakespeares die komischen Typen, in *Kabale und Liebe* den Kalb, in *Minna von Barnhelm* den Wirt, im *Biberpelz* den Wehrhahn verkörperte. In den letzten Jahren, dem Zug der Zeit folgend, trat er öfter in Operetten und auch im Film auf.

Am 16. Mai ist *Louise Dumont* mit 70 Jahren in Düsseldorf gestorben. Sie war eine bedeutende Schauspielerin, später auch eine vorbildliche Theaterdirektorin. Wir haben sie im Ensemble Otto Brahms im Deutschen Theater in vielen Stücken von Ibsen und Hauptmann gesehen und bewahren die Erinnerung großer künstlerischer Erlebnisse. Vor 27 Jahren übernahm sie zusammen mit ihrem Gatten Gustav Lindemann das Düsseldorfer Schauspielhaus und machte es zu einer der ersten Bühnen Deutschlands. Das, was sie aus Instinkt wußte, ließ sie sich durch den Zuspruch geistiger Menschen, die sie zur Mitarbeit stets heranzog, bestätigen, und so beherzigte sie als Leiterin der Bühne auch die Worte, die ihr Gustav Landauer, den sie zum Dramaturgen ihres Theaters gemacht hatte, einst schrieb: »Das beste Publikumsstück, die beste Sensation ist das Ewige, das im rechten Moment zu uns spricht.« In der letzten Zeit wurde das Düsseldorfer Schauspielhaus von den Schwierigkeiten, die überall die Theater bedrohen, nicht verschont, aber Dumont sollte mit ihrem Gatten auf die Aufforderung der Stadt Köln den Plan eines Deutschen Theaters am Rhein zu verwirklichen helfen, nach Köln übersiedeln und von dort aus das Düsseldorfer Theater weiter verwalten. Ihrer unermüdlichen Tatkraft und ihrem starken künstlerischen Willen hat der Tod ein vorzeitiges Ende gesetzt. Im Alter von 76 Jahren starb in Paris *Paul Ginisty*, der sich als Schriftsteller,

Kritiker und Theaterdirektor einen guten Namen gemacht hat. Als Direktor des Odéontheaters hat er Stücke von Lew Tolstoj, Anatole France, Jean Richepin auf die Bühne gebracht.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Ingenieur-
neuland

Zwischen der rein handwerkmäßig ausgeübten Technik und der Tätigkeit des

Ingenieurs besteht ein grundlegender Unterschied. Der Handwerker übt sein Gewerbe auf der Grundlage der ihm durch Tradition übermittelten Erfahrungen aus. Die Werkstoffe sind ihm etwas fest gegebenes, und die von ihm benutzten Werkzeuge haben im Lauf der Jahrhunderte nur einen geringen Wandel erfahren. Die Werkzeugmaschine spielt bei ihm eine nur untergeordnete Rolle. Ganz anders ist die Tätigkeit des Ingenieurs geartet. In der Frühperiode benutzt auch er zunächst den Werkstoff, wie er ihm gegeben ist; seine Arbeit begann mit der Kritik an dem Arbeitsverfahren, an der Arbeitsmethode. Er fragte sich beispielsweise in der Gerberei, warum unbedingt Tierjauche zum Enthaaren der Felle und Hundekot für die Weißgerberei notwendig sein mußte; ob im Bergbau das Feuersetzen mit darauf folgendem Ablöschchen des glühenden Gesteins nicht durch leistungsfähigere Verfahren ersetzt werden könnte; ob beim Möbelbau das unangenehme Werfen massiver Hölzer nicht beseitigt werden könnte; und dergleichen mehr. Kurzum, der aus dem Handwerker sich entwickelnde Ingenieur setzte die Kritik an die Stelle des Dogmas. Bei den Arbeitsverfahren konnten die Erfolge der neuen Methode am schnellsten merkbar werden; dann folgten die Werkzeuge und schließlich der Werkstoff, die der Kritik und zugleich auch der Neugestaltung unterworfen wurden. Die Bezeichnung Ingenieur weist ja bereits auf seine markante Unterscheidung vom Handwerker hin. In diesem Sinn ist Leonardo da Vinci als erster Ingenieur anzusprechen. Daß die Entwicklung des Ingenieurstands erst sehr viel später einsetzte, erst als sich die Warenproduktion auf kapitalistischer Grundlage zu vollziehen begann, das steht auf einem andern Blatt. Und ebenso ist es für den Augenblick irrelevant, daß der praktische Ingenieur zunächst reiner Maschineningenieur war: Erbauer von mechanischen Spinnmaschinen und Webtühlen, Dampfmaschinen, Werkzeugmaschinen, während der Hüten- und Bauingenieur, der Ingenieurchemiker weit später folgten. Während des ganzen 19. Jahrhunderts vollzieht sich eine weitgehende Spezialisierung der Ingenieur-tätigkeit. Zum Maschineningenieur gesellen sich der Bauingenieur, der

Kurze Chronik Zur Bekämpfung der Theaterkrise vereinigten sich die städtischen Bühnen in Leipzig, Braunschweig, Magdeburg und Halle zu einer *Arbeitsgemeinschaft*, die sich als Hauptaufgabe den Austausch von Aufführungen und Schauspielern gestellt hat. ◊ Bei der Tagung der *Bühnengenossenschaft* in Düsseldorf wurde am 6. April Erich Otto zum Präsidenten gewählt. Auf die Vertrauenskundgebung der Mehrheit hin nahm ebenfalls Carl Wallauer das Amt eines Präsidenten an. ◊ Nach 40jähriger Tätigkeit beschloß *Paula Conrad* in Berlin ihre Bühnenlaufbahn. Sie war das erste Hannele, in jener denkwürdigen Uraufführung dieses Dramas am 14. November 1893 im königlichen Schauspielhaus zu Berlin, das so zum erstenmal Gerhart Hauptmann aufzuführen wagte: eine Kühnheit, die dem Intendanten allerhöchste Unzufriedenheit zuzog. (Schon in einer der nächsten Aufführungen durfte Adalbert Matkowlky nicht als Heiland sondern nur als Engel mit großen Flügeln erscheinen. Und in der Folge war Hauptmann von den königlichen Schauspielen aufs neue verbannt.) 10 Jahre später wirkte Paula Conrad wieder in einer Uraufführung eines Hauptmann-dramas mit; sie gab am 31. Oktober 1903 im Deutschen Theater die Frau Flamm in Rose Bernd. Paula Conrad, die Gattin des Hauptmannbiographen und Ibsenforschers Paul Schlenther, hat eine Reihe hervorragender Gestalten geschaffen. Ihre letzte Rolle war jetzt die Mutter Klärchens im Egmont. ◊ Österreich, das Land, in dem man immer eine besondere Vorliebe für Schauspieler und Sänger gezeigt hat, brachte *Briefmarkenköpfe nach Schauspielern* heraus, die zugleich als Dichter das österreichische Wesen repräsentieren: Ferdinand Raimund und Johann Nestroy.

Literatur

Ein neuer Roman *Otto Zareks Theater* um Maria Thul (Wien; Paul Zsolnay)

stellt eine Berliner Schauspielerin in den Mittelpunkt der Handlung und will ein Bild des ganzen Berliner Theaterlebens und der Kreise, die dem Theater nahe stehen, geben. Um dieser gewissermaßen informatorischen Bedeutung des Buchs willen wird man es auch in dieser Rundschau zu würdigen haben.

Schiffsingenieur, dann der Elektrotechniker, der Verkehrstechniker, der Flugzeugingenieur, der Lichttechniker; wobei in den Hauptkategorien noch zahlreiche weitere Spezialisierungen erkennbar werden. Bei aller Verschiedenheit der einzelnen Zweige des Ingenieurberufs ist doch bis jetzt allen etwas gemeinsam gewesen: das, was auf die Herstellung, und zwar auf die fabrikatorische Herstellung von Maschinen, Hoch- und Tiefbauten oder Geräten hinausläuft. Sich das Nahrungsmittelgewerbe, die Konfektion, die Haus- oder Landwirtschaft unter dem Einfluß der Ingenieur Tätigkeit stehend zu denken scheint oder schien unvorstellbar; noch weniger vorstellbar erscheint es sich die Künfte, Malerei, Bildhauerei, Musik, als Betätigungsfeld des Ingenieurs zu denken; natürlich nicht etwa als ausübenden Dilettanten sondern als Analytiker und als Pfadfinder neuer Methoden. Man darf aber nur an Wilhelm Ostwald als Farbensystematiker und an Lew Theremin als Äthermusiker denken, um zu verstehen, was hier gemeint ist. Es sind eben die Mittel noch lange nicht ausgeschöpft, um Kräfte in Bewegung zu setzen und Stoffe umzuformen; und ebenso sind die Grenzen für die Betätigungsbereiche des Ingenieurs noch nicht gezogen. Das ist das, was unter Ingenieur-Neuland verstanden wird, und was dieses Jahr auch auf der Tagung des Vereins Deutscher Ingenieure eine Rolle spielte. Ein ganz typisches Handwerk ist die Schneiderei; und selbst die Konfektions- und Schneiderei, die zum großen Teil auf der Hausindustrie basiert ist, trägt diesen Charakter. Trotzdem dringt der Ingenieurdienst auch in dieses Handwerk ein: Die Stoffe werden nach angenommenen Normalmaßen zugeschnitten, in der Konfektion für Männer, in der häufig von der gleichen Schnittgröße mehrere Stücke gleichzeitig angefertigt werden müssen, werden die Stofflagen in gleicher Zahl aufeinander gelegt, und mit Kreis- oder Bandmessermaschine ausgeschnitten. Auch das Einrichten der Taschenlage, der Knopfstellung geschieht noch immer rein handwerklich. Aber wenn alle Stücke nadelfertig vorbereitet sind, vollzieht sich das Nähen in 2 grundfötzlich von einander verschiedenen Methoden. Bei der Einzelanfertigung nñht jeder Schneider oder jede Schneiderin ein ganzes Kleidungsstück vollfötdig zusammen. Bei der Teilarbeitsfertigung dagegen verrichtet jeder Arbeiter immer nur einen und den selben Arbeitsgang, zum Beispiel das Zusammennñhen der Hofen, der Westen, das Einsetzen der Talchen, das Fertigen

der Knopflöcher und so weiter. Es kommen hier 60 bis 80 verschiedene Arbeitsgänge in Betracht, die nach den Grundfötzen der wirtschaftlichen Fertigung als Ingenieurarbeit ausgedacht und aufgestellt sind. Das Eindringen der Fließarbeit auf laufendem Band kennzeichnet schon rein äußerlich die Ingenieur Tätigkeit. In der Wälfcherei, die bei uns eine typische Frauenarbeit ist und mit dem ganzen Konservatismus der Frau durchgeföhrt wird, vollzieht sich gleichfalls allmählich ein vollfötdiger Umschwung, nachdem der Ingenieur seine Nase auch in dieses Handwerk hineingesteckt hat. Zunächst erfolgte auch hier wieder eine kritische Analyse der Arbeitsvorgänge. Die Bedeutung des Seifenschaums für die Entfernung der Schmutzpartikelchen, der Einfluß harten und weichen Wassers auf die Schaumbildung und auf die Entfernung von Seife und Schmutz beim Spülen, die Wichtigkeit einer bestimmten Konzentration der Soda- und der Seifenlauge wurden ermittelt und darauf die Anwendung neuer Waschmittel (Perborate, Peroxyde) sowie die Ausbildung rein mechanischer Verfahren basiert. Es darf hierbei die Tatsache nicht unterdrückt werden, daß die wissenschaftliche Untersuchung hier auf die allergrößten Schwierigkeiten stieß, die erst durch die feinsten chemischen und mikrographischen Methoden überwunden werden konnten. Eine der wichtigsten Feststellungen bestand darin, daß die Entfernung der Schmutzteilchen von der Stofffaser auf der Wirkung der Kapillarität beruht, die zwischen den einzelnen Schaumbläschen auftritt. Die Wirkung ist um so größer, je kleiner die Bläschen, je enger also die Kapillaren sind. Feiner Seifenschaum wñcht besser als grober, das weiß jede Wälfchrau, aber erst der Ingenieur ergründete, weshalb. Das Gebiet der Ingenieurarbeit, das durch die Radiotechnik neu erschlossen ist, zeigt vorläufig noch keine Grenzen. Die Schwingungen, denen alle arbeitenden Gegenstände, Räder, Wellen, Werkzeuge unterworfen sind, die sich durch die Verkehrsmittel auf Straßenunterbau und Gebäude übertragen, werden in ihrer unheilvollen Bedeutung erkannt, und damit wird wieder die Erfindertätigkeit zu ihrer Paralyfierung angeregt. Diejenigen Schwingungen, die sich als Geräusche bemerkbar machen, und als Lärm die Arbeitsfähigkeit des Menschen herabsetzen und seine Nerven ruinieren, bilden einen neuen reizvollen Forschungsgegenstand des Ingenieurs. Und bis in das zunächst noch fast undefinierbare Gebiet der

ästhetischen Befriedigung geht das Ingenieurstudium, bei der Erregung von Schwingungen in Kreifen, die aus Spulen und Kondensatoren zusammengesetzt sind, und die Töne von jeder beliebigen Klangfarbe zu erzeugen gestatten.

Ingenieurneuland ist es auch, wenn der Produktionsprozeß selbst gründlich durchforcht wird, wenn die Arbeit rationalisiert, fruchtbarer und mühseliger gemacht, wenn jeder Vergeudung des Fabrikationsmaterials, der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und so weiter durch sachgemäße Ausnutzung vorgebeugt wird.

Werkstoffprüfung Die Möglichkeit Werkstoffe und fertige Produkte, Maschinenteile und ähnliches auf geheime Fehler prüfen zu können, ohne sie zerstören zu müssen, ist für die Entwicklung der Technik von größter Bedeutung. Die meisten der katastrophalen Unglücksfälle: Brückeneinstürze, Bruch von Schiffswellen, Radbrüche, Explosionen von Dampfkesseln, Zylindern, Stahlflaschen und anderes, haben ihre Ursache in verborgenen Materialfehlern gehabt, für deren Feststellung die Technik bis in die letzte Gegenwart hinein keine Mittel besaß. Erst als es der Röntgentechnik gelungen war sehr harte Strahlen, das heißt Strahlen von kürzelter Wellenlänge, zu erzeugen, war man imstande selbst verhältnismäßig dicke Eisen- und Stahlbleche zu durchleuchten. Die Werkstoffprüfung mit Röntgenstrahlen spielt deshalb, wie wiederholt hier berichtet wurde, in der modernen Technik eine sehr bedeutende Rolle. Die allgemeine Anwendung ist aber wegen der hohen Kosten einer Röntgenanlage arg beschränkt. Es ist deshalb von Interesse, daß die radioaktiven Stoffe Strahlen ausstrahlen, die γ -Strahlen, deren Wellenlänge noch erheblich kürzer ist als die der üblichen Röntgenstrahlen; während diese etwa $\frac{1}{1.000.000}$ bis $\frac{1}{1.000.000.000}$ Millimeter lang sind, beträgt die Wellenlänge der γ -Strahlen nur $\frac{1}{200.000.000}$ bis $\frac{1}{2.000.000.000}$ Millimeter. An Stelle von Röntgenapparaten kann man also zur Werkstoffprüfung auch radioaktive Stoffe benutzen, wobei deren Handlichkeit noch besondere Vorteile verspricht.

Trotzdem hat man erst in der allerletzten Zeit eingehende Versuche über die Eignung radioaktiver Stoffe zur Metalluntersuchung angestellt, die von dem Willenshaftlichen Laboratorium der Aktiengesellschaft Siemens & Halske in Gemeinschaft mit dem Laboratorium der Deutschen Gasglühlichtgesellschaft ausgehen. An Stelle der radioaktiven

Stoffe selbst, von denen vornehmlich Radium und Mesothor in Betracht kommen, kann auch deren Emanation benutzt werden, die sich auf einen kleinern Raum bringen läßt als ein entsprechendes Radium- oder Mesothorpräparat. Das gibt bei gleicher Bildschärfe die Möglichkeit einen kleinern Abstand zu wählen. Außerdem aber ist das Emanationspräparat ganz erheblich billiger als das Originalpräparat. Man kann mit einem Mesothorpräparat von 30 Milligramm im Wert von rund 5000 Mark bei 50 Zentimeter Abstand vom Präparat zur photographischen Schicht 100 Millimeter dicken Stahl in rund 25 Stunden, 150 Millimeter dicken Stahl in rund 40 Stunden durchstrahlen. Auf dem Schattenbild sind dann Lufteinschlüsse (Lunkerbildungen) eben noch erkennbar, wenn ihre Höhen in Richtung des Strahlenbündels wenigstens 3,5 und 7 Millimeter betragen. Unabhängig von der Präparatstärke kostet die einmalige Durchstrahlung von 100 oder 150 Millimeter dickem Stahl unter Einrechnung der Abschreibung, Versicherung und des Arbeitsaufwands rund 16 oder 50 Mark. Diese Kosten ermäßigen sich erheblich, wenn mehrere rund um das Präparat angeordnete Stücke gleichzeitig durchstrahlt werden.

Im Vergleich zu den Untersuchungen mit Röntgenstrahlen ergeben sich folgende Unterschiede zwischen diesen und der Anwendung radioaktiver Präparate:

1. Die γ -Strahlen sind vorläufig allein geeignet große Dicken zu durchdringen.
2. Die kleinen radioaktiven Präparate können überall, auch in schwer zugänglichen Gegenständen, angebracht werden.
3. Der Arbeitsaufwand bei der Verwendung der Radiumpräparate ist gering, da diese keiner besondern Wartung bedürfen.
4. Die Belichtungszeiten bei Anwendung von γ -Strahlen sind bei der Prüfung kleiner Werkstoffdicken (unter 80 Millimeter) bedeutend größer als bei der Anwendung von Röntgenstrahlen mit etwa 200 000 Volt Röhrenspannung.
5. Die Fehlererkennbarkeit bei Anwendung von γ -Strahlen ist viel geringer als bei Anwendung von Röntgenstrahlen.
6. Untersuchungen mit Hilfe des Leuchtschirms sind bei Anwendung radioaktiver Stoffe ausgeschlossen. Es müssen zu diesem Zweck immer photographische Schichten eventuell mit Verstärkung durch fluoreszierende Stoffe benutzt werden.

Hochfenschlacke Die technische Verwertung der Hochfenschlacke ist ein wichtiges wirtschaftliches Problem. Deshalb erscheinen auch

die in den Vereinigten Staaten durchgeführten Versuche aus der Hochofenschlacke Glas herzustellen beachtenswert. An sich ist ja die Schlacke bereits ein Silikat, das schon mehr oder weniger die Eigenschaften eines Glases aufweist. Im allgemeinen genügt deshalb auch schon die Beimischung von wenigen Prozenten Quarzsand oder Kalk oder Soda, um aus der Schlacke ein wirkliches Glas zu machen. Da die Zusammensetzung der Schlacke von der Art der verhütteten Eisenerze abhängt, so werden sich die erforderlichen Zusätze natürlich von Fall zu Fall ändern. Immer aber besteht der Vorteil, daß die Schlacke flüchtig und mit einem großen Wärmeverrat aus dem Hochofen abgestochen wird, so daß zur Erhitzung von Glas im Chamottehafen nur noch eine ganz geringe zusätzliche Wärmezufuhr erforderlich wird. Bei den erwähnten Versuchen ergab sich ein farbloses Glas von hoher Zugfestigkeit und großer Billigkeit.

Veranstaltungen In Paris fand der *Internationale Elektrizitätskongreß*

statt (siehe auch die Rund-

schau *Exakte Naturwissenschaften*, in diesem Band Seite 962). Oskar von Miller /München/, der schon dem 1. Internationalen Kongreß in Paris vor 50 Jahren beigewohnt hatte, wurde durch den Vorsitzenden des Kongresses, Paul Janet, besonders geehrt, und die Mitglieder des Kongresses stimmten spontan ein. Auf die zahlreichen in Paris behandelten theoretischen und praktischen Fragen wird noch einzugehen sein. Heute sei nur darauf hingewiesen, daß die von deutscher Seite gehaltenen Vorträge ganz besonders beachtet wurden, so die Ausführungen Walter Dziobeks über den augenblicklichen Stand der Lichteinheit und ein Bericht Marcello Piranis über neue Forschungen und Fortschritte auf dem Gebiet der Lichterzeugung.

Am 3. August tagte in Dresden der *Internationale Photographische Kongreß*, zum erstenmal in Deutschland. Die Vorträge zeugten von starker Entwicklung der wissenschaftlichen Photographie, die weit über das Bilderchenmachen hinausgediehen und heute nicht bloß ein wichtiges Hilfsmittel für die wissenschaftliche Forschung ist (man denke nur an die Spektrographie, an die Photogrammetrie und anderes) sondern darüber hinaus zu dem wichtigsten Zweig der Photochemie geworden ist, durch die unsere Kenntnisse von dem Aufbau der Materie und dem Wesen des Lichts erheblich gefördert worden sind.

Kurze Chronik Nahe der Stadt Rheinfelden ist das große *Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt*

in Betrieb genommen worden, das mit seiner großen Freiluftschaltanlage, insbesondere dem Fernstromaustausch, zwischen der Schweiz und Deutschland dient. Die Jahresleistung der bisher installierten 4 Maschinenätze beträgt rund 600 Millionen Kilowattstunden. \diamond Die Herstellung von *Braunkohlenbenzin* in Deutschland beläuft sich heute auf 1000 bis 1500 Tonnen im Monat. \diamond In Estland wurde mit der Herstellung von Rohöl und Benzin aus dem dort vorkommenden *Brennschiefer* begonnen. Das Rohöl wird hauptsächlich an die estländischen Eisenbahnen geliefert, die ihre Lokomotiven auf Ölfeuerung umgestellt haben. \diamond Zur Zeit der Handpapiermacherei wurden in einer Mühle mit 20 Arbeitern 80 bis 120 Kilogramm *Papier* täglich hergestellt. Eine moderne große Papierfabrik erzeugt in der gleichen Zeit und bei gleicher Arbeiterzahl 300 Tonnen und mehr. Trotzdem ist die Zahl der in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter dauernd gestiegen. Im Jahr 1886 wurden 44 866, im Jahr 1925 111 610 Arbeiter beschäftigt. \diamond Der wohl *größte Löffelbagger* arbeitet in einem Kohlenrevier der United Electric Coal Companies in Du Quoin /Illinois/. Sein Dienstgewicht beträgt 17 500 Tonnen, seine Arbeitshöhe ist 24 Meter, und jeder Löffel faßt 15 Kubikmeter. \diamond Eine der *ältesten Dampfmaschinen*, die auf der Saline Königsborn bei Unna in Westfalen seit 133 Jahren Sole auf die Gradierwerke pumpt, wurde im Sommer stillgelegt. Es war eine in den Jahren 1797 bis 1799 nach Watts System erbaute Einzylinderbalanciermaschine. \diamond Vor 50 Jahren wurde in Deutschland die erste größere Industrieanlage durch Emil Rathenau mit *elektrischen Glühlampen* beleuchtet; es war die Berliner Buchdruckerei W. Buxenlein. \diamond Am 11. Juni wurde *Carl von Linde*, der Begründer der modernen Kältetechnik, 90 Jahre alt. »Die Person Carl von Lindes stellt«, wie in den Nachrichten des Vereins Deutscher Ingenieure gesagt wird, »eine harmonische Vereinigung von Naturforscher, Erfinder und Industrieführer dar. Der Träger dieser Personalunion hat aber nie etwas von seiner ursprünglichen Einfachheit, Schlichtheit und Zurückhaltung aufgegeben . . . Nicht zurückhaltend zeigte er sich nur, wenn es galt Bedürftigen zu helfen, Fachgenossen Rat und Anregungen zu geben, wissenschaftliche Institute oder Arbeiten finanziell zu unterstützen.«

Innenkolonisation / Harri Bading

Siedlung und Sozialdemokratie In ihren Anträgen zum »Umbau der Wirtschaft« fordert die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch die Enteignung des Großgrundbesitzes. Dieser Gesetzesantrag bedeutet eine Änderung des im Jahr 1927 auf dem Kieler Parteitag beschlossenen Agrarprogramms. Dort wollte man, daß zum Zweck einer planmäßigen Bodenreform alle Großgrundbesitzungen, die eine volkswirtschaftlich angemessene Betriebsgröße (im Olten 750 Hektar) überschreiten, den überschießenden Teil an die Öffentliche Hand abzutreten haben. Die Forderung nach Enteignung richtete sich also gegen die Latifundien. Im neuen Gesetzesentwurf verlangt man dagegen die Enteignung aller landwirtschaftlichen Betriebe, die größer als 200 Hektar sind. Diese bedeutend weiter gehende Forderung wurde aufgestellt, weil nach der Auffassung der Antragsteller die "Agrarier" nicht nur eine politische Gefahr für die Demokratie darstellen, sondern weil sie auch, solange sie sich noch im Besitz der Produktionsmittel befinden und damit politischen Einfluß besitzen, jede planwirtschaftliche Regelung der Erzeugung und des Absatzes zu Maßnahmen umzubiegen verstehen, die lediglich ihnen, aber nicht der gesamten Landwirtschaft nützen.

Aber auch noch in anderer Beziehung steht der neue Antrag im Gegensatz zur programmatischen Forderung des Kieler Agrarprogramms. Dort wird der bäuerliche Betrieb ganz allgemein als die ideale Betriebsgröße betrachtet, so daß das enteignete Land lediglich dazu dienen sollte den Bedürfnissen der bäuerlichen Siedlung zu entsprechen. Der neue Antrag läßt dagegen die Wahl der zukünftigen Betriebsform des zu enteignenden landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes frei. Um die wirtschaftlichste Ausnutzung zu verbürgen, soll der Grundbesitz entweder als Großbetrieb erhalten bleiben oder landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und Bauern zur Nutzung im Kleinbetrieb überlassen werden. In den Fällen, in denen die Form des Großbetriebs beibehalten wird, soll der enteignete Betrieb öffentlich oder von Landarbeitern genossenschaftlich bewirtschaftet werden. Bei dieser Abkehr von der ausschließlichen Befürwortung des Kleinbetriebs hat man es aber nicht mit einer nachträglichen Entscheidung der Vorkriegszeitkommission zwischen Karl Kautsky und Eduard David, ob dem Großbetrieb oder dem Kleinbetrieb die Zukunft gehört, zu tun.

Der Grund für die neueste Schwenkung liegt vielmehr in der Einsicht, daß die Zerfurchung des Großbetriebs nicht in jedem Fall der rationellsten Verwendung des enteigneten Besitzes entspricht. Man erkennt, daß sich im Zug der Strukturwandlungen die Voraussetzungen für die Siedlungspolitik geändert haben (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 806), und damit die Siedlungspolitik selber auch Wandlungen unterworfen ist. Diese veränderte Auffassung bedeutet keine Verneinung der Notwendigkeit der Innenkolonisation sondern ihre Anpassung an veränderte Voraussetzungen.

Siedlung und Arbeitsmarkt In seinem auf der Bauhütentagung (siehe unten den Abschnitt Veranstaltungen) erstatteten Referat über Wirtschaft und Siedlung trat der Staatssekretär Hans Krüger jenen oft mit recht wenig Sachkenntnis behafteten Siedlungspolitikern entgegen, die glauben, daß man heute 2 Millionen Menschen aus den Industriebezirken wieder der Landwirtschaft zuführen könne. Er stellte zunächst fest, daß eine Mehrproduktion an Fleisch, Fett, Milch und Eiern über 20% der jetzigen Erzeugung nicht in Deutschland abgesetzt werden könne. Eine solche Erhöhung der Produktion durch Verbreiterung der Produktionsgrundlagen (also zum Beispiel durch Vermehrung der Milchkuhe) und nicht durch Steigerung der Leistung für durchführbar und rentabel zu halten scheint an sich schon sehr problematisch zu sein, so lange jedenfalls, als nicht durch eine Steigerung der Kaufkraft der städtischen Bevölkerung der Konsum an hochwertigen Nahrungsmitteln ausgeweitet wird. Setzen wir jedoch voraus, daß die Möglichkeit einer derartigen Produktionsvermehrung besteht, so wird hierdurch, wie auch Krüger ausführte, noch keine Vermehrung der Arbeitskräfte um ebenfalls 20% erforderlich. Die Erträge des Ackerbaus wie der Viehzucht können wesentlich gesteigert werden, ohne daß die Ertragssteigerung eine Vermehrung der menschlichen Arbeitskräfte bedingt, denn es handelt sich hierbei zum größten Teil um eine Verbesserung der technischen Arbeitsmethoden, nicht um Steigerung des Arbeitsaufwands. Krüger rechnet daher auch nur mit der Unterbringung von 400- bis 450 000 Arbeitskräften, das heißt mit der Errichtung von 120 000 Siedlerstellen. Diese 400- bis 450 000 Arbeitskräfte können jedoch, was hier bemerkt werden muß, nicht sämtlich aus der Stadt herangezogen werden, sondern sie werden zum größten Teil von den Landarbeitern

der aufzuteilenden Güter gestellt werden. Rechnet man, daß auf 14 Hektar Großbetriebsland eine Arbeiterfamilie entfällt, so werden 100 000 Siedlerstellen allein von Landarbeitern besetzt werden müssen, so daß nur 20 000 für ehemals städtische Arbeitskräfte übrigbleiben. Die Bedeutung der Siedlung als Mittel zur Lösung der Arbeitslosigkeit ist also außerordentlich gering. Krüger trat der nationalsozialistischen These entgegen, daß die Mehransetzung einer Arbeitskraft in der Landwirtschaft 2 Arbeitskräfte außerhalb der Landwirtschaft trägt. Wenn künftig mehr Lebensmittel im Inland erzeugt werden, und die ausländische Einfuhr entsprechend sinkt, so findet nur eine Verschiebung der Kaufkraft und damit der Absatzmöglichkeiten für die Industrie statt. Schließlich unterfuchte Krüger die Frage, wieviel Bauarbeiter bei der ländlichen Siedlung beschäftigt werden können. Da die einzelnen Siedlerstellen jetzt mit erheblich weniger Aufwand errichtet werden als früher, werden nur noch durchschnittlich 305 Tagewerke gegen 530 Tagewerke im Jahr 1929 zum Aufbau einer Siedlerstelle benötigt. Von den 305 Tagewerken entfällt aber $\frac{1}{4}$ auf ungelernete Arbeiter, das heißt, die Arbeit wird von den Siedlungsbewerbern selber ausgeführt. Der Bedarf an gelernten Arbeitern für die Errichtung von insgesamt 120 000 Stellen oder 20 000 Stellen pro Jahr beträgt demnach nur 4,5 Millionen Arbeitstage, so daß bei 200 Arbeitstagen im Jahr jährlich etwa 22 500 Facharbeiter beschäftigt werden können. Selbstverständlich können alle diese Zahlen nur als ganz rohe Schätzungen betrachtet werden. Sie geben jedoch einen sehr wichtigen Anhaltspunkt für die Bedeutung der Siedlung auf dem Arbeitsmarkt.

Veranstaltungen Am 20. Mai fand in Berlin eine Kundgebung der *Deutschen Gesellschaft für Bauwesen* statt unter der Parole Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft. Es wurde scharf gegen die übertriebene Abdrosselung aller Bautätigkeit protestiert, und die Notwendigkeit die Bauwirtschaft am Leben zu erhalten dargelegt. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Friedrich Syrup, der das Hauptreferat hielt, forderte, daß die Gemeinden durch finanzielle Entlastung instand gesetzt werden sollen öffentliche Aufträge zu vergeben. Gleichzeitig verlangte aber ein Vertreter des Baugewerbes, daß alle nicht unbedingt lebensfähigen Regiebetriebe rückichtslos ausgemerzt werden sollen.

Der am 24. September in Frankfurt an der Oder abgehaltene *Ostdeutsche Bauhüttenstag* forderte in einer Resolution, daß die Bauhütten zur Mitarbeit bei der Durchführung der Siedlungsvorhaben herangezogen werden. In einer 2. Resolution wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Organisationen der Arbeiterklasse bei Übernahme von Reichsbürgschaften für Kredite zur Durchführung von Hausreparaturen und Teilung von Großwohnungen genau so berücksichtigt werden wie das private Hausbesitzertum.

Informationsmittel Die Deutsche Bodenkulturgesellschaft in Berlin gab zur 7. Grünen Woche ein weiteres Heft ihrer Schriftenreihe Beiträge zur Förderung der Landeskultur heraus. Die einzelnen Beiträge behandeln die Fragen der derzeitigen Wirtschaftlichkeit von *Meliorationen*, die Einwirkung der erlassenen Notverordnungen auf das Meliorationswesen und die verschiedenen arbeitsrechtlichen Ausführungsformen der Meliorationen. Von der wirtschaftlichen und geistigen Struktur eines *Siedlungsdorfs* gibt eine von Günter Krolzig herausgegebene Untersuchung des Volkshochschulheims Tempelhof /Berlin, Paul Parey/ eine ungewöhnlich lebendige und aufschlußreiche Darstellung. Die Teilnehmer des Volkshochschulheims (erwerbslose Arbeiter und Angestellte) haben für ein paar Wochen in einer Aufstiegsiedlung in Mecklenburg gelebt und gearbeitet. Der Bericht über das dort Gesehene und Erfahrene gibt mannigfache Feststellungen über alle irgendwie erfassbaren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tatsachen und schildert außerdem die Ansichten und Urteile der Siedlerfamilien, über die man sonst nur wenig Authentisches erfährt. Die Erfahrungen, die man in Schlesien bisher mit den primitiven Aufstiegsiedlungen gemacht hat, und zwar sowohl was die Vorbereitung der Siedler als auch was die organisatorische Durchführung betrifft, werden von Arthur von Machui und Johann Schäfer im 4. Heft der Flugschriften der Reichsstelle für Siedlerberatung dargelegt. Als Veröffentlichung des Internationalen Verbands für Wohnungswesen erschien unter dem Titel *Wohnstätte und Arbeitsstätte* eine noch von Hans Kampffmeyer befohlene und mit 3sprachigem Text versehene Materialsammlung /Stuttgart, Julius Hoffmann/, in der die Probleme der Gartenstadtbewegung, des Städtebaus in Rußland und der Ansiedlung von Arbeitslosen als Versuch die Wohnstätte

in nähere Beziehung zur Arbeitsstätte zu bringen erörtert werden. Hervorzuheben ist von diesen Auffätzen die mit Abbildungen der besten Entwürfe für Erwerbslosenheime verlehene, auch erfreulicherweise etwas kritische Behandlung des Erwerbslosensiedlungsproblems.

Die Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster ließ unter dem Namen Die Deutsche Siedlung 1932 ein Sammelwerk erscheinen, das eine Reihe von Vorträgen über *Landesplanung* der weitem Öffentlichkeit zugänglich macht. Ihr Problemkreis wird durch die Überschriften der verschiedenen Kapitel charakterisiert: Städtebau und Landesplanung, Stadtsiedlung, Stadtrand-siedlung, halbländliche und ländliche Siedlung und schließlich Wohnungsbau-politik und -finanzierung. Der rote Faden, der sich durch alle Vorträge hinzieht, ist die Auffassung, daß die jetzige Krise eine Berücksichtigung der durch sie hervorgerufenen Strukturwandlungen verlangt, und daß die Siedlung bei der Durchführung dieser Aufgabe bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat. Wenn auch keins der Referate eine Patentlösung empfehlen kann, so umreißen sie doch in ihrer Gesamtheit sehr instruktiv alle Probleme der Landesplanung und Siedlung.

Kurze Chronik In dem Bericht der *Deutschen Domänenbank* für das Jahr 1931 wird nach sehr aufschlußreichen Betrachtungen über die allgemeine landwirtschaftliche Lage und die der Pächter insbesondere mitgeteilt, daß die Entwicklung der landwirtschaftlichen Renten- und Wertverhältnisse für den Kreditbestand der Domänenbank sehr erhebliche Schäden zur Folge gehabt habe. Da angesichts der allgemeinen Lage die Verwertung der Sicherheiten auf immer größere Schwierigkeiten stieß, ist der Generalversammlung eine kapitalmäßige Reorganisation vorgeschlagen worden. Rücklagen im Betrag von 850 000 Mark sollen zu Abschreibungen verwandt, und die Geschäftsguthaben zu 25 % abgeschrieben werden. Der hieraus entstehende Buchgewinn von 560 825 Mark soll teilweise ebenfalls zu Abschreibungen, der Restbetrag in Höhe von 460 575 Mark zur Errichtung eines Delkrederefonds verwandt werden. Die Art, in der die Pächterentschuldung bei der Osthilfe zur Durchführung gelangt, wird über die bilanzmäßige Stabilität der Domänenbank entscheiden. ◊ Da das *Bauparkallen-gesetz*, das im Herbst 1931 in Kraft trat, zwar verschiedene Möglichkeiten zur

Konkursvermeidung gibt, wobei aber immer die Fortführung der Sparkassen vorausgesetzt wird, so daß bei schweren Mißständen doch nur der Konkursantrag übrigbleibt, schlug Johannes Lubahn, der Vorsitzende des Bauparkassenverbands, im Interesse der Sparer vor eine Auffangorganisation zu errichten, die keine Zahlungen entgegennehmen und keine Spardarlehen bereitstellen soll, sondern die ausschließlich die Abwicklung der Geschäfte mit dem Ziel vorzunehmen hat die angeparten Guthaben aus den Rückflüssen der bereits vergebenen Darlehen zurückzuzahlen. Eine Bevorzugung einzelner Sparer muß hierbei ausgeschlossen bleiben. ◊ Aus dem Bericht der *Ostpreußischen Landgesellschaft* über das Geschäftsjahr 1931 ist zu entnehmen, daß von diesem provinziellen Siedlungsunternehmen in 26jähriger Tätigkeit insgesamt 6955 Rentengüter mit einer Fläche von 93 914 Hektar ausgelegt worden sind. Außerdem wurden 3153 Hektar an 1161 Kleinbetriebe im Anliegerverfahren zugeteilt. Das Gesamtsiedlungsergebnis entspricht der Neuschaffung von 278 Dörfern. Das Sicherungsverfahren droffelte das Landangebot zu Siedlungszwecken stark, so daß 1931 nur 6068 Hektar erworben und 636 neue Siedlerstellen gegen 4011 im Vorjahr geschaffen werden konnten. Bemerkenswert sind im Geschäftsbericht die Mitteilungen über den Verbleib der auf den 1931 besiedelten Gütern vorhandenen Arbeitnehmer. Nur 35% der Arbeitnehmer sind auf den besiedelten Flächen verblieben, 55% fanden auf Betrieben der Nachbarschaft Arbeit (was zum Teil die Verdrängung von anderen Arbeitnehmern zur Folge hatte), der Rest wanderte in Stadtgemeinden ab oder wechselte seinen Beruf oder wurde arbeitslos.

Literatur Aus den in seiner langjährigen Siedlungsorganisatorischen Tätigkeit erworbenen Erfahrungen schöpfend legt *Leberecht Migge*, unter dem Titel *Die wachsende Siedlung nach biologischen Gesetzen*/Stuttgart, Franckh/, Gedanken über die Kleinsiedlung nieder. Sehr gründlich und wertvoll ist die Behandlung der garten-, bau- und betriebstechnischen Fragen, während die volkswirtschaftliche Seite des Siedlungsproblems zu stark unter rein technischem Gesichtswinkel gesehen zu sein scheint. Von den durch viele instruktive Abbildungen erläuterten Hinweisen auf moderne intensive Bodenbewirtschaftung werden alle an der Kleinsiedlung Interessierten wertvolle Anregungen erhalten.